

Obdachlose EU-BürgerInnen in Wien

Eine qualitative Untersuchung über die Migrationsmotive und -hintergründe, sozioökonomischen Lebensaspekte und Zukunftsperspektiven der nicht-anspruchsberechtigten BesucherInnen im Tageszentrum JOSI.exil

AutorInnen

Mag. (FH) Andreas Budin

Mag. Christoph Müller

Dr.ⁱⁿ Maria Magdalena Ramnek

Berichtsband
Wien, Februar 2013

1.	EINLEITUNG	4
2.	METHODISCHE VORGEHENSWEISE	6
3.	THEORETISCHE HINTERGRÜNDE	9
3.1.	EU und Obdachlosigkeit – Initiativen, Rahmenbedingungen, Strategien	9
3.1.1.	Arbeitslosigkeit in der EU	10
3.1.2.	Armutgefährdung in der EU	13
3.1.3.	Migrationsströme in der EU	13
3.1.4.	Obdachlosigkeit in der EU	14
3.1.5.	Programme, Initiativen und Strategien auf EU-Ebene	15
3.2.	Von der Audimax-Besetzung zur Öffnung der JOSI	18
3.3.	Veränderungen in der BesucherInnenstruktur	21
4.	ERGEBNISSE DER INTERVIEWS	27
4.1.	Migrationsmotive und -hintergründe	27
4.2.	Sozioökonomische Aspekte der Lebenssituation	33
4.2.1.	Arbeit und Finanzielles	33
4.2.2.	Nächtigungssituation und Wohnverhältnisse	38
4.2.3.	Nutzung sozialer Einrichtungen	41
4.2.4.	Gesundheitliche Situation und Sozialversicherung	43
4.2.5.	Soziale Beziehungen	45
4.2.6.	Sprache und Sprachkenntnisse	48
4.2.7.	Kriminalität und Erfahrungen mit der Exekutive	50
4.3.	Zukunftsperspektiven	53
5.	ROMA UND SINTI – EIN LEBEN AM RANDE	55
5.1.	Roma und Sinti	56
5.2.	Rassismus und Vorurteile	58
5.3.	Antiziganismus	62
5.4.	Roma und die EU	66
5.4.1.	Bulgarien	70
5.4.2.	Ungarn	72
5.4.3.	Balkanländer	74
5.4.4.	Polen	75

5.5.	Ergebnisse der Interviews	78
5.5.1.	Migrationsmotive und -hintergründe	78
5.5.2.	Nächtigungssituation und Wohnverhältnisse	79
5.5.3.	Arbeit und Finanzielles	80
5.5.4.	Soziale Einrichtungen	81
5.5.5.	Gesundheitliche Situation und Sozialversicherung	81
5.5.6.	Soziale Beziehungen	82
5.5.7.	Sprachen und Sprachkenntnisse	82
5.5.8.	Kriminalität und Erfahrungen mit der Exekutive	82
5.5.9.	Zukunftsperspektiven	83
6.	RESÜMEE UND AUSBLICK	84
6.1.	Zusammenfassung der empirischen Erhebung	84
6.2.	Ausblick	86
7.	LITERATUR	89
8.	ANHANG	94
8.1.	Abkürzungsverzeichnis	94
8.2.	Interviewleitfaden	95

1. Einleitung

Seit der EU-Osterweiterung 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern) bzw. 2007 (Rumänien, Bulgarien) und dem damit einhergehenden Recht auf freien Personenverkehr für Menschen aus oben genannten Länder ist eine starke Zunahme an obdachlosen Personen – v.a. aus den Ländern Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Polen, Slowakei und Tschechien – in der Bundeshauptstadt Wien zu verzeichnen. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen hat weder Ansprüche auf Leistungen der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pension) noch auf Sozialhilfe respektive bedarfsorientierten Mindestsicherung. Mit Ausnahme des Tageszentrums St. Joseph der Caritas Wien gab es über Jahre hinweg kaum andere Angebote der Grundversorgung für nicht-anspruchsberechtigte obdachlose Personen aus den neuen EU-Ländern, obwohl den MitarbeiterInnen und Verantwortlichen der Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) die prekäre Situation dieser Personengruppe bekannt war. Im Zuge der StudentInnenproteste im Winter 2009/10 wurde das besetzte Audimax der Universität Wien von bis zu 100 obdachlosen Personen aus dieser Gruppe als Unterschlupf genutzt. Presseaussendungen, -konferenzen und Aktionen durch StudentInnen und verschiedene NGOs¹ vermochten schließlich der Problematik eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Am 17. Dezember 2009 wurde seitens der Leitung der WWH ein Winterpaket geschnürt, um zusätzlich zur bisherigen Zielgruppe auch EU-BürgerInnen, die in Wien obdachlos und akut hilfsbedürftig sind, einen temporären Schlafplatz anbieten zu können. Neben den Nächtigungsquartieren Hermine ("wieder wohnen" GmbH), St. Josef (Caritas) und Hermes (Rotes Kreuz) wurde auch das Tageszentrum JOSI ("wieder wohnen" GmbH) für die sogenannte „erweiterte Zielgruppe“ geöffnet. Die beschlossenen Sofortmaßnahmen waren bis längstens 30.04.2010 befristet. Die Erfahrungen des Winters 2009/10, die den massiven Bedarf an niederschwelliger Grundversorgung für obdachlose EU-BürgerInnen sichtbar gemacht haben, führten schließlich dazu, der sogenannten „erweiterten Zielgruppe“ das Tageszentrum JOSI ab 01.01.2011 für die Grundversorgung zugänglich zu machen. Die damit einhergehenden massiven Veränderungen in der BesucherInnenstruktur des Tageszentrums JOSI führte zum Entschluss

¹ Siehe u.a. NeunerHaus: Konkrete Hilfestellungen für Audimax-Obdachlose aus Sicht der NGO's notwendig, 4. Dezember 2009, http://www.neunerhaus.at/uploads/tx_templavoila/Obdachlose_im_Audimax_01.pdf, 01.10.2012; Presseaussendung der Caritas Erzdiözese Wien: Caritas Projekt „2. Grufft für obdachlose Menschen“ rasch umsetzen, 10. Dezember 2009, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091210_OTS0124, 01.10.2012

des Leitungsteams der JOSI die vorliegende Untersuchung in Auftrag zu geben, um detailliertere Informationen über

- die **Migrationsmotive und -hintergründe,**
- die **sozioökonomischen Aspekte der Lebenssituation** und
- die **Zukunftsperspektiven**

der nicht-anspruchsberechtigten Obdachlosen aus den neuen EU-Ländern zu erlangen. Dazu wurden im Rahmen der gegenständlichen Studie insgesamt 19 nicht-anspruchsberechtigte Personen, die das Tageszentrum JOSI nutzen, mittels qualitativer Leitfadenterviews befragt.

Nach einem Überblick über die methodische Vorgehensweise in Kapitel 2 werden in Kapitel 3 jene theoretischen Hintergründe erörtert, die für die Studie relevant erschienen. Neben einem Überblick zur Thematik „Obdachlosigkeit und EU“ wird auf die Entwicklungen eingegangen, die zur Öffnung des Tageszentrums JOSI für die Gruppe der nicht-anspruchsberechtigten Personen geführt hat. Darüber hinaus wird näher auf die Veränderungen in der BesucherInnenstruktur eingegangen. In Kapitel 4 werden anschließend die Ergebnisse der empirischen Forschung präsentiert. In Kapitel 5 wird die Situation der Roma, als spezifische Untergruppe der nicht-anspruchsberechtigten Personen, näher erläutert. Kapitel 6 stellt schließlich das Resümee der Forschungsarbeit dar, in dem zentrale Ergebnisse zusammengefasst, mögliche Perspektiven dargestellt und neue Fragestellungen aufgeworfen werden.

2. Methodische Vorgehensweise

Ziel dieses Kapitels ist es, die einzelnen Schritte der Untersuchung zu dokumentieren, um sie transparent und nachvollziehbar zu machen.

Vom ursprünglichen Plan einer quantitativen Fragebogenerhebung wurde nach intensiven Überlegungen abgesehen, weil einerseits noch kein Grundlagenwissen zum Untersuchungsgegenstand existiert, andererseits eine standardisierte Erhebung der Komplexität des Themas nicht gerecht geworden wäre. Für die gegenständliche Forschung erschien daher der qualitative Methodenzugang zur Beantwortung der Fragestellungen zielführend. Die befragten Personen wurden dabei als ExpertInnen ihrer Lebenswelt betrachtet. Als Befragungsmethode wurde das strukturierte Leitfadeninterview gewählt, wobei „mit dem Einsatz von ExpertInneninterviews – forschungslogisch – das Interesse verfolgt [wird], Strukturen und Strukturzusammenhänge des ExpertInnenwissens/handelns zu analysieren“ (Meuser/Nagel 2005: 76). Um eine möglichst systematische und lückenlose Informationsgewinnung zu erreichen, wurde die Methode des systematisierenden ExpertInneninterviews angewandt, das „unter Zuhilfenahme eines relativ ausdifferenzierten Leitfadens erhoben [wird]“ (Bogner/Menz 2005: 37f).

Im Rahmen der Explorationsphase fand ein Gespräch mit dem Leitungsteam des Tageszentrums JOSI (DSA Alexander Minich, DSA Nora Kobermann) statt, in dem relevante, zu befragende Themengebiete erörtert wurden. Darüber hinaus fand ein Treffen mit dem stellvertretenden Leiter Martin Strecha-Derkics und dem Team der zweiten Gruft der Caritas Wien in der Bernardgasse bezüglich deren Erfahrungen mit der zu untersuchenden Zielgruppe sowie zwei Treffen mit der Soziologin Mag.^a Vanessa Prinz und der Psychologin Mag.^a Angelika Kunz hinsichtlich des Forschungsdesigns statt. In einem weiteren Schritt wurden zwei rund einstündige Gespräche mit einer Frau (Ungarn) und einem Mann (Rumänien) aus der Zielgruppe der obdachlosen, nicht-anspruchsberechtigten EU-BürgerInnen geführt, um herauszufinden, ob der bisher entworfene Fragenkatalog für die zu interviewenden Personen verständlich und nachvollziehbar ist bzw. auf forschungsrelevante Themengebiete vergessen wurde. Nach Auswertung der explorativen Interviews wurde ein differenzierter Leitfaden entwickelt, der als Grundlage für die Befragung diente und im Laufe des Forschungsprozesses an die neu gewonnenen Erkenntnisse angepasst wurde.²

² Siehe Anhang: Leitfaden.

Im Zeitraum April bis August 2012 wurden insgesamt 16 nicht-anspruchsberechtigte obdachlose EU-BürgerInnen, die das Tageszentrum JOSI.exil nutzen, interviewt. Bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen wurde versucht, hinsichtlich Nationalität, Geschlecht und Alter, die BesucherInnenstruktur des Tageszentrums abzubilden. Dazu wurden die vorhandenen monatlichen Statistiken der neu erfassten Personen im Tageszentrum – ausgewertet nach Herkunftsland – herangezogen. In diesem Zusammenhang sei bereits darauf hingewiesen, dass die Zahlen nur Tendenzen abbilden, da es den MitarbeiterInnen des Tageszentrums im Berufsalltag nicht immer möglich ist, alle neuen Personen zu erfassen. In Tabelle 1 findet sich eine Übersicht der interviewten Personen. Alle interviewten Personen sind in Wien obdach- bzw. wohnungslos.

Tabelle Nr.: 1 Übersicht der InterviewpartnerInnen

Interview	Herkunftsland	Alter	Geschlecht	Aufenthaltsdauer Wien/Österreich
1. Frau D.	Ungarn	30	weiblich	6 Monate
2. Frau B.	Ungarn	33	weiblich	3 Monate
3. Herr J.	Ungarn	36	männlich	3 Monate
4. Herr T.	Ungarn	26	männlich	Mai bis Nov. 2011; seit Juli 2012 wieder in Wien
5. Herr L.	Ungarn	53	männlich	von 1986-1988 als Asylwerber in Österreich, seit Feb. 2012 wieder in Wien
6. Herr S.	Serbien	46	männlich	6 bis 7 Jahre
7. Herr P.	Rumänien	44	männlich	Seit 2009 mit Unterbrechungen
8. Herr C.	Rumänien	49	männlich	10 Jahre
9. Herr R.	Rumänien	36	männlich	7 Jahre
10. Herr G.	Rumänien	35	männlich	2009 erster, einjähriger Aufenthalt in Wien – seit Jan. 2012 wieder in Wien
11. Herr A.	Polen	51	männlich	6 Jahre
12. Herr B.	Polen	51	männlich	22 Jahre
13. Frau M.	Slowakei	37	weiblich	9 Monate
14. Herr M.	Slowakei	37	männlich	9 Monate
15. Herr V.	Bulgarien	46	männlich	7 Monate
16. Herr O.	Tschechien/ Italien	34	männlich	6 Monate

Die getroffene Auswahl stellt unter Berücksichtigung der begrenzten zeitlichen und personellen Ressourcen, die für diese Untersuchung vorhanden waren, die maximale strukturelle Variation der InterviewpartnerInnen dar (vgl. Flick 2007: 165).

Zehn der sechzehn Interviews wurden von den AutorInnen in deutscher Sprache durchgeführt. Die Interviews mit Herrn L. (Ungarn) und Herrn O. (Tschechien/Italien) wurden in englischer Sprache erhoben. Die Interviews mit Frau B. und Herrn J. (Ungarn) bzw. Frau M. und Herrn M. (Slowakei) wurden mit je einer Mitarbeiterin des Tageszentrums JOSI.exil, die die Muttersprache der befragten Personen beherrschen, durchgeführt, wobei bereits während des Interviews die Fragen des Interviewers/der Interviewerin in die Muttersprache und die Antworten der interviewten Personen ins Deutsche übersetzt wurden. Den dolmetschenden Mitarbeiterinnen³ stand der Interviewleitfaden im Vorfeld zur Vorbereitung zur Verfügung. Allen Personen wurde vor Beginn des Interviews der Inhalt der Untersuchung erläutert und Anonymität und Vertraulichkeit gewährleistet. Als Aufwandsentschädigung erhielten die befragten Personen zwei Schachteln Zigaretten bzw. eine Dose Löskaffee. Alle Interviews wurden in einem separaten Raum des JOSI.exil durchgeführt, auf einem digitalen Aufnahmegerät aufgezeichnet und anschließend wörtlich transkribiert. Die darauf folgende Auswertung und Interpretation erfolgte nach der Methode der qualitativen respektive zusammenfassenden Inhaltsanalyse, bei der das Material paraphrasiert wird, „wobei weniger relevante Passagen gestrichen (erste Reduktion) und ähnliche Paraphrasen gebündelt und zusammengefasst werden (zweite Reduktion)“ (Flick 2007: 410). Dieser Ansatz „eignet sich vor allem für die reduktive und an der Klassifikation von Inhalten orientierte [sic!] Auswertung großer Textmengen. Die Formalisierung des Vorgehens führt nicht zuletzt zu einem einheitlichen Kategorienschema, das den Vergleich von verschiedenen Fällen, auf die es durchgängig angewendet wird, erleichtert“ (ebd.: 416).

Nachdem sich im Verlauf der Auswertung der Interviews herausgestellt hat, dass knapp die Hälfte der Befragten rassistische bzw. antiziganistische Vorurteile äußerten, wurde im Rahmen der Forschungsgruppe entschieden, dieser Thematik ein gesondertes Kapitel zu widmen. Zu diesem Zwecke wurden drei zusätzliche Interviews mit Roma geführt. Die Ergebnisse dieser gesonderten Befragung und eine ausführliche Darstellung der historischen und gegenwärtigen Situation der Roma in Österreich und Europa finden sich im Kapitel 5.

³ Barbora Kircosova, BA (Slowakisch); Krisztina Kimar (Ungarisch)

3. Theoretische Hintergründe

In diesem Kapitel wird ein Überblick zum Thema Obdachlosigkeit innerhalb der EU und Maßnahmen zu deren Bekämpfung auf europäischer Ebene gegeben. Ausgehend von der Besetzung des Audimax der Universität Wien im Winter 2009 wird die Entwicklung bis hin zur Öffnung des Tageszentrums JOSI für die Gruppe der nicht-anspruchsberechtigten Obdachlosen mit 1. Jänner 2011 beschrieben. Darüber hinaus werden die Veränderungen in der BesucherInnenstruktur des Tageszentrums JOSI durch die Öffnung für die neue Zielgruppe dargestellt.

3.1. EU und Obdachlosigkeit – Initiativen, Rahmenbedingungen, Strategien

Neben dem bekannten Sozialgefälle innerhalb der EU haben spätestens seit 2008 alle Mitgliedsstaaten mit einer massiven Finanzkrise und darüber hinaus mit einer deutlich spürbaren Rezession zu kämpfen. Dies hat vielfältige und vor allem negative Einflüsse auf die Beschäftigungslage allgemein und konkret auf die soziale Situation von gesellschaftlichen Gruppen, die von prekären Lebensverhältnissen massiv bedroht werden. Bestehende gravierende Unterschiede, beispielsweise im Rahmen der Arbeitslosigkeit oder des Lohnniveaus der einzelnen Mitgliedsstaaten werden so noch vergrößert. Vor diesem Hintergrund entstehen neue und intensivieren sich traditionelle Migrationsbewegungen innerhalb der EU: zum Beispiel von Ost- und Südosteuropa in die westliche Sphäre, vom Süden in die reicheren nördlichen Mitgliedsstaaten und generell von der Peripherie in die europäischen Kernländer und dort vorwiegend in die Ballungszentren. Gleichzeitig intensivieren sich auch Migrationsströme aus sogenannten Drittstaaten, die in den letzten Jahren vorwiegend der politischen und wirtschaftlichen Situation in Nord- und Zentralafrika geschuldet ist.

Diese Rahmenbedingungen beeinflussen die soziale Dimension der EU nachhaltig, die seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Fokus eher auf die Stärkung der Währungsunion richtete, als auf die Aufwertung der EU als soziale und politische Gemeinschaft. Die Folgen sind heute offensichtlich: zunehmende Armutsgefährdung breiter Schichten, Massenarbeitslosigkeit vor allem bei der Jugend, drohende Staatsbankrotts und massive Bedrohung des sozialen Friedens vorwiegend durch eine breite Erosion sozialstaatlicher Errungenschaften. Die Zahl der Menschen,

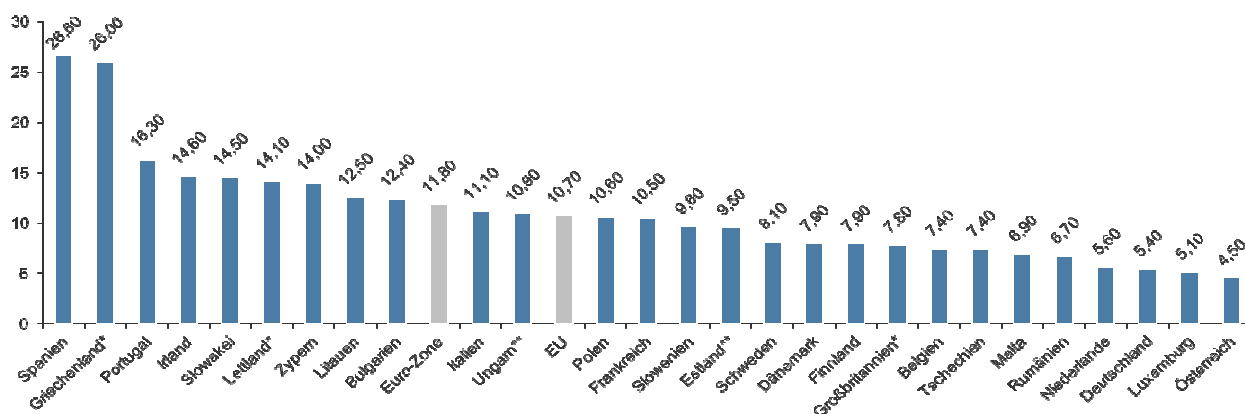
die schon bisher eher am Rande Gesellschaft standen, vermehrt sich dadurch nicht nur eklatant, sondern ihre jeweilige Situation wird durch diese Rahmenbedingungen noch prekärer.

Dieser Beitrag soll einen aktuellen Überblick über die wichtigsten Zahlen, Daten und Fakten zur oben genannten Thematik auf EU-Ebene geben. Es geht vor allem darum, herauszufinden, wie die sozialen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Besonderheiten in den EU-Mitgliedsstaaten aussehen, die in der Erhebung verstärkt auftreten. Eckpunkte werden die soziale Situation allgemein, das Lohnverhältnis, die Arbeitslosigkeit und soweit möglich, Informationen zur aktuellen Lage von Obdachlosen in der EU bilden.

Ergänzend sollen Strategien und Initiativen der EU auf dem Gebiet der Bekämpfung von Obdachlosigkeit dargestellt werden, um auch nationale Bestrebungen in dem Bereich richtig einschätzen und verorten zu können.

3.1.1. Arbeitslosigkeit in der EU

Im folgenden Diagramm ist die saisonbereinigte⁴ Arbeitslosenquote in der EU mit Stand November 2012 abgebildet.



Quelle: Eurostat⁵

„Im Euroraum (ER17)⁶ lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im November 2012 bei 11,8 Prozent, gegenüber 11,7 Prozent im Oktober 2011. In der EU27⁷ lag die Arbeitslosenquote im

⁴ Anm.: „Saisonbereinigt“ meint, dass die jahreszeitlichen Einflüsse auf die Arbeitslosenzahlen nicht berücksichtigt werden.

⁵ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>, 15.01.2013

November 2012 bei 10,7 Prozent, stabil gegenüber dem Oktober 2012. Im Vergleich zum November 2011 sind die Quoten in beiden Gebieten deutlich gestiegen“ (Eurostat 2013). Eurostat⁸ schätzt, dass im November 2012 in der EU27 insgesamt 26,061 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 18,82 Millionen im Euroraum (vgl. ebd.).

„Gegenüber Oktober 2012 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 154.000 und im Euroraum um 113.000 gestiegen. Gegenüber November 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 2,012 Millionen und im Euroraum um 2,015 Millionen zu. Unter den Mitgliedstaaten verzeichneten Österreich (4,5%), Luxemburg (5,1%), Deutschland (5,4%) und die Niederlande (5,6%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (26,6%) und Griechenland (26,0% im September 2012). Zum Vergleich: im November 2012 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 7,8 Prozent und in Japan bei 4,1 Prozent“ (ebd.).

3.1.1.1. Jugendarbeitslosigkeit in der EU

„Im November 2012 waren in der EU27 5,799 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,733 Millionen im Euroraum. Gegenüber November 2011 stieg deren Zahl in der EU27 um 329.000 und im Euroraum um 420.000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im November 2012 in der EU27 bei 23,7% und im Euroraum bei 24,4%. Im November 2011 hatten die Quoten 22,2% bzw. 21,6% betragen. Die niedrigsten Quoten im November 2012 verzeichneten Deutschland (8,1%), Österreich (9,0%) und die Niederlande (9,7%), und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (57,6% im September 2012) und Spanien (56,5%)“ (ebd.).

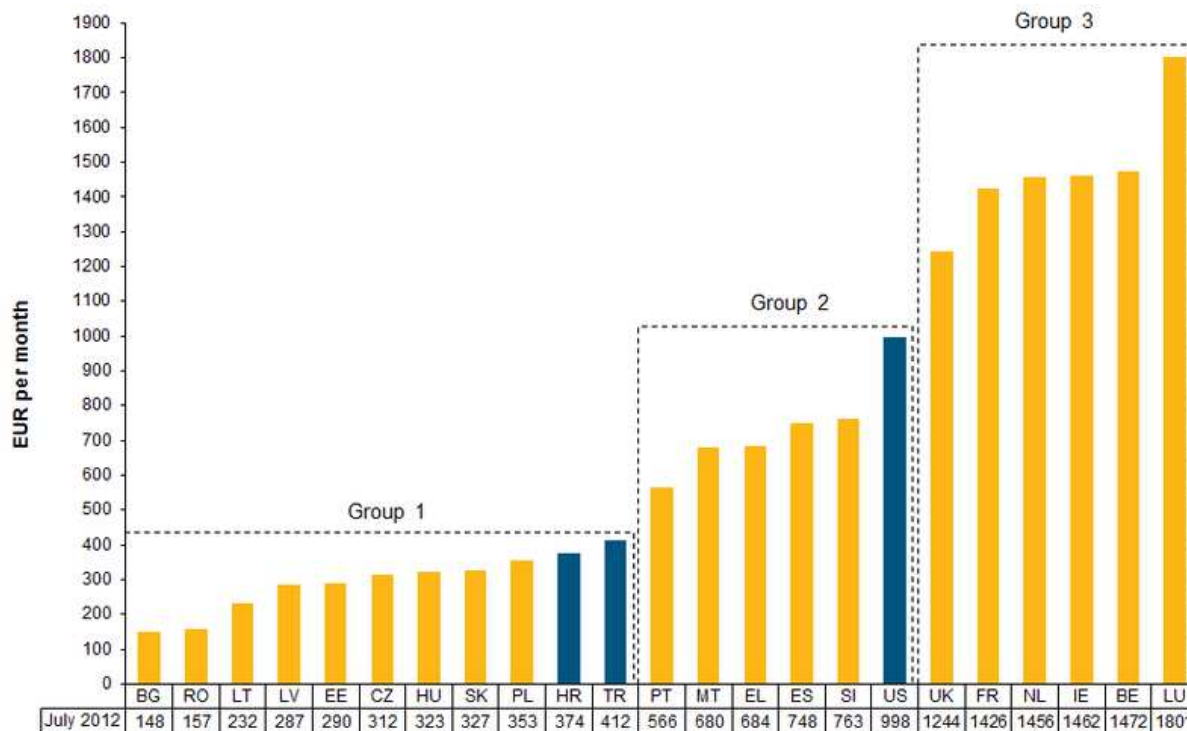
⁶ Zum Euroraum (ER17) gehören Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

⁷ Zur EU27 gehören Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK)

⁸ Eurostat berechnet harmonisierte Arbeitslosenquoten für die Mitgliedstaaten, den Euroraum und die EU. Diese Arbeitslosenquoten basieren auf Definitionen, die den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen. Die Berechnung basiert auf der harmonisierten Arbeitskräfteerhebung (AKE) der Europäischen Union. Basierend auf der Definition der ILO definiert Eurostat Arbeitslose als Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die - ohne Arbeit sind, - innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können - und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben.

3.1.1.2. Mindestlöhne in der EU – eine Übersicht

Die folgende Graphik veranschaulicht, wie das Niveau des Mindestlohns⁹ in der EU verortet ist:



Quelle: Eurostat¹⁰

Im Juli 2012 verfügten 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakische Republik und das Vereinigte Königreich) sowie zwei Kandidatenländer (Kroatien, Türkei) über nationale Rechtsvorschriften in Bezug auf einen gesetzlichen oder durch ein landesweites Abkommen festgelegten Mindestlohn. (vgl. Eurostat 2012a)

Die monatlichen Mindestlöhne unterscheiden sich erheblich und lagen im Juli 2012 zwischen 148 EUR in Bulgarien und 1.801 EUR in Luxemburg. Die Länder, die im Fokus dieser Studie stehen, das heißt die Herkunftsländer der interviewten Personen, befinden sich sämtlich in der ersten

⁹ Die von Eurostat veröffentlichte Statistik über Mindestlöhne bezieht sich auf „monatliche“ landesweite Mindestlöhne. Der landesweite Mindestlohn gilt in der Regel für alle Beschäftigten oder zumindest für einen Großteil der Beschäftigten in dem Land. Mindestlöhne werden brutto angegeben, d. h. vor Abzug der Einkommenssteuer und Sozialbeiträge. Diese Abzüge sind von Land zu Land unterschiedlich.

¹⁰ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php?title=File:MW_EUR_July_2012.png&filetimestamp=20120802072957#filelinks, 08.01.2013

Gruppe, was das jeweilige Mindestlohniveau betrifft: Bulgarien 148 EUR, Rumänien 157 EUR, Tschechische Republik 312 EUR, Ungarn 323 EUR, Slowakei 327 EUR, Polen 353 EUR (vgl. ebd.).

3.1.2. Armutsgefährdung in der EU

„Im Jahr 2011 waren 119,6 Millionen Personen bzw. 24,2 Prozent der Bevölkerung in der EU27 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, gegenüber 23,4 Prozent im Jahr 2010 und 23,5 Prozent im Jahr 2008“ (Eurostat 2012b). Das bedeutet, dass diese Personen von mindestens einer der folgenden drei Lebensbedingungen betroffen waren: von Armut bedroht, unter erheblicher materieller Entbehrung leidend oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebend.

Im Jahr 2011 wurden die höchsten Anteile von Personen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren, in Bulgarien (49%), Rumänien und Lettland (je 40%), Litauen (33%), Griechenland und Ungarn (je 31%) verzeichnet und die niedrigsten Anteile in der Tschechischen Republik (15%), den Niederlanden und Schweden (je 16%) sowie in Luxemburg und Österreich (je 17%) (vgl. ebd.).

„In der EU27 litten 9 % der Bevölkerung unter erheblicher materieller Entbehrung. Dies bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen auf Grund von fehlenden Mitteln eingeschränkt waren, bspw. dass sie nicht in der Lage waren, ihre Rechnungen zu bezahlen, ihre Wohnung angemessen zu beheizen oder einen einwöchigen Jahresurlaub weg von zu Hause zu finanzieren. Die Anteile derjenigen, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden, unterschieden sich deutlich zwischen den Mitgliedstaaten und reichten von 1 Prozent in Luxemburg und Schweden bis 44 Prozent in Bulgarien und 31 Prozent in Lettland“ (ebd.).

3.1.3. Migrationsströme in der EU

Im letzten Jahrzehnt gab es große Migrationsbewegungen einerseits in den EU-Raum, andererseits auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Aus verschiedenen Gründen zeichnete sich ein verstärkter Zuzug von MigrantInnen aus sogenannten Drittstaaten ab. Laut Eurostat lebten 2010 32,4 Millionen MigrantInnen in der EU (27) – das sind 6,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. 12,3 Millionen davon sind EU-BürgerInnen, die in einem anderen EU Mitgliedsland leben (vgl. Vasileva 2011, 1). 20,1 Millionen Menschen (4 Prozent der Gesamtbevölkerung) kommen aus

Drittstaaten (vgl. ebd.). Im Jahr 2008 immigrierten insgesamt ca. 3,8 Millionen Menschen in die EU (27) bzw. innerhalb der EU-Mitgliedstaaten (vgl. Eurostat 2011: 18). Die Anzahl der EU-BürgerInnen, die in ein anderes EU-Mitgliedsland aus- bzw. einwanderten, hat sich im Zeitraum 2002 bis 2008 durchschnittlich um 12 Prozent pro Jahr gesteigert und erreichte 2007 bis dato seinen Höhepunkt; 2008 zogen fast 2 Millionen EU-BürgerInnen in ein anderes EU-Land. (vgl. ebd.) Die BürgerInnen aus Rumänien, Polen und Deutschland befinden sich dabei EU weit an der Spitze dieser Migrationsbewegungen: aus Rumänien zogen ca. 384.000, aus Polen ca. 266.000 und aus Bulgarien ca. 91.000 Menschen in ein anderes EU(27)-Land (vgl. ebd.). Über 1,8 Millionen MigrantInnen wanderten aus sogenannten Drittstaaten in die EU (27) ein, wobei die größte Gruppe (über 100.000 Menschen) aus Marokko stammt, gefolgt von Indien, China, Albanien und der Ukraine (vgl. ebd.).

Diese Zahlen sind Schätzungen und betreffen vorwiegend die reguläre Migration. Genaue Zahlen sind deshalb sehr schwer zu erfassen, weil es immer wieder unterschiedliche Definitionen von Migration auf nationaler Ebene gibt und die Messungen dadurch kaum zu vereinheitlichen sind. Offen bleibt natürlich auch die Dimension der sogenannten „irregulären Migration“ (vgl. u.a. Blomfield/Morehouse 2011: 2). Es gibt keine verlässlichen Zahlen zu deren Ausmaß. Der damit deckungsgleiche Begriff „undokumentierte Migration“ (ebd.) verdeutlicht das Problem: Menschen, die keinen geregelten Aufenthaltstitel besitzen, erfasst auch keine Statistik. Ebenso wie bei Kriminalitätsstatistiken beruhen daher Schätzungen zu diesem Bereich auf der Basis von sogenannten Aufgriffszahlen. Nach Schätzungen der Europäischen Kommission halten sich zwischen 4,5 und 8 Millionen Menschen ohne gültige Papiere in den Mitgliedstaaten auf (vgl. Haase/Jugl 2007). Diese große Spannbreite zeigt, wie schwer sich das Phänomen der irregulären Zuwanderung quantifizieren lässt, weil Dunkelziffern Grundlage der Schätzung sind. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass jährlich etwa 350.000 bis 500.000 irreguläre MigrantInnen hinzukommen (vgl. ebd.).

3.1.4. Obdachlosigkeit in der EU

Die Datenlage zur Obdachlosigkeit in der EU ist, ähnlich wie im Bereich der Migration, äußerst dünn. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen existieren sehr unterschiedliche Definitionen von Obdachlosigkeit in den verschiedenen Mitgliedsländern und andererseits fehlt bis dato eine einheitliche EU-weite implementierte Definition von Obdachlosigkeit, mit der konkret gearbeitet werden kann. Häufig existieren keine oder nur unzureichende Zahlen aus den einzelnen

Mitgliedsstaaten. Die Messungen sind teilweise so unregelmäßig und unterschiedlich, dass sie nicht zu einer vergleichenden Untersuchung herangezogen werden können (vgl. FEANTSA 2012a: 10). Sichere und vergleichbare Daten bilden allerdings die Grundvoraussetzung, um entsprechende politische Handlungsanleitungen zu setzen. Bestimmte Tendenzen und Trends der letzten fünf Jahre bezüglich der Anzahl der von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen als auch in Bezug auf die sich verändernden Gründe für Obdachlosigkeit, lassen sich aber doch ablesen. Während in Österreich, der Tschechischen Republik, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Litauen, Portugal, Slowenien, Spanien, Schweden und Großbritannien (England, Nordirland, Wales) Obdachlosigkeit zunimmt, ist in Finnland, den Niederlanden, Deutschland (allerdings nur Nordrhein-Westfalen) und Schottland (GBR) eine Abnahme feststellbar (vgl. ebd.: 15). In Rumänien, Belgien und Luxemburg lässt sich kein bestimmter Trend ausmachen, stabile Obdachlosenzahlen hingegen – zumindest was die letzten fünf Jahre betrifft – lassen sich nur in Dänemark feststellen (vgl. ebd.).

Offensichtlich ist eine große Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten mehr oder weniger akut mit einer Zunahme an betroffenen Personen konfrontiert. Unklar ist, wie stark sich die Auswirkungen der Finanzkrise konkret auf dieses Problemfeld niederschlagen. Um also genaue Aussagen in diesem Bereich treffen zu können, bedarf es vielfältiger Strategien, klarer Definitionen und vor allem des politischen Willens, Obdachlosigkeit eben nicht mehr als ausschließlich individuelles Phänomen, sondern auch als inhärentes strukturelles Problem zu begreifen und zu bekämpfen. Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die EU mehr oder weniger intensiv mit dieser Problematik. Im folgenden Kapitel werden daher relevante Initiativen, Programme und Strategien, die auf EU-Ebene akut an der Bekämpfung von Obdachlosigkeit arbeiten, vorgestellt.

3.1.5. Programme, Initiativen und Strategien auf EU-Ebene

In den vergangenen Jahren gab es – wie auch in vielen anderen Politikfeldern – zahlreiche Entschließungsanträge des Europäischen Parlaments zu einer einheitlichen und implementierbaren EU-Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Die Ausgestaltung dieser Strategie scheiterte bislang nicht zuletzt am politischen Willen der EU-Kommission (vgl. FEANTSA 2012b).

2010 wurde von der EU das europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen (2010: „European Year for Combating Poverty and Social Exclusion“). Im Dezember 2010 fand die „European Consensus Conference on Homelessness“ (ECCH 2011)

statt, die im Wesentlichen auf den Ergebnissen von ETHOS („European Typology of Homelessness and Housing Exclusion“) aufbaute und erstmals klare Definitionen von Obdachlosigkeit festlegte. ETHOS wurde von FEANTSA¹¹ (dem Europäischen Verband nationaler Organisationen der Wohnungslosenhilfe) bereits im Jahr 2005 initiiert. Dabei werden vier Formen von Obdachlosigkeit unterschieden: Obdachlosigkeit; Wohnungslosigkeit; ungesicherte Wohnformen und ungenügende Wohnformen (vgl. ETHOS 2007).

Im Rahmen der „European Consensus Conference on Homelessness 2010“ wurde festgestellt, dass sich das Problemfeld Obdachlosigkeit in einigen Bereichen und Mitgliedsstaaten zum Besseren verändert hat, während ein Großteil der Mitgliedsländer mitunter mit einer groben Verschärfung der Situation von obdachlosen Menschen und deren steigender Zahl zu kämpfen haben (vgl. ECCH 2011). Zusammenfassend kristallisierten sich folgende Strategien und Ansätze zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in jeglicher Form heraus:

Der Fokus der Bekämpfung muss zuerst in der Prävention liegen, also weg vom alleinigen Ansatz der akuten Krisenhilfe, hin zur Entwicklung permanenter und längerfristiger Lösungsstrategien; weiters hin zur Entwicklung eines „Housing First“-Ansatzes, der aber zugleich nicht „Housing only“ bedeuten sollte, und hin zur Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und Integration aller wichtigen beteiligten AkteurInnen und Institutionen sowie letztlich hin zur Etablierung relevanter Gremien zwecks Koordination und Abstimmung (vgl. ebd.).

In seiner Resolution (B7-0475/2011) definierte das Europäische Parlament 2011 Maßnahmen und Strategien zur generellen Beendigung von Obdachlosigkeit in Europa mit entsprechenden Zielsetzungen. Diese Resolution ist Ausdruck einer langjährig vorbereiteten Kampagne von verschiedensten international und europäisch agierenden GOs und NGOs und stellt die Thematik Obdachlosigkeit auf einer europäischen Ebene prominent zur Diskussion. Darin wird Obdachlosigkeit als ein großes und vor allem supranationales, das heißt europäisches Problem begriffen.

Nicht nur dass Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit eine massive Form der Verarmung sind, den Menschenrechten widersprechen und jede menschliche Würde der Betroffenen untergraben – sehen sich zahlreiche europäische Mitgliedstaaten auch mit einer steigenden Anzahl betroffener Personen konfrontiert (vgl. Europäisches Parlament, Res. B7-0475/2011). Obdach- oder

¹¹ FEANTSA ist eine Dachorganisation von Non-Profit-Organisationen, die beteiligt sind oder dazu beitragen, den Kampf gegen die Obdachlosigkeit in Europa zu gewinnen. Es ist das einzige große europäische Netzwerk, das ausschließlich auf Obdachlosigkeit konzentriert ist und auf europäischer Ebene eng mit der Europäischen Kommission zusammenarbeitet.

Wohnungslosigkeit wird somit als ein sehr komplexes und vielschichtiges Problemfeld wahrgenommen, das verstärkt nach mannigfaltigen Lösungsansätzen verlangt.

Aus diesem Grunde hat die EU bereits in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf eine Strategie unter dem Titel Europa 2020 (basierend auf der “European Platform against Poverty and Social Exclusion”) gesetzt, wonach es Obdachlosigkeit in Europa ab diesem Zeitpunkt nicht mehr geben soll und die soziale Inklusion von 20 Millionen EuropäerInnen, die sonst akut von Armut und Obdachlosigkeit bedroht wären, erfolgreich vollzogen sein soll (vgl. EPPSE 2010). Dies stellt jedoch in Anbetracht steigender Zahlen generell von Armut und Arbeitslosigkeit betroffener Menschen in ganz Europa eine gewagte Vision dar. Die Resolution sieht darüber hinaus folgende Strategien vor, um dieses Ziel zu erreichen: klare Zielsetzungen, vor allem in der Frage der Prävention von Obdachlosigkeit zu erarbeiten; die Dauer von Obdachlosigkeit, so sie nicht zu vermeiden ist, so kurz wie möglich zu halten; extreme Formen von Obdachlosigkeit so gut wie möglich zu verhindern und eine Evaluation der Qualität bestehender Wohnungslosenhilfe und ihrer Betreuungseinrichtungen vorzunehmen sowie den Zugang zu leistbaren und würdevollen Wohnmöglichkeiten zu schaffen (vgl. ebd.). Der Fokus der Resolution liegt darin, alle relevanten Politikfelder, die mit dem Komplex Obdachlosigkeit direkt oder indirekt verbunden sind, also Sozial-, Gesundheits-, Arbeits-, Migrations- und Wirtschaftspolitik, abzudecken und entsprechende – vor allem europapolitische Strategien – zu entwickeln (vgl. ebd.).

Obwohl auch 2012 ein sehr intensives Jahr zur konzeptionellen Ausgestaltung relevanter Lösungsstrategien war, sind konkrete politische Handlungsanweisungen noch immer marginal. Dazu fehlt vielerorts noch der politische Wille, in den einzelnen Mitgliedsstaaten genauso wie auf EU-Ebene. Das Problem ist zu vielschichtig, als dass es nur eine einzige Lösung braucht. Neben gezielten Maßnahmen auf nationaler Ebene braucht es vor allem eine gesamteuropäische Anstrengung, die großen sozialen und sozioökonomischen Unterschiede der Regionen zu überwinden.

3.2. Von der Audimax-Besetzung zur Öffnung der JOSI

Ziel dieses Kapitel ist es, einen Überblick zu liefern, wie es von der Besetzung des Audimax der Universität Wien und der damit einhergehenden öffentlichen Thematisierung der Probleme nicht-anspruchsberechtigter obdachloser EU-BürgerInnen in der Bundeshauptstadt Wien zur Öffnung der JOSI für eben jene Zielgruppe gekommen ist.¹²

Nach einer Protestaktion von rund 200 Studierenden der Akademie der Bildenden Künste kam es in den Abendstunden des 22. Oktober 2009 zur Besetzung des Audimax der Universität Wien, an der sich mehrere hundert StudentInnen beteiligten. Bis zum 12. November 2009 wurden 34 Universitäten in Österreich und Deutschland von Studierenden besetzt. Zahlreiche Demonstrationen und Protestaktionen richteten sich gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung. Insgesamt war das Audimax bis zur polizeilichen Räumung zwei Monate lang besetzt.¹³

Im Laufe der Besetzung wurden der Hörsaal und die errichtete Volxküche¹⁴ von rund 50 bis 100 nicht-anspruchsberechtigten obdachlosen EU-BürgerInnen mangels anderer Alternativen als ständiger Aufenthalts- und Schlafort genutzt. Obwohl sich die BesetzerInnen von Beginn an mit den Obdachlosen solidarisierten und sich zahlreiche von ihnen an den Protesten beteiligten und in der Volxküche mitarbeiteten, kam es immer wieder zu „milieuspezifischen“ Problemen (untragbaren hygienischen Zustände, exzessivem Alkoholkonsum, Gewalt, sexistischen Übergriffen), weshalb sich die überforderten BesetzerInnen mit der Bitte um Unterstützung an die Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe wandten. Die daraufhin entsandten StraßensozialarbeiterInnen konnten in ihrer offiziellen Funktion jedoch nur auf ihre Nicht-Zuständigkeit verweisen, da die obdachlosen Personen über keine Ansprüche nach dem (damaligen) Wiener Sozialhilfegesetz verfügten. Aus diesem Grund wurde von den Studierenden am 23. November 2009 die Arbeitsgruppe „Prekäre Lebenswelten“ eingerichtet, um die Problematiken öffentlich zu thematisieren. Am 29. November 2009 fand eine erste gemeinsame Aktion mit VertreterInnen der Vinzenzgemeinschaft vor dem Hauptgebäude der Universität Wien

¹² In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass bereits vor der generellen Öffnung des Tageszentrums JOSI für nicht-anspruchsberechtigte Personen etwa 30 Personen aus dieser Zielgruppe die Einrichtung nutzten. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass es sich ursprünglich um eine „überschaubare“ Anzahl von Menschen handelte, die sich zum Teil bereits seit vielen Jahren in Wien aufhielten.

¹³ Für eine Übersicht der Ereignisse siehe: „Audimax besetzt – eine Chronologie“, <http://wiev1.orf.at/stories/411097>, 18.12.2012.

¹⁴ „Volxküche (VoKü), gelegentlich auch *Bevölkerungsküche (BeVoKü)* oder *Küche für alle (Küfa)* genannt, wird in der linksalternativen Szene ein ein- bis mehrmals wöchentlich stattfindendes, regelmäßiges Gruppenkochen genannt, bei dem das Essen zum Selbstkostenpreis oder sogar darunter ausgegeben wird. Das Wort leitet sich vom älteren Ausdruck *Volxküche* (Suppenküche), dem weltlichen Gegenstück der christlichen Armenspeisung her.“ In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Volx%C3%BCche>, 14.01.2013.

statt.¹⁵ Am 2. Dezember 2009 wurde von der Arbeitsgemeinschaft „Prekäre Lebenswelten“ eine Presseaussendung veröffentlicht, in der es u.a. heißt:

„Wir fragen heute die Stadt Wien und ihre Einrichtungen und Partnerorganisationen, ob es möglich ist, diese Obdachlosen zu unterstützen und ihnen Perspektiven einer eigenen, auch betreuten, Wohnung zu eröffnen? Wir finden es wichtig, zu zeigen, dass in unserer Stadt sozialpolitisches Engagement gegenüber den Schwächsten am Rand der Gesellschaft Realität ist. Es müssen Sofortmassnahmen (*sic!*) gesetzt werden, um die betroffenen Personen vor Ort gemeinsam zu betreuen und in Folge dauerhafte, auch betreute, Wohnungen für die Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Im Moment werden die Obdachlosen von den BesetzerInnen so gut wie möglich versorgt, wobei jedoch dringend soziale, therapeutische und medizinische Unterstützung gebraucht wird.“¹⁶

Darüber hinaus wurden in der Presseaussendung fünf Forderungen an die Stadt Wien gerichtet:

„Wir anerkennen die bestehenden Bemühungen der Stadt Wien, um Menschen ohne Obdach zu unterstützen, sehen aber im Audimax tagtäglich weiteren Handlungsbedarf. Die Audimax-BesetzerInnen fordern in diesem Sinne von der Stadt Wien Massnahmen (*sic!*), um eine langfristige Perspektive für die betroffenen Menschen im Audimax zu eröffnen:

1. Die Bereitstellung von dauerhaften, eigenen, falls erforderlich auch betreuten, Wohnungen, zur freiwilligen Übersiedlung der Obdachlosen.
2. Schaffung von mehr Kapazitäten bei Notschlafplätzen für all jene, die keine eigene Wohnsituation möchten.
3. Evaluierung von bestehenden Schwellen bei der Unterstützung von Obdachlosen, die dazu führen, dass das besetzte Audimax von Obdachlosen als Aufenthalts- und Schlafraum bevorzugt wird bzw. warum bestimmte Betroffene anderswo nicht aufgenommen werden.
4. Schaffung von Angeboten für AlkoholikerInnen, die wegen körperlicher Abhängigkeit Angebote von Einrichtungen mit Alkoholverbot nicht annehmen können.
5. Schaffung von Angeboten für Obdachlose mit Migrationshintergrund, da bestehende Angebote meist EWR-BürgerInnen vorbehalten sind.“¹⁷

Am selben Tag reagiert die zuständige Sozialstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) mit einer Presseaussendung, in der sie betont, dass „die Stadt Wien mit ihren eigenen Einrichtungen und mit der Finanzierung von Caritas oder anderen Partnerorganisationen dafür [sorgt], dass die WienerInnen auf ihr soziales Netz, das dichteste Europas, vertrauen können“¹⁸. Die Kritik der Audimax-BesetzerInnen am System der Wiener Wohnungslosenhilfe

„laufe aber ins Leere, weil dieses System europaweit an der Spitze steht“. Sie, Wehsely, habe daher zusätzlich zu den vielfältigen Angeboten der Wiener Wohnungslosenhilfe noch heute Abend veranlasst, dass MitarbeiterInnen des Wiener Wohnungslosenhilfesystems unmittelbar vor Ort im Audimax obdachlose WienerInnen, die Hilfe brauchen und bereit sind, anzunehmen, versorgen. Klar müsse aber auch sein: „Die Wiener Wohnungslosenhilfe steht für WienerInnen zur Verfügung. Das sieht richtigerweise das Gesetz so vor.

¹⁵ Siehe: „Uni brennt: Prekäre Lebensbedingungen“, <http://www.youtube.com/watch?v=L68a3116H-0>, 18.12.2012.

¹⁶ „Obdachlosenproblem in Wien. Besetztes Audimax ist zur Zufluchtstätte von Obdachlosen geworden“, Presseaussendung vom 2. Dezember 2009, Online: <http://unibrennt.at/wiki/images/f/f3/PM091202.pdf>, 18.12.2012.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ „Wehsely: Wiener Wohnungslosenhilfe hilft, wo sie gebraucht wird“, Presseaussendung vom 2. Dezember 2009, Online: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091202_OTS0332/wehsely-wiener-wohnungslosenhilfe-hilft-wo-sie-gebraucht-wird, 18.12.2012.

Nur so lässt sich Sozialtourismus nach Wien vermeiden. Das ist ein Grundprinzip sozialer Gerechtigkeit in ganz Europa.“¹⁹

Unzufrieden mit der Reaktion seitens der Sozialstadträtin beschließt die Arbeitsgemeinschaft „Prekäre Lebenswelten“ das Thema weiter zu kampagnisieren. Bei einer Demonstration von Studierenden am 5. Dezember 2009 nimmt ein „Block der Obdachlosen“ teil, an dem sich zahlreiche betroffene Personen beteiligen. Am 15. Dezember 2009 findet an der Universität Wien gemeinsam mit VertreterInnen von neunerHaus, VinziBett und OBDS (Österreichischer Berufsverband diplomierter SozialarbeiterInnen) eine Pressekonferenz unter dem Motto „Schleicht's euch ins Audimax!, sagt das Sozialhilfegesetz?“ statt, um erneut auf die Problematiken aufmerksam zu machen.²⁰ Am 20. Dezember 2009 findet am Christkindlmarkt auf dem Wiener Rathausplatz ein „Flashmob“ statt, an dem sich ca. 30 Studierende und Obdachlose beteiligen. Außerdem wurden regelmäßig Flugblätter in der Stadt verteilt, die auf die Probleme obdachloser EU-BürgerInnen aufmerksam machten. Darüber hinaus gründete sich ausgehend von BewohnerInnen der Vinzenzgemeinschaft eine Initiative mit dem Namen „Obdachloses Europa in Wien“, über die es auf der Homepage der FEANTSA (European Federation of National Organisations Working with the Homeless) heißt:

„A new initiative ‚Obdachloses Europa in Wien‘ (Homeless Europe in Vienna) aims to raise awareness about the situation of homeless EU migrants in the Austrian capital. The initiative was created on the occasion of student protests at Vienna's universities in November 2009. Homeless people had joined the protest and camped with the students in the university building. After being evicted, they were sent to the homeless services of the city. However, as the majority of the people were EU migrants who were unemployed and had been resident for less than five years in the country, the city is not obliged to provide support to them“.²¹

Die zahlreichen Aktionen und Initiativen hatten vor allem im Zeitraum vom 17. bis 22. Dezember 2009 ein breites mediales Echo zur Folge. Täglich wurde in Artikel und Kommentaren in Print- und Onlinemedien sowie in TV- und Radiobeiträgen über die Problematik der obdachlosen EU-BürgerInnen berichtet.²²

Am 17. Dezember 2009 wurde seitens der Leitung der WWH schließlich ein Winterpaket geschnürt, um auch EU-BürgerInnen, die in Wien obdachlos und akut hilfsbedürftig sind, einen temporären Schlafplatz anbieten zu können. Neben den Nächtigerinnenquartieren Hermine ("wieder wohnen" GmbH), St. Josef (Caritas) und Hermes (Rotes Kreuz) wurde auch das

¹⁹ Ebd.

²⁰ Siehe: http://unibrennt.at/wiki/images/a/a8/PA_Obdachlosigkeit_15-12-2009.doc, 18.12.2012

²¹ http://www.feantsa.org/code/EN/print_page.asp?Page=24&pk_id_news=3276, 18.12.2012

²² Ein umfassender Pressespiegel für den Zeitraum von 2. bis 22. Dezember 2009 findet sich unter: http://unibrennt.at/wiki/index.php/Prek%C3%A4re_Lebenswelten#Material.2F_Presse.2F_Medienecho, 18.12.2012.

Tageszentrum JOSI für die sogenannte „erweiterte Zielgruppe“ geöffnet. Diese beschlossenen Sofortmaßnahmen wurden bis längstens 30.04.2010 befristet.

In dem Bericht zum Winterpaket 2009/10 des Tageszentrums JOSI wird die Situation nach dem Inkrafttreten des Winterpakets folgendermaßen beschrieben:

„Unmittelbar nach Bekanntwerden des Winterpaketes begannen einzelne Personen der ‚erweiterten Zielgruppe‘ die Grundversorgung der JOSI in Anspruch zu nehmen. Im Laufe der folgenden Wochen wuchs die Anzahl der Personen aus der ‚erweiterten Zielgruppe‘ schnell und kontinuierlich an. Bereits im Jänner wurden bis zu 60 Personen gezählt, die im Laufe des Tages die Grundversorgung der Einrichtung in Anspruch nahmen. Zu Spitzenzeiten hielten sich in den Monaten Dezember bis März bis zu 140 Menschen (‚erweiterte‘ und ‚normale‘ Zielgruppe) in der JOSI auf. Die BesucherInnen der ‚erweiterten Zielgruppe‘ stammten in erster Linie aus den neuen EU-Ländern Polen, Rumänien, Bulgarien, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Darüber hinaus fanden sich auch vereinzelt Personen aus der Türkei darunter. Vorwiegend handelte es sich um männliche Personen im Alter von 25 bis 60 Jahren, wobei der Großteil über 40 Jahre alt war.“ (Budin, A./Kessler, E./Espinoza, L./Viveros, A. 2010: 1)

Die Erfahrungen des Winters 2009/10 und der damit sichtbar gewordene Bedarf an Grundversorgung für die Gruppe nicht-anspruchsberechtigter obdachloser Personen aus EU-Ländern führte im Sommer 2010 zur Entscheidung des Fachbereichs des Wiener Wohnungslosenhilfe und der Geschäftsführung der "wieder wohnen" GmbH das Förderkonzept des Tageszentrums JOSI so zu adaptieren, dass die Einrichtung seit 1. Jänner 2011 ganzjährig für diese Zielgruppe nutzbar ist.

3.3. Veränderungen in der BesucherInnenstruktur

Nachdem im vorangegangenen Kapitel dargestellt worden ist, wie es zur Öffnung des Tageszentrums JOSI für die Gruppe der nicht-anspruchsberechtigten obdachlosen EU-BürgerInnen gekommen ist, soll im Folgenden auf die Veränderungen der BesucherInnenstruktur eingegangen werden.

Obwohl das Tageszentrum JOSI mit 1. Jänner 2011 für die Zielgruppe der nicht-anspruchsberechtigten Obdachlosen geöffnet wurde, liegen zusammenhängende Vergleichsdaten über die Herkunft der erfassten BesucherInnen erst für den Zeitraum Oktober 2011 bis Oktober 2012 vor. Dies liegt vor allem daran, dass regelmäßige Befragungen durch die MitarbeiterInnen während der Wintermonate auf Grund der Umstellung auf die neue Situation und der hohen BesucherInnendichte nicht durchzuführen waren. Generell sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die statistischen Daten über die erfassten BesucherInnen nach Nationalität nur

Tendenzen abbilden, da die Bekanntgabe der Daten einerseits auf Freiwilligkeit beruht und es andererseits für die MitarbeiterInnen im Arbeitsalltag des Tageszentrums kaum möglich ist zu überprüfen, ob Personen bereits erfasst worden sind oder nicht.

Dennoch zeigen die folgende Diagramme 1 und 2 von April bzw. Mai 2011 klar, dass der Großteil der neu registrierten Personen aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Slowakei, Polen oder Tschechien kommen, während der Anteil der neu erfassten österreichischen StaatsbürgerInnen bei rund 20 Prozent liegt.

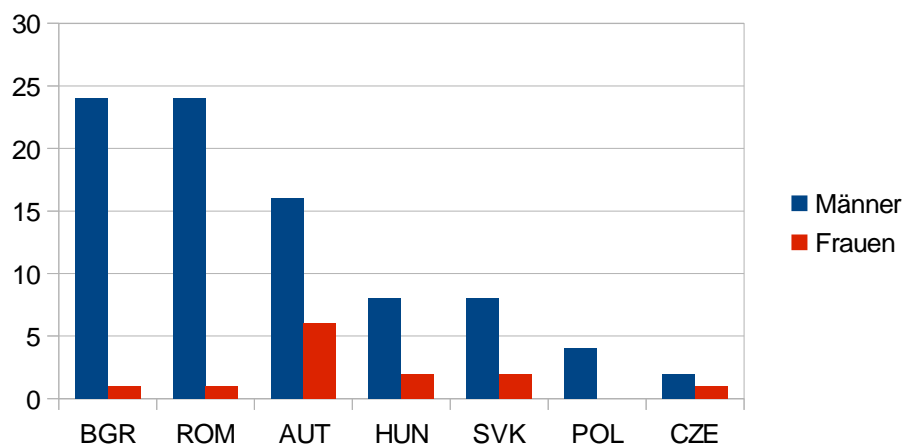


Diagramm 1: Anzahl neu erfasster BesucherInnen nach Nationalität – April 2011

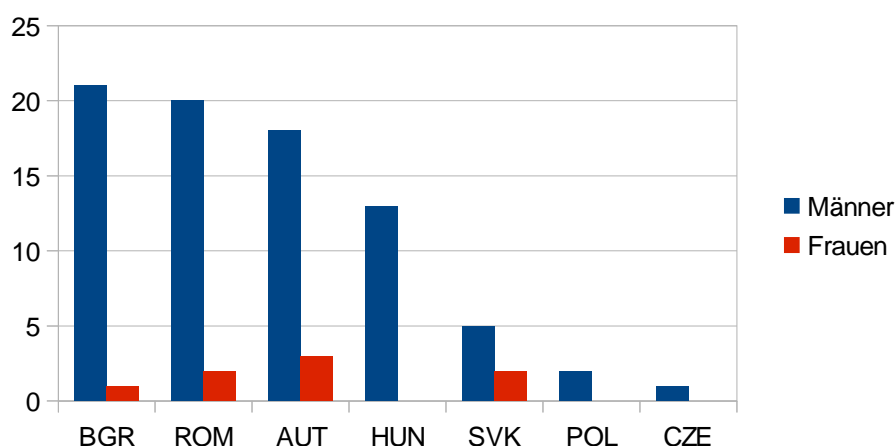


Diagramm 2: Anzahl neu erfasster BesucherInnen nach Nationalität – Mai 2011

Die Schließung des Tageszentrums JOSI am Standort U6-Station Josefstädter Straße im Juli 2011 und die darauf folgende Übersiedlung und Wiedereröffnung des JOSI.exil im August 2011 im 12. Wiener Gemeindebezirk führte zu weiteren massiven Veränderungen in der BesucherInnenstruktur.

Das folgende Diagramm 3 wurde an Hand der „Statusberichte“ des Tageszentrums JOSI.exil erstellt. Bei den „Statusberichten“ handelt es sich um – in der Regel – wöchentlich erstellte, interne Berichte, die sowohl an relevante Stellen im FSW als auch in der WWO weitergeleitet werden. Einer der Punkte in den „Statusberichten“ beschreibt die maximale BesucherInnenanzahl bei gleichzeitigem Aufenthalt im Tageszentrum. Dabei wird zwischen Männern, Frauen und „neuer Zielgruppe“ unterschieden, wobei zu dem Punkt der „neuen Zielgruppe“ in einer Fußnote der „Statusberichte“ folgende Anmerkung zu finden ist: *„Dabei handelt es sich vorrangig um EU-BürgerInnen mit und ohne Anmeldebescheinigung d. MA35; WICHTIG: die Zahl selbst ist ‚mit Vorsicht zu genießen‘, da sie im Rahmen unserer 4x/Tag-Kopf-Zählungen auf ‚optischer Zuordnung basiert‘.* Wie in Kapitel 4.2.1. näher erläutert wird, ist jedoch davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit jener Personen, die in den Zählungen der „neuen Zielgruppe“ zugerechnet werden, über keine Anmeldebescheinigung verfügen. Auch wenn darauf hingewiesen wird, dass die Zählungen mittel „optischer Zuordnung“ durchgeführt werden, ist davon auszugehen, dass die Zahlen aussagekräftig sind, da die MitarbeiterInnen des JOSI.exil, von denen die Zählungen viermal täglich durchgeführt werden, den Großteil der BesucherInnen in der Einrichtung kennen. In informellen Gesprächen mit mehreren MitarbeiterInnen wurde die Fehlerquote bei den Zuordnungen zur „neuen Zielgruppe“ mit rund plus bzw. minus zehn Prozent beziffert.

Für die Auswertung wurden alle verfügbaren Statusberichte aus dem Zeitraum Jänner 2011 bis Dezember 2012 herangezogen. Dabei wurde das prozentuelle Verhältnis aus maximaler Anzahl der Personen aus der „neuen Zielgruppe“ und der maximalen Gesamtpersonenanzahl im zeitlichen Verlauf von knapp zwei Jahren dargestellt.

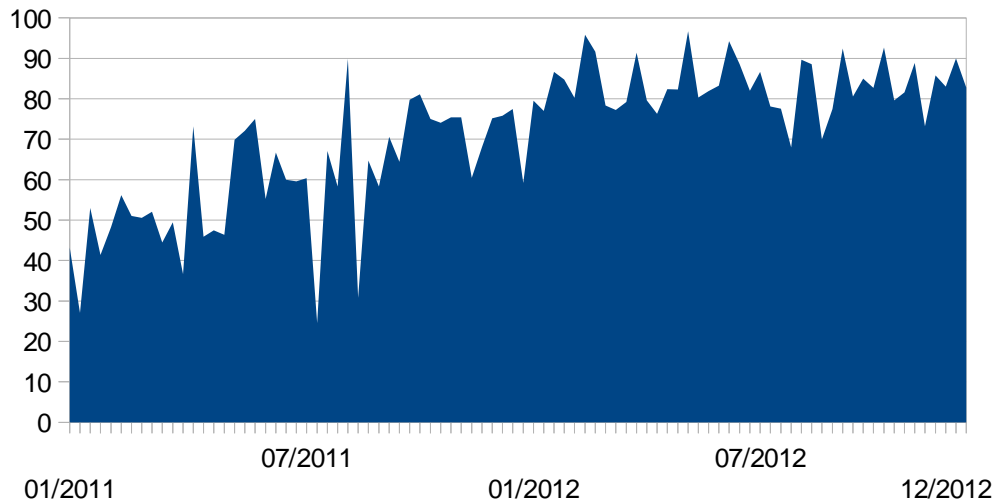


Diagramm 3: Prozentuelles Verhältnis zwischen „neuer Zielgruppe“ und GesamtbesucherInnen

Wie anhand des Diagramms 3 zu erkennen ist, stieg der Anteil der Personen aus der „neuen Zielgruppe“ – also überwiegend nicht-anspruchsberechtigte Personen aus den neuen EU-Ländern – von rund 30 Prozent im Jänner 2011 bis zur Schließung des Standortes U6-Station Josefstädter Straße im Juli 2011 auf etwa 50 bis 60 Prozent. Seit der Eröffnung des JOSI.exil im August 2011 stieg der Anteil der BesucherInnen aus der „neuen Zielgruppe“ bis Anfang 2012 kontinuierlich an und pendelte sich seitdem auf dem hohen Niveau von 80 bis 90 Prozent ein.

In den Diagrammen 4 und 5 sind schließlich die Summen bzw. Prozentzahlen der erfassten Personen für den Zeitraum Oktober 2011 bis 2012 aufgeschlüsselt nach Herkunftsland und Geschlecht abgebildet. Es wurden dabei nur jene Länder herangezogen, die auch für die vorliegende Untersuchung relevant waren. Die Anführung österreichischer StaatsbürgerInnen dient zu Vergleichszwecken.

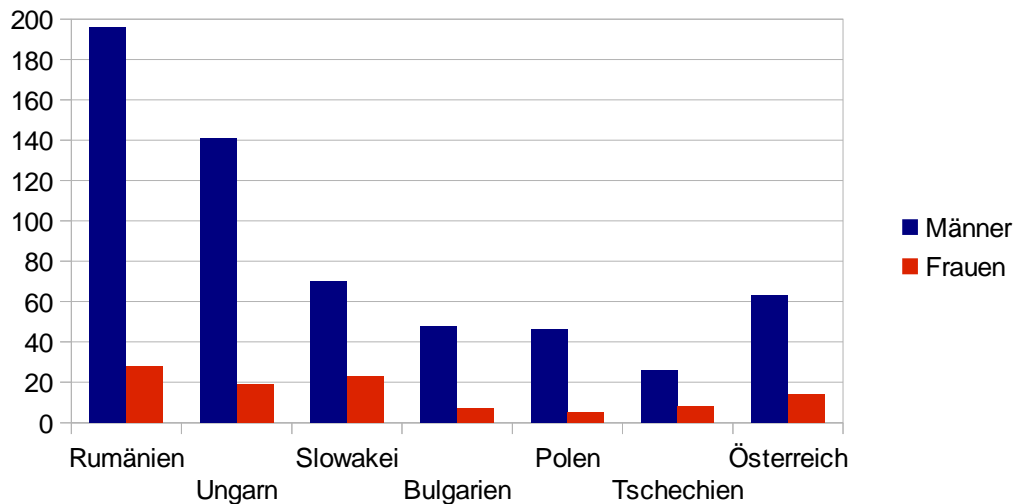


Diagramm 4: Anzahl erfasster BesucherInnen nach Nationalität – Oktober 2011 bis 2012

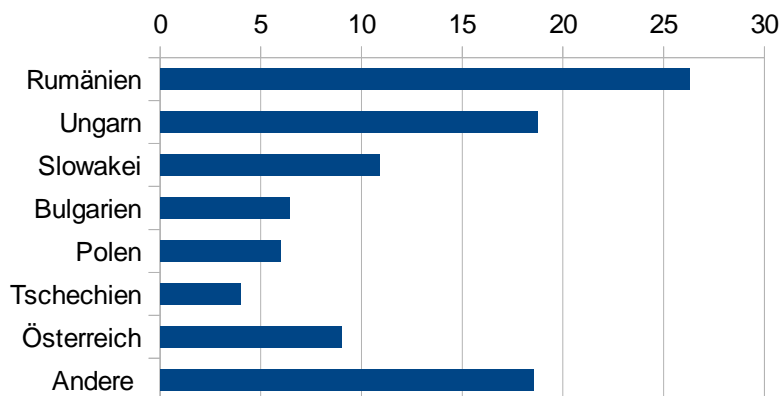


Diagramm 5: Prozentuelle Aufteilung erfasster BesucherInnen nach Nationalität – Oktober 2011 bis 2012

Von den insgesamt 852 neu erfassten Personen aus allen Herkunftsländern im Zeitraum Oktober 2011 bis 2012 stammen 617 Personen bzw. 72,4 Prozent aus jenen Ländern, die in vorliegender Studie näher untersucht werden. Der Anteil an neu erfassten österreichischen StaatsbürgerInnen fiel während dieses Zeitraums auf unter zehn Prozent.

Auffallend hoch ist auch der Anteil an neu erfassten Personen aus anderen Herkunftsländern, der bei rund 20 Prozent liegt. Auch wenn es im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht möglich

ist, diese Gruppe einer näheren Betrachtung zu unterziehen, sei darauf hingewiesen, dass es sich um eine äußerst heterogene Gruppe handelt. So stammen die 160 Personen, denen ein Herkunftsland zuordenbar war, aus 42 (!) unterschiedlichen Ländern.²³ Diagramm 6 bietet hierzu eine grobe Übersicht.

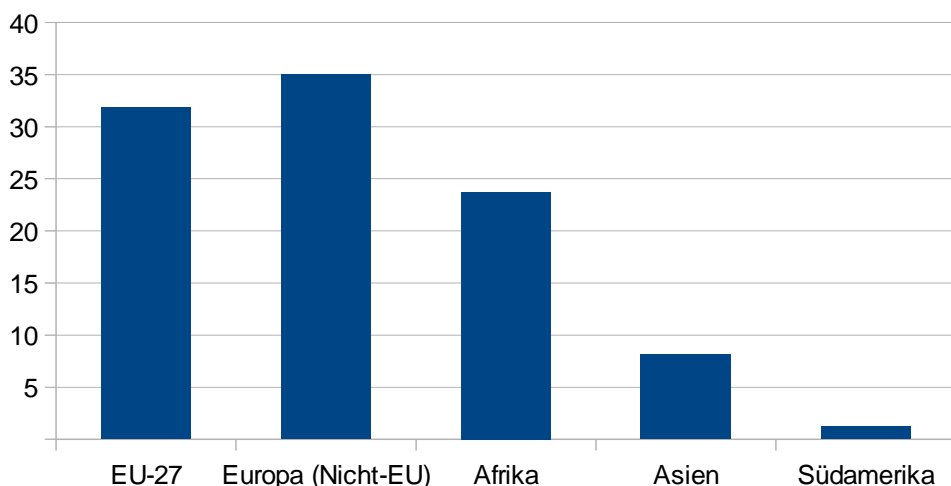


Diagramm 6: Prozentuelle Aufteilung BesucherInnen anderer Nationen – Oktober 2011 bis 2012

Durchschnittlich werden also im Tageszentrum JOSI.exil monatlich 70 neue Personen erfasst, von denen rund 50 aus jenen Herkunftsländern stammen, auf die im weiteren Verlauf der vorliegenden Untersuchung näher eingegangen wird. Ausgehend davon, dass bei weitem nicht alle Personen, die das Tageszentrum nutzen, von den MitarbeiterInnen statistisch erfasst werden können, ist realiter jedoch in Summe von einer weitaus höheren Personenanzahl auszugehen, die die Angebote des Tageszentrums nutzt.

²³ Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Frankreich, Portugal, Niederlande, Schweiz, Slowenien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Albanien, Türkei, Russland, Ukraine, Moldawien, Estland, Lettland, Litauen, Georgien, Armenien, Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen, Mauretanien, Somalia, Gambia, Sudan, Senegal, Kenia, Nigeria, Bangladesch, Afghanistan, Iran, Indonesien, Jordanien, Indien, Mexiko.

4. Ergebnisse der Interviews

Ziel dieses Kapitels ist es, die Ergebnisse der Interviews hinsichtlich der drei übergeordneten Kategorien „Migrationsmotive und -hintergründe“, „sozioökonomische Situation“ und „Zukunftsperspektiven“ darzustellen. In diesem Zusammenhang ist es den AutorInnen wichtig darauf hinzuweisen, dass alle beschriebenen Ergebnisse stets Tendenzen ausdrücken und keine generellen Rückschlüsse zulassen, da hinter den Aussagen der Interviews jeweils individuelle Lebensgeschichten stehen, die letztlich nicht objektivierbar sind.

4.1. Migrationsmotive und -hintergründe

14 (!) der 16 befragten Personen gaben an, nach Österreich gekommen zu sein, um eine Arbeit zu finden. In diesem Zusammenhang wird von den interviewten Personen durchgehend auf die schlechte wirtschaftliche Situation, die miserable Arbeitsmarktlage und die schlechte Entlohnung in den jeweiligen Heimatländern verwiesen. So meint Herr T. (HUN): *„Weil in Ungarn gibt es keine Arbeit, keine Möglichkeiten und ich habe meiner Freundin gesagt, wir versuchen es halt (in Wien, Anm.)“* (14). Von seinem Lohn in der Höhe von 400 Euro/Monat für eine Vollzeitbeschäftigung in einer Elektronikfirma habe er nicht leben können, weil alleine die Miete für die Wohnung 100 Euro pro Monat gekostet hat (vgl. ebd.). Darüber hinaus beschreibt Herr T. die generelle Situation für Obdachlose in Ungarn mit folgenden Worten: *„Wenn jemand obdachlos ist und auf der Straße schläft, eh, bei uns gibt es ja keine Josi, Notschlafstellen, so was gibt es nicht, wenn jemand auf der Straße schläft, auf einer Bank, oder im Park oder so, wird sofort bestraft. Die Strafe ist so 100 Euro. (...) Und die Leute wissen nicht, was sie machen sollen, wo sie sich verstecken können oder so, (...) weg von der Polizei, das ist die Hauptsache“* (ebd.). Herr L., ebenfalls aus Ungarn, beschreibt die allgemeine Situation mit folgenden Worten: *„Everything what is east of Vienna, is third world. Polish, Czech, Slovak, Hungarian, Romanian, Bulgarian and the rest of all, all east-block countries became Mexico of Europe. That's the reason, why the people is coming over“* (15). Herr G. kam 2009 zum ersten Mal aus Rumänien nach Wien, ging 2010 ein halbes Jahr nach Deutschland und war von Mitte 2010 bis 2012 wieder in Rumänien. Es ist ihm in dieser Zeit in Rumänien nicht gelungen, eine dauerhafte Anstellung zu finden, obwohl er sieben Sprachen spricht. Für 150 Euro im Monat (40h/Woche) habe er in einer Produktionsfirma für Mobiltelefone gearbeitet, wurde aber nach neun Monaten entlassen und ging danach wieder nach Österreich.

(vgl. I10) Auch jene Personen, die bereits vor dem EU-Beitritt nach Österreich kamen, geben als Hauptmotiv die Aussicht auf bessere Arbeit an. So berichtet etwa Herr B. (POL), der seit mittlerweile 22 Jahren in Österreich lebt, dass er in Krakau nach dem Ende der kommunistischen Ära eine eigene Malerfirma mit 20 Angestellten besessen hat. Nachdem ihm die Gemeinde für bereits erledigte Aufträge über Monate hinweg nicht bezahlt hatte, sah er sich gezwungen seinen gesamten Besitz zu verkaufen, um die Mitarbeiter trotzdem bezahlen zu können. Schließlich ging seine Firma in Konkurs und er verließ mit rund einer Million Euro Schulden Polen, um in Österreich ein neues Leben zu beginnen (vgl. I12). Herr C. (ROM), der seit 10 Jahren in Österreich lebt, beschreibt die Situation in seinem Heimatland mit folgenden Worten: *„Rumänisch kommen her zu arbeiten, keine Geld zu Hause, ist 150 Euro pro Monat, zahlen muss Wasser, Heizung oder Strom. Ist 80 Euro pro Monat. Was essen? Was machen für Kinder, für Schule, geht nix. Kommen hier für arbeiten, bissl arbeiten“* (I8).

Sechs der 16 befragten Personen gaben an, bereits vor ihrem Aufenthalt in Wien obdachlos gewesen zu sein, bzw. in prekären Wohnverhältnissen gelebt zu haben. Frau B. und Herr J., ein Paar aus Ungarn, waren sechs Monate obdachlos, bevor sie sich durch den Gewinn bei einem Telefonspiel in der Höhe von 1.000 Euro die Anzahlung für ein desolates Abbruchhaus ohne Strom und Wasser leisteten. In diesem Haus hatten sie vorübergehend gewohnt, bevor sie sich entschlossen, nach Wien zu kommen. Sie hoffen, den restlichen Kredit für das Haus in der Höhe von 3.000 Euro mit jenem Geld abbezahlen zu können, das sie in Wien verdienen und anschließend die notwendigen Reparatur- und Renovierungsarbeiten durchführen zu können (vgl. I2, I3). Angesprochen auf seine Erfahrungen mit Obdachloseneinrichtungen in Ungarn und Wien antwortet Herr J. mit den Worten: *„Himmel und Hölle. Himmel heißt natürlich Wien“* (I3). Er hebt vor allem die Unterschiede im hygienischen Bereich hervor, die in Wien viel besser seien, *„weil in Ungarn bekommt man nur ein Stück Seife und ein Handtuch und kein Shampoo, keinen Rasierer, nichts“* (ebd.). Außerdem *„bekommt man am Morgen in der Früh irgendeine Essenskarte, von denen gibt es sehr wenige und wer keine Karte hat, bekommt an diesem Tag kein Essen“* (ebd.). Drastischer fällt das Urteil von Herrn L. über die Situation in ungarischen Notschlafstellen aus, die er folgendermaßen beschreibt: *„In the shelter, when the people lay down to sleep, just like in Auschwitz or Dachau. People sleep on straw-beds on the floor, with flea-invested mattresses, you know, no possibility for take a shower, no possibility to get clean, not even a restroom, where you can go, there is only one restroom, but it's dirty and filthy, women and men use it as the same restroom, to shower, but only cold water running through“* (I5). Herr C., der in Rumänien über ein Jahr obdachlos war, erklärt, dass man *„in Obdachloseneinrichtungen nur ein kleines Brot und eine*

Tasse Tee [bekommt]. Einrichtungen gibt es nur im Winter und man darf ein bis fünf Nächte dort schlafen“ (I10). Frau M. (SVK) erzählt, dass sie bereits seit vielen Jahren obdachlos sei und sich bis zu einem gewissen Grad damit abgefunden hatte. Sie stammt aus sehr armen Verhältnissen, hat jung geheiratet und mit ihrem Mann, ihren beiden gemeinsamen Kindern und der Schwiegermutter, von der sie nie akzeptiert wurde, auf einem Landhof gelebt. Ihr Mann wird zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem sie ihn wegen Misshandlung der Tochter angezeigt hat. Ihre Schwiegermutter verweist sie daraufhin des Hofes und bekommt die Obsorge für beide Kinder übertragen. Nachdem sie von dem Dorf weggegangen ist, schläft sie häufig auf der Straße oder im Zelt, bevor sie in einer Obdachloseneinrichtung in der Nähe von Bratislava landet, wo sie Anfang 2011 ihren jetzigen Lebensgefährten, Herrn M., kennenlernt (vgl. I13). Bevor sie gemeinsam nach Wien kommen, ist auch Herr M. acht Monate in der Slowakei obdachlos (vgl. I14). Unabhängig voneinander befragt, bezeichnen beide Personen den Unterschied zwischen sozialen Einrichtungen in Österreich und der Slowakei als „gravierend“. Frau M., kritisiert vor allem, dass sie das Notquartier bereits um 6 Uhr in der Früh verlassen musste, es keine Angebote für Paare gibt und sowohl das Nächtigen (50 Cent) als auch das Duschen (30 Cent) etwas kosten. Es sei erwünscht gewesen, vor dem Nächtigen zu duschen, was sich aber nicht alle hätten leisten können. Es wurden Listen darüber geführt, wer sich regelmäßig duscht, was Druck erzeugt hätte. Darüber hinaus hätte es keine aufsuchende Sozialarbeit gegeben, Auskünfte erhielt sie von ihrer Sozialarbeiterin nur bei aktivem Nachfragen in Form von Informationszetteln mit weiterführenden Adressen (vgl. I13). Herr B. hingegen kritisiert vor allem das mangelnde Angebot an Einrichtungen in der Slowakei und lobt das differenzierte Hilfsangebot für Obdachlose in Wien (vgl. I14). Herr V. stammt aus Bulgarien und berichtet im Interview, dass er in seinem Heimatland gefoltert worden sei. Er sei nicht arm gewesen und habe Immobilien besessen, die ihm vom Staat „geklaut“ worden seien. Er sei der Vierte in der Familie, der von der bulgarischen Justiz verfolgt würde. Nachdem seine Immobilien enteignet worden seien, sei er fast auf der Straße gelandet, habe aber im Haus seines Onkels wohnen können. Zwischenzeitlich sei er 18 Monate inhaftiert gewesen, wobei ihm im Gefängnis eine „geistige Störung“ diagnostiziert worden sei. Herr V. sagt, dass es zu gefährlich für ihn gewesen sei, in Bulgarien auf der Straße zu leben, weshalb er nach Wien geflohen sei. (vgl. I15)

Interessant erscheint die Tatsache, dass drei der interviewten Personen angaben, „spontan“ beschlossen zu haben, nach Wien resp. Österreich zu kommen. So berichtet etwa Frau D. (HUN): *„Ich habe gedacht einmal, tschüss, baba, ich gehe nach Wien und ich war nächster Tag schon hier und ich habe gehabt zirka dreihundert Euro und ich habe gedacht, das ist genug und ich*

kann zu mieten eine Zimmer oder etwas. Aber das war nicht richtige Information. Und ich habe geschlafen im Park drei Tage lange“ (I1). Auch Herr S. (SRB) beschloss vor rund sechs Jahren spontan nach Wien zu kommen, nachdem er in seinem Heimatort Konflikte mit anderen Männern wegen einer Frau gehabt hatte (vgl. I6). Herr R. (ROM) hat hingegen im Jahr 2005 seinen Fernsehapparat und DVD-Player um 60 Euro verkauft und ist mit dem Geld zum Busbahnhof gegangen, wo er dem Fahrer gesagt hat, er möchte irgendwo hin, nur nicht nach Ungarn oder Serbien. So ist er mitten in der Nacht in Graz bei der Vinzenzgemeinschaft gelandet (vgl. I9). In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass sich mit Ausnahme der eben erwähnten Frau D. (HUN), nur Herr P. (ROM) und Herr M. (SVK) intensiver über die politische und arbeitsmarktrechtliche Situation in Österreich schon im Vorfeld informiert haben (vgl. I1, I7, I14). So berichtet etwa Herr P., er habe viel über die österreichische Geschichte gelesen, sei mit tagespolitischen Themen vertraut, weil er Zeitung lese und kenne die wichtigsten Politiker. Er bemängelt gleichzeitig, dass dies umgekehrt nicht so sei und viele Österreicher nichts von Rumänien wüssten und nur Dracula oder Hagi²⁴ kennen würden, was ihn verärgere. Er habe auch gewusst, dass er es als Rumäne aufgrund der Einschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit schwer haben werde, in Österreich Arbeit zu finden. Dennoch hatte er aufgrund seiner beruflichen und sprachlichen Qualifikationen (diplomierter Sportlehrer; Fremdsprachenkenntnisse: Rumänisch, Deutsch, Spanisch, Englisch, Holländisch, tw. Tschechisch) die Hoffnung, eine legale Arbeit zu finden. (vgl. I7) Sechs andere Befragte gaben dezidiert an, nichts über Österreich gewusst und sich auch nicht informiert zu haben, bevor sie hierhergekommen sind (vgl. I4, I5, I6, I10, I13, I15).

Drei der befragten InterviewpartnerInnen gaben an, bereits vor ihrem Entschluss nach Österreich zu kommen, Kontakt zu Personen gehabt zu haben, die bereits hier waren – während alle anderen niemanden in Österreich kannten, bevor sie ihr Heimatland verließen. Im Falle von Frau D. (HUN) lebte ihr – mittlerweile ehemalige – Lebensgefährte bereits in Wien, als sie selbst ihren Aufenthaltsort änderte (vgl. I1). Frau B. (HUN) berichtet, viele Leute gekannt zu haben, die bereits in Wien waren und die erzählt hätten, dass es hier die Möglichkeit zu arbeiten gibt (vgl. I2). Herr L. (HUN), der bereits 1986 als Asylwerber für zwei Jahre in Österreich gelebt hat, hat über viele Jahre hinweg freundschaftlichen Kontakt zu einem Mann, den er jedoch abbricht, als ihm dieser in seiner Notlage Unterstützung verweigert (vgl. I5).

²⁴ „Gheorghe Hagi (* 5. Februar 1965 in Săcele, Kreis Constanța) ist ein ehemaliger rumänischer Fußballspieler und derzeitiger Trainer.“ In: http://de.wikipedia.org/wiki/Gheorghe_Hagi, 16.10.12

Weiters gaben zehn Personen an, alleine nach Österreich gekommen zu sein. Sechs der Interviewten kamen als Paar nach Wien (vgl. I2/I3; I4/I5; I13/I14) und waren bis zum Zeitpunkt der Erhebung miteinander liiert.

Im Folgenden wird kurz auf die familiäre Situation jener befragten Personen eingegangen, die in ihren Heimatländern minderjährige Kinder zurückgelassen haben bzw. zurücklassen mussten. Herr R. hat eine Frau und zwei Kinder (4 und 6 Jahre) in Rumänien. Einmal pro Jahr besucht er seine Familie im Dezember für ein Monat. Während des restlichen Jahres hat er zu seiner Familie Kontakt per Internet und Telefon. Wenn es ihm gelingt, ein wenig Geld zu sparen, überweist er es per Western Union an seine Familie (vgl. I9). Herr C. hat ebenfalls zwei Kinder in Rumänien (Sohn, 24 Jahre; Tochter, 13 Jahre), die er seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hat. Sofern es ihm möglich ist, schickt auch er Geld an seine Tochter, um sie zu unterstützen (vgl. I8). Auch Herr G. hat eine knapp vierjährige Tochter in Rumänien, zu der er regelmäßig Kontakt hat und die er zu unterstützen versucht (vgl. I10). Frau M., auf deren Situation bereits oben eingegangen worden ist, hat zu ihrer volljährigen Tochter in der Slowakei Kontakt, während ihre Schwiegermutter den Kontakt zu ihrem minderjährigen Sohn verhindert (vgl. I13). Ihr Lebensgefährte Herr M. hat ebenfalls zwei Kinder (5 und 7 Jahre), die bei seiner Ex-Frau in der Slowakei leben. Er hat zu ihnen keinen direkten Kontakt – nur indirekten über seine Eltern und Schwestern, die die Kinder auch besuchen (vgl. I14). Anhand der Interviews kann festgestellt werden, dass in erster Linie rumänische Männer Familie und minderjährige Kinder in ihrem Heimatland haben, die sie versuchen, finanziell zu unterstützen.

Für vier der Befragten hängt die Entscheidung nach Wien gekommen zu sein, auch mit der geografischen Nähe zu ihrem Heimatland zusammen. Dies trifft vor allem für jene Personen zu, die aus Ungarn emigriert sind (vgl. I1, I2, I3). Herr P. erklärt, dass Wien für ihn auch deshalb attraktiv sei, weil er mit dem Auto nur vier bis fünf Stunden bis zur rumänischen Grenze brauchte. (vgl. I7)

In einem der am längst geführten Interviews (ca. 3 Stunden) mit Herrn L. aus Ungarn spricht dieser von sich aus folgende Problematik an: *„There are some people who are hustling. They start to hustling people to make fast money. (...) If you come to Austria you will get a job, so people give them their money, they coming to Austria and nobody and no money to go back. They are saving a little money, about 50 Euro, and gave it to them to come out. That’s a big money in Hungary. They tell the people we take you to Spain or otherwere, so the people gave them the money and nothing happens. So they rob the people“* (I5). Diese Problematik wurde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung von einer Person andeutungsweise bestätigt. So berichtet Herr

M. (SVK), dass er mit seiner Lebensgefährtin Frau M. ursprünglich in die Niederlande reisen wollte, um dort zu arbeiten. Sie hätten sich mit einem „Freund“ an einem ausgemachten Tag in Wien treffen sollen, der behauptete, Arbeitspapiere besorgt zu haben und mit ihnen gemeinsam in die Niederlande hätte fahren sollen. Als dieser am ausgemachten Treffpunkt nicht erschien und auch nicht zu erreichen war, beschlossen er und seine Freundin in Wien zu bleiben. Herr M. machte jedoch keine Angaben darüber, ob und wie viel Geld er dem „Freund“ bezahlt hat (vgl. I14).

Erwähnenswert erscheint darüber hinaus die von zwei Interviewten angesprochene Rolle der Medien in ihren Heimatländern. So erzählt Herr C., dass in den rumänischen Medien berichtet worden sei, man könne bereits ab 2012 legal in Österreich arbeiten, was für ihn ein Beweis für die Verlogenheit der Politik sei (vgl. I8). Herr L. hingegen erzählt davon, dass im ungarischen Staatsfernsehen berichtet werde, in Österreich würden Obdachlose wie die Könige leben, womit die ungarische Regierung bezwecke, dass möglichst viele obdachlose Ungarn ihr Land verlassen würden, um nach Österreich zu gehen (vgl. I5).

Nur eine der befragten Personen, Herr O. (CZE/ITA), unterscheidet sich insofern von allen anderen Befragten, als er den Wunsch nach Arbeit nicht als Hauptmotivation dafür nennt, nach Österreich gekommen zu sein. Er habe zwar zwei Tage als Koch gearbeitet, als er nach Wien gekommen sei, seine Beschäftigung aber nach zwei Tagen beendet hatte, weil er zu wenig verdient und Probleme mit dem Vorgesetzten gehabt habe. Daraufhin beginnt er zu „schnorren“, womit er bis zu 80 Euro am Tag verdient. Er meint, dass es den meisten Österreichern egal sei, ihm 20 Cent zu geben, weil die Menschen hier relativ reich seien. Er sieht sich in erster Linie als „Traveller“, der die letzten sieben Jahre damit verbracht hat, quer durch Europa zu reisen, um Erfahrungen zu sammeln. (vgl. I16)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit der obdachlosen EU-BürgerInnen in der Hoffnung nach Österreich gekommen ist, um Arbeit zu finden. Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Bezahlung in den Herkunftsländern, die es den Menschen verunmöglicht ihrer Lebenshaltungskosten zu decken. Fast die Hälfte der Befragten war bereits im Herkunftsland obdach- bzw. wohnungslos oder hat in äußerst prekären Wohnverhältnissen gelebt. In diesem Zusammenhang wurde auch mehrmals auf die kaum existente bzw. schlechte soziale Infrastruktur für wohnungslose Menschen in den jeweiligen Heimatländern hingewiesen. Auffallend ist, dass die meisten interviewten Personen über kaum bis gar keine Informationen bezüglich der (arbeits-)rechtlichen und politischen Situation in Österreich verfügt haben, bevor sie ihr Herkunftsland verließen.

4.2. Sozioökonomische Aspekte der Lebenssituation

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Migrationsmotive und -hintergründe näher beleuchtet worden sind, wird nun auf die aktuellen sozioökonomischen Lebensbedingungen der befragten Personen eingegangen. Da die Hoffnung auf Arbeit als Hauptmotiv für die Migration identifiziert worden ist, werden in einem ersten Schritt die Aspekte Arbeit und Finanzielles näher erläutert. In den weiteren Unterkapiteln werden die Themen Nüchternungssituation und Wohnverhältnisse, Nutzung sozialer Einrichtungen, gesundheitliche Situation und Sozialversicherung, soziale Beziehungen, Sprache und Sprachkenntnisse sowie der Themenkomplex Kriminalität und Erfahrungen mit der Exekutive behandelt. Wie sich im Rahmen der Forschung gezeigt hat, sind auch Rassismus und Vorurteile – im speziellen Antiziganismus – ein immer wiederkehrendes Thema, dem ebenfalls ein eigenes Kapitel gewidmet wird.

4.2.1. Arbeit und Finanzielles

Die Möglichkeit zu arbeiten und Geld zu verdienen stellt eine notwendige Ressource dar, um als obdachloser Mensch ohne jegliche finanzielle Ansprüche überleben zu können.²⁵ Die Option auf eine legale, angemeldete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt den befragten Menschen jedoch verwehrt. Einerseits dürfen Personen aus Rumänien und Bulgarien im Gegensatz zu BürgerInnen aus allen anderen EU-Ländern aufgrund der Übergangsbestimmungen der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU erst ab 01.01.2014 offiziell in Österreich arbeiten, andererseits stellt der Erhalt einer Anmeldebescheinigung für alle befragten Personen eine unüberwindbare Hürde dar, da der MA 35 (Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Standesamt) weder ein bestehendes Anstellungsverhältnis bzw. eine selbstständige Beschäftigung noch eine ausreichende Krankenversicherung und entsprechende Existenzmittel nachgewiesen werden können. Als Alternative haben sich im Rahmen der Untersuchung zwei zentrale Optionen herauskristallisiert, mit denen es den interviewten Personen dennoch gelingt, Geld zu verdienen: als TagelöhnerInnen bei der MA 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark) und/oder durch „illegale“ Beschäftigung bzw. Schwarzarbeit.

Mit Ausnahme von Herrn J. (HUN), dem es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, arbeiten alle anderen befragten Personen aus Ungarn (vgl. I1, I2, I4, I5) und die beiden Interviewten aus der Slowakei (vgl. I13, I14) als StraßenreinigerInnen bei der MA 48. Sie dürfen

²⁵ Geld wird von den befragten Personen v.a. zum Bezahlen von Nüchternungsgebühren und für den Erwerb von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak benötigt.

pro Monat insgesamt neun Tage arbeiten und erhalten für jeweils fünf Stunden Arbeit 26 Euro, was einem Stundenlohn von 5,20 Euro entspricht. Der Verdienst im Rahmen dieser Tätigkeit stellt für die befragten Personen eine wichtige finanzielle Ressource dar. So meint etwa Herr L. (HUN), dass er mit dieser Arbeit mehr verdienen würde, als mit einer Vollzeitbeschäftigung in Ungarn (vgl. I5). Frau B. (HUN) erklärt, dass sie sehr sparsam lebe, immer die billigsten Produkte kaufe und so von dem verdienten Geld auch noch etwas sparen könne, um den Kredit für ihr Haus in Ungarn abbezahlen zu können (vgl. I2). Darüber hinaus streicht sowohl sie als auch Frau M. (SVK), das gute Verhältnis zum Arbeitgeber und zu den KollegInnen bei der MA 48 hervor (vgl. I2, I13). Drei der sechs Personen, die bei der MA 48 beschäftigt sind, betonen jedoch auch, dass sie gerne eine andere Arbeit hätten, bei der sie mehr verdienen (vgl. I1, I2, I4). So meint etwa Herr T. (HUN): *„Ja, ich suche einen anderen Job. (...) Schwer ist es schon, ja, aber irgendwie wird es schon funktionieren“* (I4). Herr T. berichtet weiters, dass er zwei Monate lang schwarz in einer Fleischerei gearbeitet habe (40 Std./Woche), wo er 600 Euro verdient habe. Die Arbeit habe er über einen Bekannten erhalten. Generell hat die Jobsuche für ihn Priorität, weshalb er auch beim AMS gewesen ist, um sich arbeitssuchend zu melden. Er wurde aber wieder weggeschickt, weil er keinen Meldezettel hatte (vgl. ebd.).

Alle anderen Personen versuchen, mittels „illegaler“ Arbeiten Geld zu verdienen (vgl. I6-I12, I15, I16). Mehrere Personen erwähnen drei unterschiedliche Standorte in Wien (Triester Straße, Brünner Straße, Thaliastraße), den sogenannten „Arbeiterstrich“, an denen sie stehen und warten, bis Leute vorbeikommen und sie zum Arbeiten abholen. In der Regel handelt es sich dabei um Bau-, Elektro- oder Installationsarbeiten. Zwei Personen, Herr P. (ROM) und Herr A. (POL) betonen jedoch, niemals auf den Arbeiterstrich zu gehen, sondern nur über private Kontakte Arbeit zu finden (vgl. I7, I11). Herr R. (ROM) hat in Graz sechs Jahre lang schwarz gearbeitet. Er erzählt, dass er in der Steiermark in einem Jahr bis zu 18.000 Euro verdient habe. Indem er sparsam lebte und ein halbes Jahr ausschließlich in einem Transportwagen schlief, konnte er genug Geld zur Seite legen, um sich in Rumänien ein Grundstück mit einem Haus zu kaufen. Als sich die Arbeitsmarktlage mehr und mehr verschlechterte, beschloss er im April 2011 nach Wien zu kommen. Er ging davon aus, dass es in einer größeren Stadt leichter sein würde, Arbeit zu finden. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Herr R. meint: *„2006, 2007, 2008, Graz ist gut, viel Arbeit, aber jetzt ist Krise, total Krise, auch Wien, überall, egal wo“* (I9). Er habe im letzten Jahr in Wien nur 1.000 Euro verdient und nichts sparen können. Ein großes Problem besteht aus seiner Sicht in der Tatsache, dass vor allem Menschen aus Bulgarien – *„alles Zigeuner“*, wie er sich ausdrückt – den Lohn für Schwarzarbeit in Wien senken: *„Arbeit, alles*

Leute Arbeit bis drei Euro pro Stunde. Drei Euro ist Katastrophe, ich auch arbeite drei Euro Rumänien pro Stunde. Ich bekommen Arbeit acht oder zehn Euro, aber drei ist ... (winkt mit der Hand ab, Anm.)“ (ebd.). Herr T. erzählt, dass er teilweise bis zu 16 Stunden am Tag am Bau gearbeitet habe, auch wenn er krank gewesen sei, weil er das Geld benötigte (vgl. ebd.). Auch Herr G. (ROM), der 2009 zum ersten Mal in Wien war und seit Anfang 2012 wieder hier ist, bestätigt, dass es früher leichter gewesen sei, Schwarzarbeit zu finden. Er erzählt, dass er für elf Stunden Arbeit am Bau durchschnittlich zwischen 40 und 50 Euro verdiene. Es komme allerdings auch immer wieder vor, dass Menschen die „illegal“ arbeiten, um ihr Geld betrogen würden (vgl. I10). So berichtet er: „Ich habe gearbeitet bei einer Baustelle, zwei Monate, hat für mich gezahlt für die ersten zwei Wochen, hat gezahlt normal, 60 Euro pro Tag, elf Stunden, mit Essen, mit allem, zwölf Stunden und nach eineinhalb Monaten gar nix Geld“ (ebd.). Herr G. meint zwar, dass man generell respektiert werde, wenn man fleißig arbeitet, ist sich aber gleichzeitig darüber bewusst, dass Menschen in seiner Situation in der Regel ausgebeutet werden. Herr G.: „Wenn du hast kein Geld und jemand kommt bei dir, ich gebe dir 40 Euro oder 50 Euro, kannst du kommen arbeiten für mich heute, was sollst du tun? Wenn du hast kein Geld in deiner Tasche, gehst du mit, 30 oder 50 Euro, egal. (...) Leute machen Profit mit Leute, die Arbeit brauchen“ (ebd.). Auch Herr A. und Herr B. – beide aus Polen und seit sechs bzw. 22 Jahren in Österreich – berichten, dass es ihnen nie gelungen sei, eine reguläre Anstellung zu finden, obwohl sie sich darum bemüht hätten (vgl. I11, I12). Seine Erfahrungen fasst Herr B. so zusammen: „Ich gehe zu einer Firma und er (der Arbeitgeber, Anm.) sagt, du B. für dich Papiere, alles in Ordnung, du offiziell arbeiten, aber nichts gemacht, nächste Firma auch. Sie versprechen, du bist brav, wir machen für dich alles und auch nix. Jede Firma machen so, jede Firma, schön sprechen, aber später nichts machen“ (I12). Beide Personen bestätigen darüber hinaus, dass sich die Situation am Schwarzarbeitsmarkt in den letzten Jahren verschärft hat und es nicht mehr möglich ist, regelmäßig Arbeit zu finden (vgl. I11, I12). Zwei der befragten Personen gaben an, zwar offiziell beschäftigt gewesen zu sein, allerdings zu kurz, um Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erworben zu haben (vgl. I6, I8). Einer der beiden Männer, Herr S. (SRB), hatte zum Zeitpunkt des Interviews die bedarfsorientierte Mindestsicherung beantragt und hoffte auf einen positiven Bescheid. Die Chancen darauf, stünden jedoch laut seiner betreuenden Sozialarbeiterin, eher schlecht. Weiters hat er – als Angehöriger einer ungarischen Minderheit in Serbien – um die ungarische Staatsbürgerschaft angesucht und hofft im Falle einer Verleihung auf bessere Chancen am österreichischen Arbeitsmarkt (vgl. I6). Herr C. (ROM) hingegen berichtet, dass er drei bis siebenmal im Monat ganztägig für zehn bis zwanzig Euro in einer Pfarre arbeite, wo er vor allem Reinigungsarbeiten erledige. Dieses Geld würde ihm zum Überleben reichen (vgl. I8).

Zwei Personen gaben bei den Interviews an, trotz ihrer Herkunft (Rumänien bzw. Bulgarien) und den damit geltenden Übergangsbestimmungen für den Arbeitsmarkt dennoch zu hoffen, einen Arbeitgeber zu finden, der sich auf Grund ihrer besonderen Qualifikationen und Sprachkenntnisse um eine legale Beschäftigungsbewilligung für sie bemüht (vgl. I7, I16). Laut Wirtschaftskammer Österreich wird diese jedoch nur „unter bestimmten Voraussetzungen erteilt, wobei insbesondere im Rahmen des Ersatzkraftverfahrens vom AMS geprüft wird, ob am inländischen Arbeitsmarkt geeignete Ersatzkräfte zur Verfügung stehen“.²⁶

Fünf der 16 befragten Personen gaben an, mit dem von ihnen verdienten Geld Familienangehörige in ihren Herkunftsländern zu unterstützen. Dies trifft neben einem Mann aus Ungarn auf alle interviewten Personen aus Rumänien zu. Der Geldtransfer wird dabei in erster Linie über private Anbieter abgewickelt. In diesem Zusammenhang kritisiert Herr L. (HUN), dass durch die Transaktionen viel Geld verloren gehe, was aus seiner Sicht kriminell sei, da Menschen Geld weggenommen würde, die ohnehin keines hätten (vgl. I5).

Wie bereits oben erwähnt, ist eine gültige Anmeldebescheinigung die Voraussetzung dafür, legal in Österreich arbeiten zu dürfen. Obwohl keine der befragten Personen über eine Anmeldebescheinigung verfügt, wurde im Rahmen der Befragung speziell auf den Themenkomplex Anmeldebescheinigung und MA 35 eingegangen, um herauszufinden, inwieweit die interviewten Personen über die Anmeldebescheinigung informiert sind und welche Erfahrungen sie gegebenenfalls mit der MA 35 gemacht haben.

Von den zwölf der 16 Befragten, die zum Thema Anmeldebescheinigung Auskunft gaben, waren sieben Personen (vgl. I1, I4, I5, I10, I11, I12, I14) über die Notwendigkeit der Anmeldebescheinigung als Voraussetzung zum Arbeiten informiert, die restlichen fünf InterviewpartnerInnen (vgl. I2, I3, I9, I13, I16) hatten keinerlei Informationen und Kenntnisse über die Anmeldebescheinigung bzw. die MA 35. Jene Personen, die über die Anmeldebescheinigung Bescheid wussten, hatten ihre Informationen diesbezüglich von FreundInnen bzw. KollegInnen (vgl. I10, I11, I12, I14), sozialen Einrichtungen wie JOSI.exil bzw. Verein Ute Bock (vgl. I14, I1) oder direkt vom AMS (vgl. I5) erhalten. Die Auswertung der Interviews lässt jedoch keinen Rückschluss auf die detaillierten Kenntnisse bezüglich des Antragsprozederes und der rechtlichen Voraussetzungen zu. Zwei der Befragten waren auch bei der MA 35, um eine Anmeldebescheinigung zu beantragen. Frau D. (HUN) erzählt, dass sie vier Monate nach ihrer Ankunft in Wien zur MA 35 gegangen sei, wo ihr mitgeteilt wurde, dass sie als Obdachlose keine

²⁶ http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=600742&dstdid=0, 23.10.2012

Anmeldebescheinigung bekomme. Daraufhin sei sie wieder nach Ungarn gefahren, um nach kurzer, erfolgloser Arbeitssuche wieder nach Wien zurückzukehren. Sie habe bei der MA 35 bereits die Antragsgebühren in der Höhe von rund 55 Euro bezahlt, wollte das Geld wieder bekommen, worauf sie die Auskunft erhielt, dass sie aber eine gültige Hauptwohnsitzbestätigung und ein entsprechendes Einkommen nachweisen müsse, um die Anmeldebescheinigung zu erhalten. Die bereits bezahlten Antragsgebühren seien ihr nicht retourniert worden (vgl. I1). Auch Herr T. (HUN) war bei der MA 35 und berichtet folgendes: „*Ich bin rein und die erste Frage war, von was leben sie und ich habe gesagt MA 48. Wiedersehen*“ (I4). Auf die Frage, ob er keine Informationen erhalten habe oder ein Gespräch geführt wurde, sagt er: „*Nein, nichts. Kein Gespräch, nichts. Die erste Frage war, von was leben sie.*“ (ebd.) Daraufhin sei er einfach weggeschickt worden. (vgl. ebd.) Herr T. (HUN) kritisiert im Zusammenhang mit der Anmeldebescheinigung einerseits, dass sie 50 Euro koste, was er sich einfach nicht leisten könne, andererseits weist er auf den Teufelskreis hin, ohne Anmeldebescheinigung keine Arbeit zu bekommen und ohne Arbeit keine Anmeldebescheinigung (vgl. I5).

Die beruflichen Qualifikationen der InterviewpartnerInnen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. Sieben der befragten Personen verfügen über keinerlei abgeschlossene Ausbildung.(vgl. I6, I8, I10, I11, I13, I14, I16). Unter den übrigen Befragten befindet sich eine Verkäuferin und Fleischhauerin (vgl. I1), eine Textverarbeiterin (vgl. I2), ein Automechaniker, Kranführer und Stapelfahrer (vgl. I3), ein Gärtner (vgl. I4), ein ehemaliger Lehrer und Berufssoldat (vgl. I5), ein diplomierter Sportlehrer (vgl. I7), ein Maurer (vgl. I9), ein Malermeister und Trockenbauer (vgl. I12) sowie ein Schiffsbauer (vgl. I15).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die befragten Personen ihr finanzielles Einkommen in erster Linie durch Tagelöhnerarbeit bei der MA 48 und/oder „illegale“ Arbeit bestreiten. Jene Personen, die sich bereits länger in Österreich aufhalten, weisen darauf hin, dass sich die Situation am Schwarzarbeitsmarkt massiv verschärft hat, was sie einerseits auf die allgemeine wirtschaftliche Krise, andererseits auf die steigende Konkurrenz und das damit einhergehende Lohndumping zurückführen. Mehr als die Hälfte der InterviewpartnerInnen verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung, wobei es kaum bis gar nicht möglich ist, diese Qualifikationen am österreichischen Arbeitsmarkt einzubringen. Der Anteil an Personen, die über die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Erhalt einer Anmeldebescheinigung Bescheid wissen und jenen, die in dieser Hinsicht uninformatiert sind, ist relativ ausgeglichen. Generell kann davon ausgegangen werden, dass es für obdachlose EU-BürgerInnen sehr schwer ist eine

Anmeldebescheinigung zu erhalten, da die notwendigen Voraussetzungen von ihnen nicht erfüllt werden können.

4.2.2. Nächtigungssituation und Wohnverhältnisse

Da obdachlose Menschen ohne Anmeldebescheinigung – mit Ausnahme von Notmaßnahmen im Rahmen der „Winterpakete“ – nicht in FSW-geförderten Notschlafstellen übernachten dürfen, stellt sich deren Nächtigungssituation äußerst prekär dar.

Vier der befragten Personen – zwei Paare – nächtigen in einem Zelt auf der Donauinsel bzw. in einem Waldstück in der Nähe eines großen Parks (vgl. I2/I3, I13/I14). Frau B. und Herr J. (beide HUN) erzählen, dass sie im Winter für kurze Zeit in der zweiten Gruft (Caritas) genächtigt haben, kritisieren in diesem Zusammenhang jedoch, dass es keine Übernachtungsmöglichkeiten in einem gemeinsamen Raum für Paare gebe, weshalb sie es vorgezogen hätten, im Freien zu nächtigen. Sie betonen, auch bereit zu sein, für eine gemeinsam nutzbare Notunterkunft zu bezahlen (vgl. I2/I3). Herr J. berichtet außerdem, dass sie einen Monat lang ihr Zelt im Hof eines leerstehenden Gebäudes am Rande Wiens in der Nähe des Arbeitsplatzes (MA 48) seiner Lebensgefährtin aufgeschlagen hätten. Eines Tages sei jedoch eine Frau gekommen und habe ihnen mit der Polizei gedroht, falls sie das Grundstück nicht umgehend verlassen würden. Um etwaigen Problemen aus dem Weg zu gehen, hätten sie sich einen anderen Lagerplatz gesucht (vgl. I3). Nach ihrer Ankunft in Wien haben Herr und Frau M. (SVK) vier Tage am Südbahnhof in einem Wagon und dem daneben gelegenen Park geschlafen. Danach haben sie einen Mitarbeiter des Tageszentrums St. Josef (Caritas) getroffen, der ihnen angeboten hat dort zu nächtigen, was sie auch für kurze Zeit gemacht haben. Auch sie zogen es jedoch vor, gemeinsam – mit einer Unterbrechung von vierzig Tagen im Winter, wo sie in der VinziRast schliefen – in einem Zelt im Freien zu übernachten (vgl. I13/I14).

Herr C. (ROM) hatte früher in Bruck a. d. Mur eine eigene Wohnung, lebt aber mittlerweile seit drei Jahren in Wien auf der Straße. Er habe eine kleine Holzbaracke ohne Türe gefunden, in der er sowohl im Sommer als auch im Winter übernachtete. Herr C. erklärt, in keine Nächtigungsquartiere zu gehen, weil dort zu viele Menschen seien, die alle am Boden schlafen müssten und er die hygienischen Zustände als unerträglich empfinde. Er habe Angst, Läuse zu bekommen oder sich mit TBC anzustecken (vgl. I8). Auch Herr R. (ROM) erzählt, dass er früher in Graz drei Jahre lang in einer Garconniere gewohnt habe. Danach habe er zweieinhalb Jahre in der Vinzenzgemeinschaft und ein halbes Jahr in seinem Auto geschlafen, bevor er nach Wien

gekommen sei. Hier könne er jedoch keine Wohnung finden, weil vor allem die Provisions- und Kautionspreise viel zu hoch seien. Aufgrund der hohen Preise sei es nicht einmal möglich, zu zweit oder dritt eine billige Wohnung in Wien zu mieten. Herr C. beschreibt seine Situation folgendermaßen: *„Ich keine Wohnung, keine Arbeit, für Wohnung muss zahlen, Strom, Heizung, alles. Jetzt schlafen, wo ist Wienerberg, neben den Triester Straße ist Park, schlafen Park. Caritas ist keine Platz. Ich fahren U63, keine Platz, fahren jeden Tag, jeden Abend, fahren Hermes, keine Platz. Schlafen Park jetzt“* (I9). Als Herr A. (POL) nach Wien kam, konnte er sich ein Jahr lang eine Wohnung leisten, weil es noch möglich war, regelmäßig Schwarzarbeit zu finden. Mittlerweile ist er seit fünf Jahren obdachlos und nächtigt im Freien (vgl. I11). Herr B. (POL), der seit mittlerweile 22 Jahren in Wien lebt, hat im Jahr 1990 mit einem Arbeitskollegen eine gemeinsame Wohnung. Als dieser zurück nach Polen geht, übernimmt er die Wohnung. Danach habe er alleine im 6., 11. und 17. Bezirk in teilweise sehr schönen Wohnungen gewohnt, die allerdings sehr teuer waren. Auch Herr B. ist seit nunmehr vier Jahren obdachlos, weil er nur noch selten Arbeit findet und sich keine Wohnung mehr leisten kann. Die ersten beiden Jahre hat er im Freien genächtigt und berichtet von dieser Zeit: *„Ich schlafe im Park weißt du, im Klo, ich habe keine Matte, keinen Schlafsack, nix, nass in Toilette, Schnee. Nass. Und ich hab keinen Karton, nur Zeitungen, nichts mehr“* (I12). Danach habe er die Notschlafstellen in der Lacknergasse und Bernardgasse der Caritas zum Nächtigen genutzt. (vgl. ebd.) Herr O. (CZE/ITA) erzählt, er habe nur einmal in der Bernardgasse genächtigt, weil ihm die Räume zu klein und zu viele Menschen dort seien. Die meisten seien Alkoholiker, schnarchten sehr laut und wenn sie in der Früh aufwachten, hätten sie Entzugerscheinungen und fingen zu streiten an. Es gebe sehr viel Aggression dort. Herr O. kenne viele Leute, die wegen der Alkoholiker und der Gewalt unglücklich über die Notunterkünfte seien. Sein Vorschlag sei, getrennte Quartiere für Alkoholiker und Nicht-Alkoholiker einzurichten. Er selbst habe einen Schlafsack und ziehe es vor, im Freien zu nächtigen. Oft schlafe er auch in Parkhäusern, weil man in den meisten bis auf die oberste Etage komme, wo es sehr warm sei, nicht hinein regne und keine Securities anwesend seien (vgl. I16). Zwei der befragten Interviewpartnerinnen, Frau D. und Frau B. (HUN), erwähnten darüber hinaus, Angst vor Polizeikontrollen zu haben, wenn sie im Freien übernachteten.

Sechs der interviewten Personen nutzen regelmäßig die Angebote der Vinzenzgemeinschaft in Wien (VinziBett, VinziRast, VinziPort)²⁷ (vgl. I4-I7, I10, I15). Die Übernachtung kostet 2 Euro, was sich zwei der Befragten durch ihren Verdienst bei der MA 48 leisten können (vgl. I4, I5). Die restlichen vier Personen machten keine näheren Angaben, wie sie sich die Übernachtungskosten

²⁷ Siehe: <http://www.vinzenzgemeinschafteninwien.at/gemeinschaften.html>, 25.10.2012

finanzieren. Als problematisch beschreiben zwei Interviewte die Tatsache, dass die Nutzung der Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft zeitlich befristet sei und somit nur eine vorübergehende Lösung darstelle (vgl. I7, I10). In diesem Zusammenhang erzählt Herr G., dass er nur noch bis Ende des Monats im VinziBett bleiben könne und nicht wisse, was er danach machen solle (vgl. I10). Herr V. (BLG) erzählt, er habe in der VinziRast in einer Wohngemeinschaft gelebt, sei aber nach einem Konflikt mit der Hausleitung ausgezogen (vgl. I15). Seit dem schlafe er „*einmal hier und einmal da*“ (ebd.). Frau D. (HUN) schlief nach ihrer Ankunft in Wien drei Tage im Park, was für sie eine schreckliche Erfahrungen gewesen sei. Sie traf einen Mann, der ihr die zweite Gruft empfohlen habe, wo sie einige Nächte schlief. Danach konnte sie für kurze Zeit im Haus Hermine ("wieder wohnen" GmbH) nächtigen, bekam aber von der betreuenden Einrichtung P7 (Caritas) aufgrund der fehlenden Anmeldebescheinigung keinen Verlängerungsschein, weshalb sie wieder zurück in die zweite Gruft in der Bernardgasse ging. Sie erzählt, dass ihr ein ungarischer Mann angeboten habe, zwei bis drei Wochen bei ihm wohnen zu können und sie hoffe in dieser Zeit eine eigene Wohnung zu finden (vgl. I1).

Insgesamt verfügen fünf der Befragten über eine Postadresse: eine Person beim Verein Ute Bock (vgl. I5), alle anderen im Tageszentrum St. Joseph der Caritas (vgl. I11-14). Herr R. (ROM) ist noch immer an seiner Grazer Adresse gemeldet, obwohl er seit drei Jahren nicht mehr dort wohnt. (vgl. I9) Alle anderen Befragten verfügen über keine Postadresse.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Nächtigungsoptionen für Obdachlose EU-BürgerInnen in Wien als durchaus problematisch bezeichnen lassen. Zahlreiche Menschen schlafen im Freien, weil es an entsprechenden Angeboten seitens der Stadt Wien fehlt bzw. diese nur im Winter zur Verfügung gestellt werden. Die privat bzw. kirchlich finanzierten Einrichtungen St. Josef bzw. zweite Gruft (Bernardgasse) der Caritas und die Notschlafstellen der Vinzenzgemeinschaft stellen für etwa die Hälfte der Befragten die einzige Alternative zum Leben auf der Straße dar. Da die Nächtigungsangebote der Vinzenzgemeinschaft in der Regel zeitlich begrenzt sind, sind NutzerInnen dieser Einrichtungen immer wieder mit damit konfrontiert, nicht zu wissen wo sie künftig schlafen können. Ein weiteres Problem stellen die hohen Mietpreise in Wien und die entsprechenden Kautions- und Provisionsforderungen dar, die es Menschen ohne geregeltes Einkommen verunmöglichen, eine eigene Wohnung finanzieren zu können. Gerade Menschen, die seit vielen Jahren in Österreich bzw. Wien leben und früher in der Lage waren sich eine eigene Wohnung leisten zu können, sind aufgrund der Tatsache, keine legale Arbeit gefunden und somit Ansprüche aus der Sozialversicherung erworben zu haben, häufig von Obdachlosigkeit betroffen. Problematisch erscheint darüber hinaus, dass etwas weniger als ein

Drittel der befragten Personen über eine Postadresse verfügt, während alle anderen weder für Behörden noch für Angehörige oder Bekannte postalisch erreichbar sind.

4.2.3. Nutzung sozialer Einrichtungen

Im Rahmen der Untersuchung wurden die InterviewpartnerInnen gefragt, welche sozialen Einrichtungen für Obdachlose sie in Wien kennen und bereits genutzt haben. Da die Interviews in den Räumlichkeiten des JOSI.exil geführt wurden, wurde diese Einrichtung in unten stehender Tabelle nicht angeführt, da sie von allen befragten Personen genutzt wird.

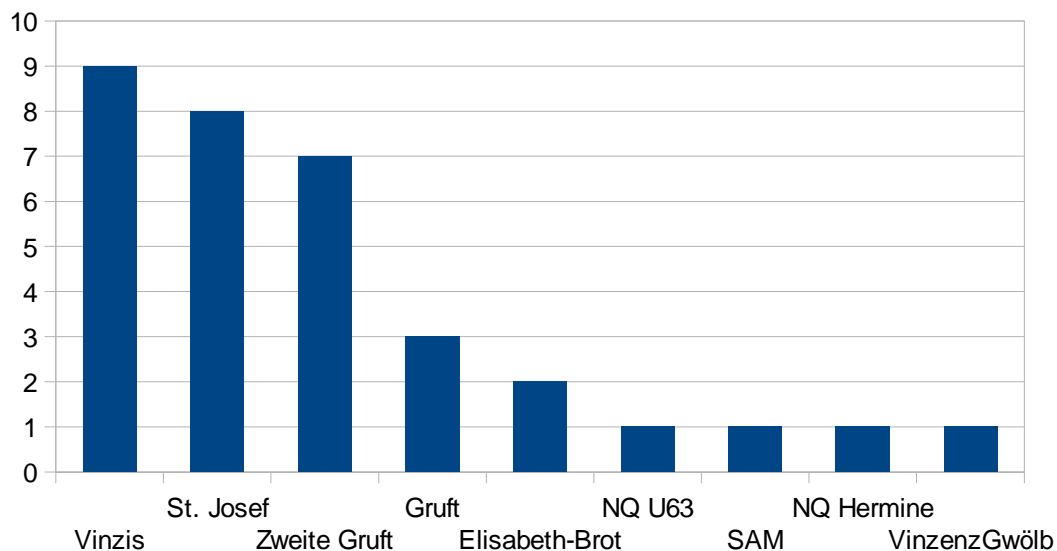


Diagramm 7: Genutzte soziale Einrichtungen nach Häufigkeit

Wie anhand der Grafik zu erkennen ist, werden – neben dem JOSI.exil – vor allem die Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft (VinziBett, VinziRast, VinziPort), das Haus St. Josef und die zweite Gruft (beide Caritas) genutzt. Neben den etablierten Einrichtungen der Wiener Wohnungslosenhilfe und den Angeboten der Vinzenzgemeinschaft werden auch zwei weitere kirchliche Unterstützungsangebote in Anspruch genommen. Von zwei Personen (vgl. I1, I16) wurde der Elisabethinen-Orden genannt, eine soziale karitative Einrichtung des Krankenhaus St. Elisabeth im 3. Bezirk. Laut Angaben auf der Homepage wird im Rahmen der Armenauspeisung Elisabeth-Brot „Obdachlosen und bedürftigen Menschen eine warme, vollwertige Mahlzeit in einem bescheidenen, aber würdigen Rahmen [geboden]. Nach Möglichkeit werden auch Kleidung

und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt“.²⁸ Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Andrang in der Einrichtung „merklich größer [wird]“ (ebd.), weshalb dringend ehrenamtliche MitarbeiterInnen und SpenderInnen gesucht werden. Außerdem wurde das VinzenzGwölb der Barmherzigen Schwestern im 6. Bezirk genannt, wo täglich von 7.30 Uhr bis 9.30 Uhr für etwa 100 BesucherInnen Frühstück angeboten wird. Auch hier wird darauf verwiesen, dass es nicht möglich sei, das VinzenzGwölb ohne Hilfe ehrenamtlicher MitarbeiterInnen zu betreiben, die daher laufend gesucht werden.²⁹

Drei der befragten Personen, die das Tageszentrum JOSI am Standort Josefstädter Straße bereits kannten, betonen die Wichtigkeit der Öffnung der Einrichtung für nicht-anspruchsberechtigte Personen (vgl. I8, I10, I12). In diesem Zusammenhang erzählt Herr G. (ROM): „Die Josi war dort bei Josefstädter Straße, ja. Einmal ich war dort, aber ich wollte nur meine Sachen waschen. Von wo kommen sie her? Ich komme aus Rumänien. Ah, Sie dürfen nicht rein hier. Wenn es ist Caritas, ist Caritas für alle Leute helfen, egal, afrikanische oder rumänische oder österreichische“ (I10).³⁰ Ein anderer Mann, Herr C. (ROM) antwortet auf die Frage, was er ohne Unterstützungsangebote machen würde folgendermaßen: „Keine Josi, Scheiße. Wo? Wo schützen? Wo wir essen? Wo wir duschen? Keine Josi so, war zwei Jahre, ja zwei Jahre, alte Josi, ohne Ausländer, nur Winter, kommen Sonne, geht nix. Jetzt nur für Ausländer. Ist super. Ist super. Was machen. Kommen Regen, wo schützen? Wo schauen, was wir machen für Essen, bissl warm. Duschen, kann ich hier duschen oder stinken.“ (I8) Anhand dieser Aussage lässt sich einerseits die Wichtigkeit des Angebots der Grundversorgung für diese Zielgruppe erkennen, andererseits wird deutlich, dass sich in der Wahrnehmung von Herrn C. die JOSI zu einem Tageszentrum verwandelt hat, das nur noch für „Ausländer“ da ist. Inwieweit sich diese Sicht mit jener anderen Personen deckt, kann im Rahmen dieser Untersuchung jedoch nicht beantwortet werden.

Ebenso wie bei den Übernachtungsmöglichkeiten liegt auch im Bereich der sozialen Einrichtungen generell die Vermutung nahe, dass ohne das Hilfsangebot von Organisationen mit kirchlichem Hintergrund (Vinzenzgemeinschaft, Caritas, Ordensgemeinschaften) und deren ehrenamtlichen MitarbeiterInnen die notwendigste Grundversorgung des Großteils der obdachlosen, nicht-anspruchsberechtigten EU-BürgerInnen in Wien nicht möglich wäre.

²⁸ <http://www.elisabethinen-wien.at/seite/armenausspeisung-1>, 27.10.2012

²⁹ Vgl. <http://www.barmherzigeschwestern-wien.at/bhs/?p=02-unternehmeneinrichtungen+01-vinzentinischeaktivitaeten+01-content+02-vinzenzwoelb>, 27.10.2012

³⁰ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass von der überwiegenden Mehrheit der befragten Personen soziale Hilfseinrichtungen für Obdachlose als „Caritas“ bezeichnet werden – es wird also kaum bis gar nicht zwischen den unterschiedlichen Trägervereinen unterschieden.

4.2.4. Gesundheitliche Situation und Sozialversicherung

Da keine der befragten Personen in Österreich sozialversichert ist, stellte sich im Rahmen der Untersuchung die Frage, wie von den Betroffenen mit dieser Situation im Falle von Krankheit umgegangen wird bzw. welche Möglichkeiten ärztlicher Versorgung sie in Anspruch nehmen.

Als wichtigste Ressource erweist sich für drei Viertel der InterviewpartnerInnen der Louise-Bus der Caritas. Laut Beschreibung der Caritas-Homepage betreuen „zehn ÄrztInnen und mehr als 40 ehrenamtliche MitarbeiterInnen an fünf Tagen in der Woche an unterschiedlichen fixen Plätzen in Wien Kranke, die den Weg in eine Ordination oder Ambulanz aus unterschiedlichen Gründen nicht schaffen. Menschen ohne Krankenschein erhalten hier kostenlos professionelle medizinische Betreuung“.³¹ Das medizinische Versorgungsangebot wird von den Befragten sowohl im Falle chronischer als auch akuter Erkrankungen in Anspruch genommen (vgl. I1-5, I7, I8, I10, I11, I13-15).

Drei der befragten Personen gaben an, im Falle notwendiger Operationen oder länger andauernder Krankenhausaufenthalte zur Behandlung in ihre Herkunftsländer zu reisen, weil sie dort noch immer versichert seien (vgl. I3, I4, I16). So hatte etwa Herr J. (HUN) im Oktober 2011 einen schweren Autounfall, durch den er arbeitsunfähig wurde. Er erzählt, dass er im September 2012 wieder nach Ungarn müsse, um sich dort einer letzten Operation zu unterziehen (vgl. I3). Herr T. (HUN) leidet unter Diabetes und verließ Wien nach einem halbjährigen Aufenthalt im November 2011, um sich einen Monat lang in einem ungarischen Krankenhaus behandeln zu lassen. Danach kam er wieder nach Wien zurück und wird nun vom ÄrztInnenteam des Louise-Busses betreut (vgl. I4). Als problematisch haben sich für zwei der Interviewten längere Krankenhausaufenthalte in Wien und die damit verbundenen Behandlungskosten erwiesen. Herr G. (ROM) berichtet, dass seine Freundin beim Überqueren einer Kreuzung von einem Auto angefahren und schwer verletzt ins AKH gebracht worden sei. Sie erhielten daraufhin vom AKH eine Rechnung in der Höhe von 9.820 Euro für die Behandlung, was eine große Belastung für sie darstelle, da sie nicht einmal genug Geld zum Essen hätten. Er sei schon bei der Rechtsberatung der Caritas gewesen, wisse aber nicht, wie es nun weitergehe (vgl. I10). Auch Herr A. (POL) hat ähnliche Erfahrungen gemacht und musste aufgrund einer Lungenentzündung für vier Wochen im Krankenhaus Hietzing stationär aufgenommen werden. Danach unterzog er sich einer Operation im AKH. In Summe betragen die Behandlungskosten rund 35.000 Euro, einen Betrag den er niemals zurückzahlen könne. Herr S. (SRB) hingegen erzählt, dass er wegen einer Thrombose

³¹ <http://www.caritas-wien.at/hilfe-einrichtungen/menschen-in-not/wohnungslos/mobile-angebote/louisebus/>, 31.10.2012

zwei Tage stationär im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder aufgenommen worden sei, für die Behandlung jedoch nichts bezahlen habe müssen (vgl. I6). Sechs der Befragten gaben darüber hinaus an, dass es sie belaste, über keine Krankenversicherung zu verfügen (vgl. I2, I5, I7, I9, I14, I15). Nachdem er sich keine intensivere medizinische Versorgung leisten kann, versucht beispielsweise Herr L. (HUN) jeglichen näheren Körperkontakt mit anderen Menschen zu vermeiden, um sich nicht anzustecken und sich niemals extremer Hitze oder Kälte auszusetzen (vgl. I5). Herr R. (ROM) meint, dass leichte Erkrankungen nicht sehr problematisch seien, weil er zum Louise-Bus gehen oder sich in der Apotheke Medikamente besorgen könne, betont aber seine Angst vor einem schwereren Arbeitsunfall auf einer Baustelle und den damit verbundenen Kosten (vgl. I9).

Neben dem Aspekt der Krankenversicherung und der medizinischen Versorgung wurde im Rahmen der Interviews auch versucht, Näheres über etwaige Suchtproblematiken zu erfahren. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Antworten zu diesem Bereich eher zurückhaltend bzw. generalisierend waren, was sich dadurch erklären lässt, dass es sich bei Sucht sowohl um ein tabuisiertes als auch intimes Thema handelt. Von den neun Personen, die sich zum Thema Ge- und Missbrauch von Alkohol und anderen Drogen äußerten, gab mehr als die Hälfte an, überhaupt keinen Alkohol zu trinken (vgl. I2, I7, I9, I10, I13). Herr G. (ROM) weist jedoch darauf hin, dass er viele Menschen kenne, die nach Österreich gekommen seien, um Arbeit zu finden, dann aber zu trinken begonnen hätten, als sie keine gefunden hätten. Drei weitere Interviewte erklärten, hin und wieder Alkohol zu trinken, aber niemals ein Problem mit ihrem Konsumverhalten gehabt zu haben (vgl. I4-6). So meint etwa Herr S. (SRB) zum Thema Alkohol: *„Das ist mir sehr bewusst mir, dass damit ich helfe mir nicht. Sondern noch tiefer werde ich rutschen und deswegen besser nicht damit anfangen. Wem hat das geholfen? Niemanden. Niemanden. Niemanden. Und der wer sagt, es hat geholfen, das ist gelogen, weil das ist nicht der Fall. Das war nie ein Fall und wird auch nicht ein Fall sein“* (I6). Herr B. (POL) erzählt, nach einem Streit mit seiner Frau mit dem Trinken begonnen zu haben. Er habe dann drei Jahre „Vollgas“ gegeben und täglich zumindest eine Flasche Wodka getrunken, was er auch mit dem Stress und der Ungewissheit, die mit dem Leben auf der Straße verbunden sind, in Zusammenhang bringe. Mittlerweile sei er aber trocken, weil er sich wieder voll und ganz der Arbeits- und Wohnungssuche widmen wolle (vgl. I12). Zu „illegalen“ Substanzen äußerte sich keine der befragten Personen.

4.2.5. Soziale Beziehungen

Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der Untersuchung näher beleuchtet wird, gilt dem Bereich der sozialen Beziehungen. Hierbei wurden die InterviewpartnerInnen gefragt, ob und in welcher Form es Kontakte zu Personen in den jeweiligen Herkunftsländern gibt, welche Beziehungen sie zu anderen Menschen in Österreich pflegen und welche Erfahrungen sie hinsichtlich sozialer Unterstützung gemacht haben.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen – 15 von 16 Interviewten – hat Kontakte zu Menschen in ihrem Herkunftsland. Herr V. (BLG) gab als Einziger an, jeglichen Kontakt nach Bulgarien abgebrochen zu haben (vgl. I15). Zwei weitere pflegen nur sehr selten Kontakt mit Menschen in ihrem Heimatland. So meint etwa Herr T. (HUN), dass die meisten seiner Bekannten gar nichts über seinen Aufenthalt in Wien wüssten und er nur drei enge Freunde über seinen aktuellen Aufenthaltsort informiert habe (vgl. I4). Herr S. (SRB) hingegen erklärt, zwar Freunde und Bekannte in Serbien zu haben, diese jedoch niemals von sich aus zu besuchen oder zu kontaktieren. Wenn sie allerdings nach Wien kämen, treffe er sich mit ihnen und unterstütze sie (vgl. I6). Auffallend ist, dass alle übrigen Personen regelmäßig Kontakt (mindestens einmal pro Monat) zu Familienangehörigen in ihrem Herkunftsland pflegen, aber nur zwei der Befragten (vgl. I5, I10) darüber hinaus auch zu FreundInnen und/oder Bekannten. Die am häufigsten kontaktierten Personen sind die eigenen Kinder, mit denen acht der InterviewpartnerInnen regelmäßig telefonieren bzw. per Internet (Facebook/Skype) in Verbindung bleiben (vgl. I5, I7-13). Nachdem Herr M. (SVK) ehemalige Lebensgefährtin den Kontakt zu seinen beiden Töchtern unterbinde, versuche er indirekt über seine Eltern und seine Schwester mit den Mädchen in Verbindung zu bleiben. Je drei Personen gaben an, in Kontakt zur Mutter (vgl. I1, I2, I14) bzw. zum Vater (vgl. I7, I10, I14) zu stehen. Zwei der Befragten haben regelmäßig Kontakt zur ihrer Lebensgefährtin (vgl. I8, I9).

Von den fünf befragten Personen aus Ungarn gaben vier an, in Wien keinen bzw. nur sehr oberflächlichen Kontakt zu anderen Menschen aus ihrem Herkunftsland zu haben (vgl. I2-5). Frau D. meint zwar, dass sie in der Bernardgasse viele obdachlose UngarInnen getroffen habe, die ihrer Meinung nach zum Teil schon viel zu lang in Wien seien und nur froh seien, hier gratis essen und schlafen zu können. Sie betont, dass sie mit diesen Leuten nichts zu tun haben wolle und alles unternehme, um eine Arbeit zu finden und sich ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Gleichzeitig betont sie, einige Ungarn zu kennen, die bereits eine Arbeit und Wohnung hätten. Von ihnen erfahre sie viel Unterstützung – sie könne bei ihnen immer wieder essen und duschen

oder einfach zum Reden vorbeikommen (vgl. I1). In diesem Zusammenhang erscheint eine Aussage von Herrn L. (HUN) interessant, der meint, dass viele Menschen die aus Ungarn nach Wien kommen, zum ersten Mal in ihrem Leben Unterstützung erfahren würden. Er meint aber auch – ohne auf die näheren Gründe einzugehen – dass viele dieser Personen die Hilfsangebote nicht zu schätzen wüssten, wofür er sich sehr schäme (vgl. I5). Sowohl Frau B. als auch Herr J. (HUN) erwähnen dezidiert, wie wichtig ihnen der Kontakt zu den MitarbeiterInnen des Tageszentrums JOSI.exil sei (vgl. I2, I3). Darüber hinaus erzählt Frau B., dass sie bei ihren ArbeitskollegInnen bei der MA 48 sehr beliebt sei, weshalb sie immer wieder mit Lebensmitteln unterstützt werde (vgl. I2). Herr T. (HUN), der ebenfalls bei der MA 48 arbeitet, berichtet über seine Erfahrungen mit ArbeitskollegInnen hingegen Folgendes: „*Wir reden manchmal, hallo, servus. Also die Fragen nie, wie gehts dir, erzähl mal was, wie war's. Arbeiten, fünf Stunden und das war's*“ (I4). Auch Herr S. (SRB) hat kaum soziale Kontakte in Wien. Er treffe sich nur ab und zu mit einer Pensionistin, die er aus seinem Heimatort in Serbien kenne. Mit ihr könne er über die Situation in seiner alten Heimat und über gemeinsam Bekannte sprechen, was ihm sehr wichtig sei (vgl. I6).

Drei der vier interviewten Personen aus Rumänien gaben an, regelmäßigen Kontakt zu anderen Rumänen, die sich ebenfalls in Wien aufhalten, zu pflegen (vgl. I7-10). Herr P. betont, dass sich Rumänen untereinander unterstützen und ein starkes Solidaritätsgefühl untereinander existiere, er selbst habe aber dennoch kaum Kontakt zu anderen rumänischen Staatsbürgern, weil seiner Meinung nach viele von ihnen kriminell seien und er Angst habe, selbst wieder ins kriminelle Milieu abzurutschen. Er habe allerdings viele FreundInnen und Bekannte aus den unterschiedlichsten Ländern, was er auf seine umfassenden Sprachkenntnisse und sein offenes Wesen zurückführe. Mit ÖsterreicherInnen habe er generell gute Erfahrungen gemacht und es sei ihm auch viel geholfen worden, dennoch habe er das Gefühl, dass viele ÖsterreicherInnen auf Rumänen herabblicken würden (vgl. I7). Herr C. (ROM) beschreibt sich selbst als großzügigen Menschen, der neben seinen rumänischen Freunden auch österreichischen und polnischen Bekannten immer wieder mit kleinen Geldbeträgen aushelfe. Er sei seit sechs Jahren mit einer Österreicherin liiert und betont, wie viel ihm diese Beziehung bedeute (vgl. I8). Herr R. (ROM) berichtet davon, viele Rumänen mit gültigen Aufenthaltspapieren zu kennen, die es in Österreich zu Reichtum gebracht hätten. Einige von ihnen hätten in Wien eine orthodoxe Kirche gegründet, wo er jeden Sonntag um 9 und 18 Uhr hinfahre, um nach Arbeit zu fragen. Von ihnen und seinen österreichischen Freunden würde er aber keine Unterstützung bzw. Arbeit bekommen. Weiters fahre er immer wieder nach Hagenbrunn (NÖ), wo er noch von früher zahlreiche afrikanische

Freunde habe. Einer von ihnen würde ihn regelmäßig finanziell unterstützen (vgl. I9). Herr G. (ROM) erinnert sich, dass er nach seiner Ankunft niemanden gekannt habe, aber durch zahlreiche Gespräche mit anderen Rumänen am Südbahnhof erfahren habe, in welchen Einrichtungen er duschen und essen könne. In den unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen habe er daraufhin rasch Freunde aus verschiedenen Ländern gefunden (vgl. I10).

Herr A. (POL) berichtet von zahlreichen polnischen und rumänischen Bekannten, die er in Wien regelmäßig treffe. Die Kontakte zu diesen Menschen seien für ihn sehr wichtig, weil sie einander helfen würden (vgl. I11). Herr B., ebenfalls aus Polen, hat mittlerweile viele Freunde und Bekannte in Österreich. Die meisten von ihnen seien Polen, Ungarn, Jugoslawen und Türken. Er habe jedoch auch nach wie vor Kontakt zu zahlreichen Österreichern, für die er früher (schwarz) gearbeitet habe. Einige von ihnen würden ihn noch heute gelegentlich unterstützen. Als er vor 22 Jahren nach Österreich kam, habe ihm jedoch niemand – auch keine Polen – geholfen. Heute würden allerdings viele Leute zu ihm kommen und ihn um Unterstützung bitten, weil er schon so lange hier sei und sich gut auskenne. Da er selbst arm sei, könne er keine materielle Hilfe bieten, er begleite aber Bekannte immer wieder auf Ämter, um zu dolmetschen (vgl. I12).

Sowohl Herr und Frau M., die gemeinsam aus der Slowakei nach Wien gekommen sind, betonen, wie wichtig das Tageszentrum JOSI.exil für sie sei, um soziale Kontakte zu knüpfen. Ferner erklärt Frau M., dass sie durch die Gespräche mit den MitarbeiterInnen von JOSI.exil sehr viel psychische Unterstützung erfahren habe und wie sehr sich freue, dass sich andere Menschen für ihre Lebensgeschichte interessieren. Weiters berichten beide über ihre positiven Erlebnisse mit ArbeitskollegInnen bei der MA 48. Durch die Arbeit hätten sie Bekannte und Freunde kennen gelernt, mit denen sie sich auch privat treffen würden. Jenseits des Arbeitsplatzes und des Tageszentrums hätten sie jedoch keine sozialen Kontakte in Wien (vgl. I13, 14).

Herr V. (BLG), der sich selbst als „*Einzelgänger*“ bezeichnet, berichtet hingegen, in Wien nur ein paar Leute kennen gelernt zu haben, zu denen er aber keinen intensiven Kontakt habe. Da er sich von den bulgarischen Behörden politisch verfolgt fühle, habe er auch keinen Kontakt zu anderen bulgarischen StaatsbürgerInnen, weil man „*seit dem Kalten Krieg nicht wissen [kann], wie viele Geheimdienstleute hier noch immer herumlaufen und die gibt es heute ganz bestimmt immer noch*“ (I15).

Über ausreichende soziale Kontakte könne sich Herr O. (CZE-ITA) nicht beschweren, da er jeden Tag mehrere Stunden auf der Straße unterwegs sei, um Geld zu „schnorren“. Dabei lerne er immer wieder interessante Leute kennen. Den Kontakt mit anderen Obdachlosen, den er vor

allem in den verschiedensten Wiener Parks pflegt, sei insofern sehr wichtig für ihn, weil er immer wieder von speziellen Orten erfahren würde, wo er Unterstützung bekommen könne (vgl. I16).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrheit der befragten Personen Kontakt zu Menschen in ihren Herkunftsländern hat. Dabei handelt es sich in erster Linie um Familienangehörige – im Speziellen die eigenen Kinder. Neben dem Telefon wird von einigen Befragten auch das Internet – v.a. Skype und Facebook – als Kommunikationsmedium angegeben. Vor allem jene Person, die sich bereits seit längerer Zeit – ein Jahr und mehr – in Wien bzw. Österreich aufhalten, verfügen großteils über funktionierende soziale Netzwerke, durch die sie sowohl materielle als auch informelle Unterstützung erfahren. Neben der Möglichkeit in den verschiedenen Einrichtungen soziale Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu pflegen, stellen vor allem legale und „illegale“ Arbeitsmöglichkeiten eine zentrale Ressource der sozialen Integration dar. Vor allem innerhalb der Gruppe der rumänischen und polnischen Interviewpartner scheint das Solidaritätsgefühl besonders stark ausgeprägt zu sein, während die befragten UngarInnen kaum Kontakt zu Menschen aus ihrem Heimatland pflegen, die sich ebenfalls in Wien aufhalten.

4.2.6. Sprache und Sprachkenntnisse

Im Rahmen der Untersuchung wurden die interviewten Personen auch über ihre Sprachkenntnisse befragt. Dabei gaben mehr als drei Viertel der InterviewpartnerInnen an, der deutschen Sprache zumindest soweit mächtig zu sein, um sich in Alltagssituationen verständigen zu können (vgl. I1, I2, I4-10, I12, I15, I16). Eine Person gab an, Deutsch zwar zu verstehen, aber nicht zu sprechen (vgl. I3). Die übrigen drei Personen verfügen über keinerlei Deutschkenntnisse (vgl. I11, I13, I14). Die Art und Weise wie die Befragten Deutsch erlernt haben, gestaltet sich sehr unterschiedlich. So hat etwa Frau D. (HUN) bereits zwei Deutschkurse absolviert und besucht zur Zeit wieder zweimal wöchentlich einen kostenlosen Kurs, der ihr über die Caritas vermittelt worden ist (vgl. I1). Herr S. (SRB) hat bereits zwei Deutschkurse begonnen, musste diese jedoch stets abbrechen, weil er arbeiten musste. Stattdessen habe er sich die Sprache mittels Zeitunglesen, Fernsehen, Gesprächen und eines Wörterbuchs selbst angeeignet (vgl. I6). Sowohl Frau B. und Herr J. (beide HUN) als auch Herr M. (SVK) betonen im Interview, gerne einen kostenlosen Deutschkurs besuchen zu wollen, sie hätten allerdings nicht die entsprechenden Kontakte und wüssten nicht an wen sie sich wenden sollten (vgl. I2, I3, I14). Herr J. habe zwar bereits früher per Internet versucht, Deutsch zu lernen, doch sei ihm in seiner früheren Wohnung

der Strom abgedreht worden, weil er die Rechnungen nicht bezahlen habe können, weshalb ihm diese Option nicht mehr zur Verfügung stehe (vgl. I3). Auch Herr M. versuche zwar per Internet und Wörterbuch die deutsche Sprache zu erlernen, was er aber als nicht ausreichend empfinde (vgl. I14). Herr V. (BLG) gab an bereits in Bulgarien einen Deutschkurs besucht und auch sehr viel durch das Sehen deutscher Fernsehsender gelernt zu haben (vgl. I15). Während Herr T. (HUN) Deutsch von seiner Adoptivmutter gelernt hat, die aus der DDR stammte, hat Herr P. (ROM) Deutsch während seiner Schulzeit in Rumänien erlernt (vgl. I4, I7). Herr C. (ROM) habe zwar kein Wort Deutsch gesprochen als er nach Österreich kam, konnte sich die Sprache aber durch seine bereits sechs Jahre andauernde Beziehung mit einer Österreicherin aneignen (vgl. I8). Sowohl Herr R. als auch Herr G. (beide ROM) gaben hingegen an, Deutsch in erster Linie durch ihre Arbeit bei österreichischen Auftraggebern gelernt zu haben.

Insgesamt erwähnt knapp ein Drittel der Befragten die Wichtigkeit von Deutschkenntnissen in Zusammenhang mit Erwerbsarbeit (vgl. I1, I6, I7, I13, I14). So erklärt etwa Herr S. (SRB), dass die Voraussetzung für jede Form von Arbeit in Österreich entsprechende Sprachkenntnisse seien, mit folgenden Worten: *„Weil ohne Sprache, gib mir Messer oder gib mir Hammer, gibst du mir ein Löffel, das ist das Hauptsächliche. Und dann wenn du arbeitest, du weißt, des ist ein Hobel oder eine Rigipsplatte oder was weiß ich. Kann er das in seiner Muttersprache vielleicht auch sagen, machen wir so, machen wir so, aber ich habe nicht dich gefragt, wie das in deiner Muttersprache heißt, sondern hier wie heißt des“* (I6). Auch drei weitere Personen sind der Meinung, dass gute Deutschkenntnisse die Voraussetzung für eine vernünftige Arbeit in Österreich seien (vgl. I1, I13, I14). Dieser Ansicht widerspricht Herr S. (ROM), der neben seiner Muttersprache insgesamt fünf Fremdsprachen (inkl. Deutsch) beherrscht, vehement. Er habe trotz seiner umfassenden sprachlichen Qualifikationen nie eine legale Anstellung in Österreich bekommen, worüber er sehr enttäuscht sei. Seine Anstrengungen, so viele Sprachen zu lernen, seien *„umsonst. Wenn ich Deutsch, außer Deutsch, du weißt, ich kann auch Englisch, Spanisch perfekt und so weiter. Umsonst. Komme ich aus Rumänien, bin ich (...) (ringt nach Worten, Anm.). Ich fühle mich wie ein Fehler in dieser Welt, ich bin ein Fehler. Ich wünsche mir, dass ich hier geboren wäre, verstehst du. (...) Ich hab Hoffnung gehabt und ich habe gesagt, die Vorteile wegen der Sprache, ich werde etwas, wo einen Vertrag kriegen. Ja, Hoffnung habe ich gehabt“* (I7). Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang, dass Herr S. bezüglich umfassender Sprachkenntnisse keine Ausnahme darstellt. So gab etwa Herr C. (ROM) an, neben Rumänisch auch fließend Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Ungarisch und Spanisch zu sprechen und darüber hinaus Grundkenntnisse in Slowakisch, Serbokroatisch und Bulgarisch zu besitzen. (vgl. I10)

Zwei weitere Personen (vgl. I6, I16) beherrschen neben ihrer Muttersprache fünf und je eine Person vier (vgl. I5), drei (vgl. I1) bzw. zwei (vgl. I12) weitere Fremdsprachen. Sechs weitere Befragte gaben an, eine Fremdsprache zu beherrschen (vgl. I2, I4, I8, I9, I11, I14).

Wie die Ergebnisse der Interviews zeigen, verfügen zahlreiche Menschen aus der Zielgruppe der nicht-anspruchsberechtigten, obdachlosen EU-BürgerInnen über umfassende Sprachkenntnisse, die sie jedoch auf Grund rechtlicher Rahmenbedingungen und ihrer prekären Lebenssituation nur schwer am regulären Arbeitsmarkt einbringen können. Der hohe Anteil an Interviewten, die über Deutschkenntnisse verfügen und der deutliche Wunsch, mangelnde oder nicht-vorhandene Sprachkenntnisse im Rahmen von (kostenlosen) Kursen zu verbessern bzw. zu erwerben, deuten jedoch darauf hin, dass die deutsche Sprache als zentrale Voraussetzung zur sozialen Integration betrachtet wird.

4.2.7. Kriminalität und Erfahrungen mit der Exekutive

Die TeilnehmerInnen der Untersuchung wurden auch darüber befragt, ob sie bereits „Konflikte mit dem Gesetz“ (d. h. sowohl strafrechtliche Delikte als auch Verwaltungsstrafen) hatten und welche Erfahrungen sie gegebenenfalls mit der Polizei bzw. privaten Sicherheitsdiensten gemacht haben.

Zum Themenkomplex „Kriminalität“ äußerten sich 11 der 16 InterviewpartnerInnen. Vier Personen gaben an, zumindest einmal beim „Schwarzfahren“ in öffentlichen Verkehrsmitteln erwischt worden zu sein (vgl. I3-5, I13). Herr T. (HUN) meint, dass er die Geldstrafe nicht bezahlen hat können und bis heute nicht beglichen habe. Er würde aber seitdem immer einen Fahrschein lösen (vgl. I4). Herr R. (ROM) erklärte, gar nicht in die Verlegenheit kommen zu wollen, erwischt zu werden, da ihm 100 Euro Strafe zu teuer wäre. Aus diesem Grund würde er sich stets eine Monatskarte kaufen (vgl. I9).

Sechs der Befragten äußerten sich zum Thema Diebstahl (vgl. I1, I3, I6-8, I11). Frau D. (HUN) erklärt, sie wüsste, dass viele Menschen, die sich in der JOSI aufhalten, stehlen würde, was sie für sich allerdings kategorisch ablehne (vgl. I1). Auch Herr J. (HUN) betont, dass er noch niemals etwas gestohlen habe und auch gar nicht auf die Idee kommen würde, selbst wenn er gar kein Geld hätte. (vgl. I3) Herr S. (SRB) habe beobachtet, wie mehrere Personen in der Nähe eines Nachtquartiers im Supermarkt Lebensmittel gestohlen hätten. Er meint, dass solche Leute – egal woher sie kommen würden – in Österreich nichts verloren hätten. (vgl. I6) Herr P. (ROM) hingegen erklärt im Interview, selbst immer wieder Lebensmittel in Supermärkten zu stehlen, wofür er sich aber nicht schäme. Er meint, dass viele Menschen aus Rumänien stehlen würden,

um zu überleben, da ihnen legale Arbeit verwehrt werde. Herr P. bringt seine Meinung mit folgenden Worten zum Ausdruck: *„Hätte ich ein normales Leben gehabt, mit Arbeitserlaubnis, ich wäre kein Krimineller. Ich bin Sportlehrer, ich hab studiert, mit meinen Kenntnissen, mit meinen Sprachen die ich kann und mein Diplom, ich könnte hier arbeiten, ganz locker. (...) Obwohl ihr Österreicher in meinem Land, ihr seid die Ersten bei uns mit der Investition und so. Banken, Öl, unsere ganze Petrol, Benzin, sind eure. Gehört zur OMV und wir kommen hier als Sklaven. (...) Aber ja, das ist die Frage, warum Rumänen sind kriminell und Kriminalität steigt so hoch, weil ihr lassen nicht die Leute arbeiten. (...) Mein Recht, Menschenrecht. Ich kann gehen, das ist das erste Menschenrecht, du kannst leben und arbeiten, wo du willst in der Welt“* (I7). Insgesamt sei er zwei Monate in Haft gewesen, weil ihm fünf Ladendiebstähle nachgewiesen werden konnten (vgl. ebd.). Auch Herr C. ist der Meinung, dass viele Rumänen aus finanzieller Not stehlen würden, weil sie nicht arbeiten dürften und drückt dies folgendermaßen aus: *„Alles schreiben Zeitung, zappzarapp³², Rumänisch, zappzarapp, warum zappzarapp? Keine Arbeit, was machen? Was machen?“* (I8). Herr A. (POL) berichtet, einen Monat im Gefängnis gewesen zu sein und eine Vorstrafe zu haben, weil er wegen Kupferdiebstahls verurteilt worden sei (vgl. I11).

Bezüglich ihrer Erfahrungen mit der Polizei äußerten sich 12 der 16 InterviewpartnerInnen. Die überwiegende Mehrheit – zehn Personen – beschreibt ihre Erlebnisse mit ExekutivbeamtInnen als neutral bis positiv, während zwei Personen von negativen Erfahrungen im Kontakt mit der Polizei berichten (vgl. I1-6, I8-10, I12, I15). Frau D. (HUN) erzählt, sie habe keine Probleme mit der Polizei, weil sie „normal“ sei, sich regelmäßig dusche und gut rieche. Sie sei einmal im Park kontrolliert worden, als sie auf einer Bank geschlafen habe. Als sie ihren Ausweis herzeigte und sagte, sie sei Touristin, wären die Beamten wieder gegangen (vgl. I1). Frau B. (HUN) wurde am Westbahnhof kontrolliert, als sie ihren Schlafsack auf einer Wiese ausbreitete und essen wollte. Als sie die Polizisten fragten, was sie hier mache, erklärte sie ihnen in Wien zu arbeiten. Nach einer Ausweiskontrolle sei sie in Ruhe gelassen worden (vgl. I2). Herr J. (HUN) berichtet von einem Vorfall vor einem Supermarkt. Er sei einmal von Polizisten kontrolliert worden, weil er mit Krücken vor der Filiale gestanden sei und die Beamten gedacht hätten, er würde zu einer Bettlergruppe gehören. Als seine Freundin erklärte, dass sie in Wien arbeiten würde und seine Lebensgefährtin sei, hätten sich die Polizisten bei ihm entschuldigt (vgl. I3). Sowohl Herr J. (HUN) als auch Herr T. (HUN) meinen, dass die Polizei im Vergleich zu Ungarn besser sei, weil die österreichischen BeamtInnen mit Menschen respektvoller umgehen würden (vgl. I4, I5). Herr S. (SRB) erzählt davon, beim Schwarzarbeiten erwischt worden zu sein. Da sein damaliger

³² Lt. Duden eine umgangssprachliche Bezeichnung für „eine rasche, unauffällige Bewegung, mit der etwas weggenommen, entwendet wird“. Siehe: <http://www.duden.de/rechtschreibung/zappzarapp>, 11.12.12.

Aufenthaltsstatus ungeklärt gewesen sei, sei er in Schubhaft genommen worden. Weil die bürokratischen Instanzenwege zwischen Österreich und Serbien allerdings nicht funktioniert hätten, sei er nach drei Monaten wieder entlassen worden. Herr S. berichtet, während seiner Haft Hausarbeiten erledigt und gekocht zu haben, weil es ihm zu langweilig gewesen sei, nur in der Zelle mit acht anderen Inhaftierten zu sitzen. Er habe Schubhaft nicht als Gefängnis empfunden und meint, die Polizei habe nur ihre Arbeit getan (vgl. I6). Herr G. (ROM) erklärt weder mit der Polizei noch privaten Sicherheitsdiensten Probleme zu haben, weil er keinen Alkohol trinke und auch sonst keine Probleme mache (vgl. I10). Auch Herr B. (POL) meint, mit der Polizei oder Securities noch nie Probleme gehabt zu haben. Er werde zwar immer wieder sein Ausweis kontrolliert, was er als normal empfinde. (vgl. I12) Auch Herr. O (CZE-ITA) werde immer wieder von der Polizei kontrolliert – es habe aber noch nie Probleme gegeben. Einmal sei er am Schwedenplatz von einem Polizisten beim Betteln erwischt worden, habe aber gehen dürfen, als er dem Beamten gesagt habe, er habe nicht gewusst, dass Betteln verboten sei. Ihm sei aber eine Strafe in der Höhe von 70 Euro angedroht worden, falls er noch einmal erwischt würde. Herr O. kenne aber auch Personen, denen PolizeibeamtInnen ihr gesamtes Geld weggenommen hätten, als sie beim Betteln erwischt wurden (vgl. I16). Herr V. (BLG) habe mit der Polizei nur zweimal Kontakt gehabt – in beiden Fälle habe er sie angerufen, weil ihm sein Rad gestohlen worden sei bzw. MitarbeiterInnen einer Notschlafstelle sich geweigert hätten, ihm seinen Besitz auszuhändigen (vgl. I15).

Von negativen Erfahrungen mit der Polizei berichten zwei Befragte aus Rumänien. So erzählt Herr C., dass er eine Geldstrafe bezahlen habe müssen, als er von der Polizei bei der Suche nach Schwarzarbeit erwischt worden sei. Darüber hinaus werde er häufig von der Polizei auf der Straße kontrolliert, was er als Schikane empfinde. Auch wenn er im Park nächtige, werde er häufig von der Polizei kontrolliert. Er meint: „*Was ist das Problem, wenn ich schlafe im Park? Was ist Problem, Mann? Wo? Wo? Mir reden eine Mann, gehe zu Hause, schlafen, nix Park, gehe zu Hause schlafen, wo?*“ (I8). Herr R. berichtet von folgendem Erlebnis mit der Polizei. Er habe um 600 Euro mehrere PKW-Winterreifen mit Felgen gekauft, wofür er auch eine Rechnung gehabt habe. Diese Reifen habe er in Rumänien mit Gewinn verkaufen wollen. Als ihn die Polizei mit seinem Bus aufgehalten habe, sei ihm vorgeworfen worden, ein illegaler Sperrmüllsammler zu sein. Ihm seien Nummernschild, Zulassungspapiere und Autoschlüssel abgenommen worden. Als er mit zwei Freunden nach Klosterneuburg auf die Bezirkshauptmannschaft gefahren sei, habe er 500 Euro Strafe zahlen müssen. Er habe zwar das Auto wieder bekommen, aber die Reifen seien alle weg gewesen. Er fühle sich dermaßen ungerecht behandelt, dass er nach Straßburg zum

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte fahren wolle, um zu klagen. Es gehe ihm nicht ums Geld, dass er im Falle einer Refundierung spenden würde, sondern ums Prinzip (vgl. I9).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Erfahrungen mit Kriminalität und die Kontakte mit der Polizei sehr unterschiedlich gestalten. Während mehrere Personen jegliche Form von Diebstahl ablehnen, betonen zwei der Befragten aus Rumänien, dass der Diebstahl von Lebensmitteln in bestimmten Notsituationen legitim sei, vor allem vor dem Hintergrund keine Möglichkeit zu haben, durch legale Erwerbsarbeit Geld zu verdienen. Obwohl die Erfahrungen mit PolizeibeamtInnen von der Mehrheit der InterviewpartnerInnen – vor allem im Vergleich zu ihren Heimatländern – als akzeptabel bis positiv beschrieben werden, zeigen die Ergebnisse der Interviews, dass häufige Kontrollen zum Alltag obdachloser Menschen aus den neuen EU-Ländern gehört. Der Hinweis in Österreich zu arbeiten war für einige der Befragten insofern hilfreich, um weiteren Amtshandlungen bzw. intensivere Kontrollen zu vermeiden. Zum Teil wird das Handeln der Polizei allerdings auch als schikanös und nicht transparent empfunden.

4.3. Zukunftsperspektiven

Die überwiegende Mehrheit der InterviewpartnerInnen – 13 von 16 befragten Personen – gaben an, auch zukünftig in Wien bleiben zu wollen (vgl. I1-8, I10-14). Die Hoffnung auf einen fixen Arbeitsplatz mit einem geregelten Einkommen und auf gesicherte Wohnverhältnisse lassen sich in diesem Zusammenhang als Hauptmotive identifizieren. So meint etwa Herr G. (ROM): *„Ich will eine neue Leben. Ich will Arbeit und ich will machen meine Leben hier, ich liebe Wien, ich liebe Österreich“* (I10). Darauf angesprochen, dass er als Rumäne erst ab 2014 offiziell in Österreich arbeiten darf, meint er: *„Ja, ich warte das. Bis dann ich essen ein bisschen von hier, ein bisschen von dort, schlafen wo ich kann und das wird 2014. Was kann ich machen, ich kann nicht gehen stehlen und machen Probleme, anderen Probleme“* (ebd.). Drei der befragten Personen gaben an, in Wien bleiben zu wollen, um ihre Deutschkenntnisse und somit ihre Qualifikationen für eine zukünftige Erwerbstätigkeit zu verbessern (vgl. I1, I13, I14). Dazu meint etwa Frau D. (HUN): *„Ich möchte hier leben, weil in Ungarn alles so schlecht jetzt, keine Geld ist dort und ich habe gedacht, weil ich spreche nur bisschen Deutsch und ich möchte lernen diese Sprache. Ich kann dann kommen hier arbeiten und ich kann bekommen, Firma ist besser. (...) Aber ich muss lernen noch diese Sprache und später sicher ich bekomme bessere Arbeit“* (I1). Frau B. (HUN) erklärt, sie könne es sich zwar prinzipiell vorstellen, auch in anderen Ländern zu arbeiten, die Möglichkeit bei

der MA 48 Geld zu verdienen, sei allerdings im Moment so attraktiv, dass sie für längere Zeit hier bleiben möchte. Gemeinsam mit ihrem Partner Herr J. (HUN) möchte sie mit dem verdienten Geld ihr kleines Haus in Ungarn renovieren, das für sie eine Sicherheit darstelle (vgl. I2). Drei Personen gaben an, regelmäßig in ihr Herkunftsland reisen zu wollen, um Verwandte und Bekannte zu besuchen, ihren Lebensmittelpunkt allerdings in Österreich bzw. Wien haben zu wollen (vgl. I4, I8, I12).

Zwei Interviewpartner erklärten hingegen, noch nicht sicher zu sein, was sie zukünftig machen wollen (vgl. I15, I16). Während Herr V. (BLG) nur wisse, nicht mehr nach Bulgarien zurückkehren zu wollen, da ihn die Behörden verfolgen würden (vgl. I15), meint Herr O. (CZE/ITA) die nächste Zeit weiter durch Europa reisen und zukünftig vielleicht freiberuflich für Reisemagazine arbeiten zu wollen.

Als einzige Person gab Herr R. (ROM) an, Österreich nach rund siebenjährigem Aufenthalt verlassen zu wollen, weil seine Hoffnungen auf ein besseres Leben enttäuscht worden seien. Dazu meint er: *„Ich kommen für Arbeit, ich denke, vielleicht Österreich ist besser, für alles. Nix Rumäne, egal Ungarisch oder Moldawien, alles kommen Österreich, denke, Österreich ist EU, ist große Land, ist besser für Geld, Arbeit, ich auch denke. Aber nix“* (I9) Nun wolle er vorerst zu seiner Familie nach Rumänien, danach aber nicht mehr nach Österreich zurückkommen. Er müsse darüber nachdenken, wo er zukünftig Arbeit suchen werde, da weder Rumänien noch Italien oder Spanien aufgrund der Wirtschaftskrise eine Option darstellen würden. Er müsse aber zum Arbeiten ins Ausland, um für seine kleinen Kinder zu sorgen (vgl. ebd.).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Zukunftsperspektiven der befragten Personen in engem Zusammenhang mit ihren Migrationsmotiven und -hintergründen stehen. Die Hoffnung auf ein besseres Leben erscheint als ausschlaggebend, in Österreich bleiben zu wollen, wobei sich letztlich die Frage stellt, inwieweit sich diese Hoffnungen als realistisch erweisen.

5. Roma und Sinti – ein Leben am Rande

Roma sind SlowakInnen, BulgarInnen, UngarInnen, RumänInnen, etc. aber trotzdem sind sie es nicht ganz. In all ihren „Heimatländern“ sind sie nicht gleichberechtigte, vollwertige BürgerInnen. Zwar besitzen sie laut Verfassung die gleichen Rechte, dennoch gab und gibt es viele Möglichkeiten, sie zu diskriminieren, zu verfolgen und auszuschließen. Der Antiziganismus ist in vielen Ländern ein wichtiger politischer Faktor, dient er doch auch als Ventil für die Wut der Menschen über ihre schlechte ökonomische Situation. Es musste ein Sündenbock her und der wurde bald gefunden: die „Zigeuner“, Roma, die faul sind, nichts arbeiten wollen, als SozialschmarotzerInnen vom Staat leben, aber nichts beitragen, viele Kinder haben, Frauen, die sich prostituieren, die von Natur aus kriminell sind. Die Roma sind die wahren VerliererInnen der politischen Wende in Ost- und Südosteuropa.

Das Kapitel über die Roma teilt sich in einen theoretischen Teil und die Datenauswertung der Interviews. Es erschien wichtig, auf die wechselvolle Geschichte der Roma in Europa, dem seit Jahrhunderten herrschenden Antiziganismus und seine Folgen für die Roma in Vergangenheit und Gegenwart näher einzugehen.

An Hand von drei Interviews wird die Lebenswelt dieser Roma exemplarisch dargestellt. Die Interviews wurden auf Romanes geführt. Unser Dank gilt Mag.^a Zaklina Radolsjavevic und Prof. Mozes Heinschik vom Romano Centro in Wien, die die Interviews geführt und übersetzt haben. Unterstützt wurden wir auch von Mag. Ferdinand Koller vom Romano Centro und Frau Mag.^a Nadine Papai von der Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich, die uns wertvolle Informationen zu Kultur, Geschichte und Menschenrechten gaben.

Es war schwierig, InterviewpartnerInnen zu finden. Viele Roma ziehen es vor, sich nicht zu outen. Sie wollen Schwierigkeiten aus dem Weg gehen und haben es gelernt, dass es besser ist, unsichtbar zu bleiben. Dies war mit ein Grund, warum um die Unterstützung des Romano Centro angesucht wurde, da wir der Meinung waren, dass es für Roma leichter ist, in Romanes und mit Roma zu sprechen. Das Misstrauen den „Gazes“ (Nicht-Roma) gegenüber ist sehr hoch. Dennoch war es schwierig, jemanden zu finden, der bereit war zu sprechen. Frau Mag.^a Radolsjavevic und Prof. Heinschik verbrachten mehrere Sonntage im Tageszentrum JOSI.exil. Sie setzen sich zu den BesucherInnen und versuchten, mit den Roma in Kontakt zu kommen. Dies gelang ihnen sehr schnell und einfach. Es entwickelten sich viele Gespräche, es wurde angeregt

diskutiert, doch trotzdem gehörte anscheinend doch sehr viel Mut dazu, ein Gespräch, das mit einem Tonbandgerät aufgenommen wird, zu führen. Es fanden sich schließlich doch drei Männer – ein älterer Slowake und zwei junge Bulgaren, die sich interviewen ließen.³³ Manche wollten es sich noch überlegen und taten es dann doch nicht. Leider gelang es nicht, ein Interview mit einer Romni, einer Frau, zu führen. Die Scheu sich zu deklarieren, hervortreten und als Frau zu sprechen, war zu groß und kulturelle Barrieren konnten nicht überwunden werden. Viele Roma sind sehr traditionell. Häufig sind es nur die Männer, die die Vertretung nach außen übernehmen. Die Frauen agieren im Hintergrund. Hier ist es nicht immer leicht zu unterscheiden, ob einige Männer den Frauen verboten, ein Interview zu geben oder ob die Frauen kein Interview geben wollten, auch wenn dieses Interview von einer Frau geführt worden wäre.

5.1. Roma und Sinti

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden sie alle als „ZigeunerInnen“ oder bestenfalls mit der Eigenbezeichnung Roma und Sinti bezeichnet. Der Begriff Zigeuner leitet sich vermutlich vom altgriechischen „athinganoi“ („die Unberühmbaren“) ab. Die „athinganoi“ wurden mit einer häretischen Sekte im antiken Griechenland in Verbindung gebracht (vgl. Kopf 2009: 36). Die europäische Vorstellungswelt kennt keine weitere Unterscheidung und sieht die Roma und Sinti als homogene Masse. Dies steht im Widerspruch zur ethnischen und kulturellen Vielfalt, die sich hinter diesen Bezeichnungen verstecken: „Roma bilden keine homogene Ethnie, sondern bestehen aus verschiedenen Gruppen, die sich heutzutage in Bezug auf ihren kulturellen Hintergrund und ihrer gesellschaftlichen Situation zum Teil sehr stark voneinander unterscheiden. Diese verschiedenen Gruppen entstanden über Jahrhunderte hinweg, unter anderem geprägt durch die Migration in andere Länder oder Spezialisierungen auf bestimmte Gewerbe“ (Geisler 2009: 10).

Die Roma und Sinti bilden mit mehr als 10 Millionen Menschen die größte Minderheit in der EU. Sie stammen, wie sprachwissenschaftliche Untersuchungen ergeben haben, aus Indien. Sie flüchteten im 11. Jahrhundert aus dem Panjab, Sindh und Rajastan nach Europa, nachdem ihr eigentliches Wohngebiet vom afghanischen Fürsten Mahmud erobert worden und sie entweder versklavt oder vertrieben worden waren (vgl. Demir et.al. 2011: 27). 1385 werden sie zum ersten Mal in der Walachei, 1407 das erste Mal in Deutschland erwähnt. In der ersten Zeit bekamen sie

³³ Die interviewten Personen werden im Folgenden mit I17-I19 zitiert.

Schutzbriefe und wurden zunächst geduldet. Anfangs genossen sie sogar Sonderrechte, waren als HandwerkerInnen geachtet, was sich jedoch bald änderte. Man wollte ihre nomadisierende Lebensweise ändern. Sie wurden sesshaft gemacht, indem man sie zu Leibeigenen oder SklavInnen machte, wie zum Beispiel in der Walachei und Moldawien. Sie durften die Städte nicht mehr betreten, wurden abgeschoben, exkommuniziert bzw. für vogelfrei erklärt. Sie waren verdächtig, weil sie dunkel aussahen und deshalb einen negativen Charakter haben mussten. Bald galten sie als türkische SpionInnen. Sie mussten jetzt innerhalb Europas fliehen (vgl. COEb o.J.). Diese permanenten Vertreibungen werden von verschiedenen ForscherInnen auch als die eigentliche Grundlage für die nomadisierende Lebensweise der Roma und Sinti und auch deren europaweite Zerstreung angesehen (vgl. Puskarevic 2009: 3). Im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung, wurde das Prinzip der Assimilation eingeführt. Sie sollten sesshaft werden, als BäuerInnen oder HandwerkerInnen leben und zivilisiert werden. In einigen Ländern wie Spanien und später auch Österreich-Ungarn wurde ihnen verboten Romanes zu sprechen. Kaiserin Maria Theresia verbot unter anderem die Eheschließung zwischen Roma und nahm ihnen die Kinder weg (vgl. COEc o.J.). In Spanien wurden sie interniert. Dies stand im Gegensatz zur Politik Russlands, wo die Roma als gleichberechtigte BürgerInnen mit vollen BürgerInnenrechten behandelt wurden (vgl. COEBd). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer zweiten europäischen Migrationswelle, in der Roma aus Mittel- und Südosteuropa sich über ganz Europa verbreiteten. Ein Teil dieser Roma wanderte aber auch nach Amerika aus. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es wieder zu zunehmenden Diskriminierungen in Österreich-Ungarn, aber auch zum politischen Wechsel in der Sowjetunion mit den bekannten Auswirkungen auf die verschiedenen Völker der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Versuch der Ethnogenese des sowjetischen Volkes (vgl. COEd o.J.).

Doch die gravierendsten Auswirkungen auf die Roma und Sinti sollte die Rassenpolitik der Nationalsozialisten haben. Der Genozid der Roma und Sinti stellt einen traurigen Höhepunkt der jahrhundertelangen Verfolgung der Roma dar. Die Grundlage der Verfolgung der „ZigeunerInnen“ bildeten die Nürnberger Gesetze – hier wurde klargestellt, dass die „ZigeunerInnen“ „artfremdes“ Blut besitzen. Im Reichshygiene-Institut in Berlin wurde ein eigenes Ressort zur Rasseforschung an „ZigeunerInnen“ eingesetzt. Dieses Institut stand unter der Leitung von Dr. Robert Ritter. Das Institut untersuchte in direkter Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei, die Heinrich Himmler unterstand, im Zeitraum zwischen 1936 und 1945 an die 24.000 Menschen, um sie in „Voll-Zigeuner“, „Mischling-Zigeuner“ oder „Nichtzigeuner“ einzuteilen. Diese Gutachten waren die Ausgangslage für spätere Sterilisationen, nach dem „Auschwitzerlass“ für Deportationen in das

Konzentrationslager oder für die Freilassung. In der ersten Phase der ZigeunerInnenverfolgung wurden Zwangsarbeitslager errichtet. 1941/42 wurden die ersten Transporte in den Osten durchgeführt, mit der ersten großen Ausrottungsaktion im Ghetto Lodz. Im Dezember 1942 wurde der „Auschwitzerlass“ beschlossen, in dem der Ausrottungsplan für alle „Zigeuner“ und „Zigeunermischlinge“ festgelegt wurde. Ab dem Jahre 1943 wurde der Erlass aktiv umgesetzt. Der Großteil der Roma und Sinti wurde nach Auschwitz II Birkenau gebracht.³⁴ Das „Zigeunerlager“ hatte die höchste Todesrate der Lager in Auschwitz: 19.300 Menschen ließen darin ihr Leben – 5.600 wurden vergast, 13.700 erlagen dem Hunger, den Krankheiten, Seuchen und medizinischen Experimenten (vgl. COEe o.J.). Man geht davon aus, dass eine halbe Million Roma und Sinti dem Holocaust zum Opfer gefallen sind. Vor dem Anschluss lebten in Österreich 11.000 Roma, davon wurden zwei Drittel ermordet (vgl. Thurner o.J.). Der Holocaust lebt noch immer weiter und ist noch immer Bestandteil des Lebens der Roma. Er lebt aber auch in der noch immer bestehenden Diskriminierung und Verfolgung der Roma in Europa weiter. Die nationalsozialistische Rassenideologie bildet noch immer die Basis für Verfolgung, Diskriminierung, aber auch Gewalttaten gegen Roma. Geändert hat sich jedoch einiges in der Organisation und politischen Vertretung der Roma. Es sind viele NGOs, Vereine, Plattformen und Netzwerke der Roma entstanden, in denen Roma selbst auf ihre Rechte aufmerksam machen und für ihre Rechte eintreten.

5.2. Rassismus und Vorurteile

Einen wichtigen Aspekt dieser Untersuchung stellte die Frage nach der Art der Begegnung mit ÖsterreicherInnen, nach Vorurteilen oder offenkundigen Rassismus, dar. Hier stellte sich heraus, dass viele Befragten meinten, dass es in Österreich keinen nennenswerten Rassismus gäbe. Herr G. (ROM) meint, auf die Frage, welche Erfahrungen er mit ÖsterreicherInnen gemacht hat: *„So ein bisschen gut, ein bisschen schlecht. Aber alles sind Menschen“* (I10). Auf die Frage, ob er Probleme wegen Rassismus oder Vorurteilen hätte, erklärte er: *„Nein, ich nicht sagen das. Überall gibt es Leute, Rassisten oder schlechte Leute, überall. Gibt auch Rassisten wegen Zigeunern, aber nix so wie in anderem Lande. Wenn du gehst nach Deutschland, in München, Freistadt, und du bist ein bisschen schwarz, ah, Zigeuner, weg, weg. Aber nix alle Leute“* (ebd). Die Frage, ob er ein Rom sei, wehrt er energisch ab: *„Nein, ich bin echte Rumänische. Rumänien. Mein Vater ist weiß, meine Mutter auch, ich bin so“* (ebd). Indirekt bestätigt er, so wie auch die anderen

³⁴ Vgl. <http://romani.uni-graz.at/rombase/cgi-bin/artframe.pl?src=data/hist/holo/final.de.xml>, 15.01.2013.

Interviewten, dass es sehr sowohl Rassismus in Österreich gibt. Aber den gibt es hauptsächlich, weil viele Roma in Österreich sind. Die sind die wahren Schuldigen. Es ist für Herrn G. sehr wichtig, klarzustellen, dass er kein Rom ist.

Die Frage nach Rassismus wird von vielen InterviewpartnerInnen nicht beantwortet. Diejenigen, die sich mit der Frage auseinandersetzen, deuten die Frage jedoch um und beginnen ihre Sicht auf die Roma darzustellen. Die Roma sind ja verantwortlich für den Rassismus, den sie selbst vorfinden. Die Roma sind aber auch diejenigen, die den Menschen die Plätze in den sozialen Institutionen, die sie unterstützen, streitig machen, sowohl in ihren Heimatländern als auch in Österreich. Sie sind schuld, dass sich alles zum Schlechteren entwickelt hat.

So erzählt Herr B. (POL), der sich schon mehrere Jahre in Wien aufhält, auf die Frage hin, ob jetzt mehr Leute als früher nach Österreich kämen: *„Viel, viel mehr. Viel mehr. Und was machen, du genau wissen. Balkaner haben keine Kultur. Früher, wann ich komme da, ohne Balkaner, in Krieg in Jugoslawien, net, geh weg alle Jugoslawien und wollen Visum, ganz ruhig, kein schmutzig wie jetzt in Österreich, aber jetzt kommen Balkaner, Scheiß, wirklich Scheiße. Haben keine Kultur diese Leute und wollen nix arbeiten, nur stehlen gehen. Gehen drei oder fünf Männer, junge Männer und immer stehlen. Eine Woche früher, Samstag, voriger Samstag. Ich gehe Kanal, ich gehen und schauen was ist 5 Romona (d.h. Roma, Anm.) schlagen polnische Männer... Romi, Zigeuner und stehlen, immer stehlen. Nix arbeiten, bitte ein Euro, bitte zwei Euro und so den ganzen Tag, aber nix wollen arbeiten. Aber es kommen ja nicht nur Romni. Wollen nicht arbeiten, nicht arbeiten, nur stehlen, net. Und so. Es ist Katastrophe in Österreich jetzt. Wann ich komme ganz ruhig und alle wollen schon arbeiten, net. Auch schwierige Zeit, wollen schon arbeiten Leute, aber der Balkaner oder andere, jetzt nicht wollen“* (112). Dann erklärt er weiter: *„Europäische Union ist schlecht. Polnischer Präsident hat gesagt, Kwasniewski, nein muss man aufpassen mit Romona und Bulgara, muss man aufpassen. Und ein Prozent nur zu wenig zum Vetomachen. Balkaner nix kommt zu EU. Ein Prozent und finito. Balkaner brauchen ein Visum, dann weiter Visum nach Österreich oder so, ganz Europa. Weil jetzt Katastrophe, was ist machen die Balkaner wirklich? Und Proteste in Deutschland, Leute protestieren, Balkaner zurück, geh weg nach Balkan. In Frankreich, in Österreich auch. Nix wollen Leute“* (ebd.). Herr B. fühlt sich durch die neue Welle an MigrantInnen bedroht. Sie könnten ihm ja noch das wenige wegnehmen, dass ihm geblieben ist. Er bemüht eine Menge Vorurteile vor allem Roma gegenüber. Es wird deutlich, dass er stark von der Propaganda der polnischen Regierung beeinflusst wird und deren Argumente wiedergibt: Auch Herr C. (ROM) fühlt sich durch die hohe Zahl an Roma, die nach Österreich kommen, bedroht. Auch er muss sich von den Roma

distanzieren und klarstellen: „Nix alles gut Rumänisch, Zigeuner ist scheiße, für mich nie Rumänisch. Ja, ja Zigeuner ist Scheiße, kommen hier für zappzarapp. (...) haben 2 Kinder, ja, zusammen sechs Jahre Österreicherfrau, nix heiraten, ja sechs Jahre, für mich Österreicher very good. (...) Nix so viel Rumänisch gut, geht nix. Kommen so viele Gefängnis. (...) Ja, Rumänisch so viel Gefängnis. Kommen hier für zappzarapp, Zigeuner. (...) Kommen hier nur für zappzarapp, nix arbeiten. Zwanzig Prozent kommen hier her nur für zappzarapp. (...) Ja. Kommen hier nur für zappzarapp. Okay Rumänisch oder Ungarisch auch, Slowakisch auch, Zigeuner, kommen hier Slowaken alles zappzarapp, ohne Arbeit die Slowaken“ (18). Auf die Nachfrage, ob die anderen wegen der Arbeit kommen, meint er: „Ja. Nur für Arbeit. Rumänisch gut Arbeiter alles“ (ebd.). Herr P. (ROM), der ebenfalls aus Rumänien stammt, erklärt Folgendes: „Ich kenne eure Staatspräsident, ich kenne eure Premierminister, ich kenne alle Skandale, ich lese Heute (...) Nix alle Rumänen sind so. Ich meine, ich sage dir das nix, dass ich mich in deine Augen stolz fühle oder dass ich dir zeige, wer ich bin, nein, aber ich will dir zeigen, bei uns gibt es auch gutes Leute, nichts wie manchen Leute sagen, Rumänen sind Zigeuner, alle Arschlöcher, alle Kriminelle“ (17). Sowohl Herrn C. als auch Herrn P. sind sehr bestrebt, sich und uns ein anderes Bild von Rumänien zu präsentieren und sich vor allem von denjenigen abzugrenzen, die für dieses schlechte Image, das Rumänien in Europa hat, verantwortlich sind. Auch hier ist klar, dass es die Roma sind: Sie wollen nicht arbeiten, sondern stehlen. Sie sind anders: Sie sind Rumänen, sie sind gebildet, sie wollen arbeiten und als gute Rumänen dastehen. Auch Herr V. (BLG) formuliert sehr scharf: „Es ist schwierig den einen Euro für VinziRast zu bezahlen. Von wo habe ich am Anfang Adressen bekommen? Von amnesty international. Ich glaube die ersten Adressen habe ich von da gekriegt. Von Josi weiß ich von den VinziRast-Bewohnern. Ich habe nicht gewusst, dass es so was wie Tageszentrum gibt, wo die rumänischen Zigeuner zum Beispiel ganz gut leben können (lacht)“ (115). Auf die Frage, ob viele Bulgaren ihre Heimat verlassen, weil die wirtschaftliche Situation so schlecht ist, meint er: „Das kann ich nicht schätzen. Andererseits es ist so, jeder könnte nicht hier leben, das ist total andere Mentalität. Die meisten von meinen Landsleuten, und sie müssen davon ausgehen, dass die meisten Leute, die bulgarische Papiere haben, das sind keine echten Bulgaren, entweder das sind Zigeuner oder bulgarische Moslems, die sich für Türken halten. Also jedenfalls hier in Josi, diejenige, die ich kenne, die meisten davon sind...vielleicht zwei oder drei sind, wirklich wie ich, Bulgaren, der Rest ist keiner. (...) Die Zigeuner, schauen sie mal. Die bulgarischen Zigeuner zum Beispiel behaupten, dass die Staat für sie sorgen soll, die machen so vier, fünf bis sechs Kinder, kassieren Sozi, die Beträge sind winzig, damit kann man nicht viel anfangen, aber, die Zigeuner kriegen das hin, kassieren Sozi, ganzer Tag Diebstähle, so zum Beispiel, diese Leitung für die, es gibt bei uns keine Straßenbahn,

sondern Elektrobusse, da sind die Leitungen aus Kupfer und Kupfer wird so bei fünf Euro das Kilo verkauft, die Leitungen geklaut, sogar die Eisenbahnschienen, das sind so Fachleute. Die vermehren sich wie die Hasen, die wollen so fünf bis sechs Kinder unbedingt, also, zigeunische Familien mit zwei Kinder, so etwas gibt es gar nicht in Bulgarien“ (ebd). Herr V. versucht nicht, seine Abneigung Roma gegenüber zu verbergen. Es ist für ihn selbstverständlich, seine abfällige Meinung über Roma zu äußern, die sich in nichts von der offiziellen Propaganda in Bulgarien unterscheidet. Sein Neid ist offensichtlich, denn die Roma könnten von der Sozialhilfe gut leben – er schaffe das nicht, für ihn sei das zu wenig. Es ist natürlich auffallend, dass die Interviewpartner, die aus Rumänien und Bulgarien sind, besonders offen feindselig über Roma sprechen. Diese beiden Länder besitzen den höchsten Anteil an Roma in Europa und in beiden Ländern ist es immer wieder zu staatlich gebilligter Gewalt Roma gegenüber gekommen. In Rumänien und Bulgarien nehmen ihnen die Roma den Platz weg, bekommen Unterstützung vom Staat, aber auch in Österreich müssen sie sich mit den Roma die wenige Unterstützung teilen. Auch hier haben sie Angst, dass sie von den Roma verdrängt werden. Priester (2003: 291) definiert Rassismus „als Versuch einer Ablenkung von Klassenkonflikten“. Die anhaltende Wirtschaftskrise und die Verarmung großer Bevölkerungsgruppen führen zu zunehmenden Ängsten aber auch Aggressionen der verarmten Schichten und der Mittelschichten, die immer tiefer abzugleiten drohen: „Seine sozialen Träger und Anhänger findet der Rassismus mehrheitlich in jenen Schichten, die sich von den Folgen des gesellschaftlichen Wandels, von Modernisierung, Demokratisierung, von Kosmopolitismus und Transnationalität bedroht fühlen“ (ebd.). Dieser Rassismus findet sich bei den Interviewpartnern wieder. Sie sind die Verlierer der Modernisierung und Demokratisierung ihrer Heimatländer, bereitwillig übernehmen sie das Feindbild Roma, die nun für ihre Situation verantwortlich gemacht werden.

Auch einige Roma nahmen zur Situation in Österreich Stellung. Diese Interviews unterscheiden sich von den oben zitierten. Die Konflikte mit anderen Nationalitäten stehen nicht im Vordergrund wie bei den Nicht-Roma. Herr N., ein Roma aus Bulgarien, meint, auf die Frage, ob er Kontakt zu ÖsterreicherInnen habe: „Nein, keine Kontakte. Ich habe die Menschen hier als sehr gefühlkalt erlebt. Ich wollte eine Zigarette haben, sie wollten mir aber keine geben. Ich habe fremde Leute auf der Straße gefragt, niemand wollte mir was geben“ (I18). Herr G., ein Roma aus der Slowakei, ist ÖsterreicherInnen gegenüber überaus positiv eingestellt. Voller Stolz erwähnt er, dass er in Wien auch Kontakt zu Nicht-Roma habe. Er habe hier Bekannte, die er in diversen Einrichtungen wie der Caritas kennen gelernt hat. In der Slowakei hat er zu Nicht-Roma (Gaze) keinen Kontakt. Hier würde er seine Bekannten ab und zu auf der Straße treffen. Er lobt die österreichische

Bevölkerung sehr und erklärt, dass hierzulande kein Rassismus, keine Diskriminierung oder Stigmatisierung Roma gegenüber herrsche. Er sei mit dieser Bevölkerung sehr zufrieden, auch was Unterstützung und Hilfe anbelangt. Bei Bedarf würde er immer unterstützt werden, Zigaretten oder Kontakte erhalten. Seiner Meinung ist die Mehrheit der ÖsterreicherInnen sehr großzügig. Immer wieder erwähnt er während des Interviews, wie stark der Rassismus in der Slowakei den Roma gegenüber sei (vgl. I17). Auch Frau B. (HUN), eine Romni aus Ungarn meint, dass sie in Österreich diesbezüglich keine Probleme habe. Sie ist eine Romni aus Ungarn und in Ungarn bekomme sie deshalb keine Arbeit, obwohl sie hart arbeiten würde (vgl. I2).

Vor allem Roma fühlen sich in Österreich offenbar gut aufgehoben. Im Gegensatz zu ihren Heimatländern müssen sie hier nicht Angst vor Verfolgung, Übergriffen und Ausgrenzung haben.

Nicht nur in den jeweiligen Heimatländern der NutzerInnen des Tageszentrum ist der Rassismus Roma gegenüber ein Problem. Auch im Tageszentrum sind Rassismus, Antiziganismus und Vorurteile ein Thema. Immer wieder kommt es auf Grund von rassistischen Äußerungen zu Konflikten und Auseinandersetzungen. Das Zusammenleben vieler unterschiedlicher Menschen, die ohne Perspektive leben und deren Situation so prekär ist, ist schwierig und verlangt den Menschen sehr viel ab. Es werden Gruppen gebildet, deren bestimmender Faktor oft die Nationalität ist. Jede Nation bleibt gerne unter sich und versucht sich abzugrenzen, vor allem aber versucht man sich, Roma gegenüber abzugrenzen. Es fallen negative Kommentare, es kommt zu Abwertungen, Pauschalverurteilungen und Ausgrenzung. Aus diesem Grund sind die Themen Antiziganismus und seine Entwicklung wichtige Aspekte der Untersuchung.

5.3. Antiziganismus

VertreterInnen von Roma- und Sintiorganisationen bevorzugen den Begriff Antiziganismus, da er vom Denken der Mehrheitsbevölkerung ausgeht und keine Unterscheidung zwischen Roma, Sinti und anderen Gruppen kennt. Sie lehnen den Begriff Rassismus gegen Roma und Sinti ab, da dieser Begriff zu kurz greift. Rassistisch motivierte Handlungen gegen Roma werden seit Jahrhunderten mit denselben Argumenten entschuldigt oder gerechtfertigt. Vorurteile wurden und werden zu Charaktereigenschaften umgewandelt, deren Entstehung genetisch erklärt wird. Kriminelle Handlungen, Scheu vor der Arbeit und Verlogenheit wurden so zu Charaktereigenschaften der Roma erklärt, sie lägen den Roma quasi im Blut. Dieser genetische

Rassismus hat noch heute seine Auswirkungen und dient als Grundlage für Verfolgung und Diskriminierung von Roma in der Mehrzahl ihrer Heimatländer.

Der Begriff Antiziganismus hat sich im Gegensatz zum Begriff Antisemitismus noch nicht als allgemein bekannter und anerkannter Begriff durchgesetzt. Er ist der Mehrheit der Bevölkerung unbekannt – so unbekannt wie auch die Menschen, die damit gekennzeichnet werden und noch immer als „ZigeunerInnen“ ihren Platz am Rande der Gesellschaft einnehmen. Sie, die „ZigeunerInnen“, interessieren nicht und werden, wenn überhaupt, meist nur mit negativen Attributen versehen, wahrgenommen. Diese Abneigung hat tiefe historische Wurzeln und ist „tief ins kulturelle Gedächtnis der europäischen Gesellschaften geschrieben“ (End 2011: 15). Der Begriff Antiziganismus ist erst in den 1980er Jahren entstanden und beinhaltet laut End „sowohl die Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen ‚Zigeunern‘ machen, als auch die Stigmatisierung von Menschen zu ‚Zigeunern‘ und die darauffolgende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung“ (ebd.: 16).

Die Bezeichnung „ZigeunerIn“ wird von den Betroffenen als Beleidigung und Abwertung empfunden. Sie selbst nennen sich Roma und Sinti, Jenische oder Irish Travellers und werden durch die Bezeichnung „ZigeunerInnen“ stigmatisiert. Der Antiziganismus ist „aus kulturell vermittelten Bildern, Stereotypen und Sinngehalten [entstanden], aus ‚Wissen‘ also, das Jahrhunderte alt ist und in immer wieder neuem Variationen tradiert wird. Mit den realen Menschen, die vom Antiziganismus betroffen sind, hat diese Vorurteilsstruktur kaum etwas gemein“ (End 2011: 16).

Die Vorurteile, die über Roma, Sinti herrschen, führen aber zu Reaktionen der jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen – wie zum Beispiel zu Brandanschlägen in Deutschland gegen Roma, Bombenattentaten in Burgenland oder zur häufigen Praxis, Kinder mit Sinti-Hintergrund in Förderschulen zu stecken (vgl. Mihok/Widmann 2006). Viele dieser Vorurteile stammen aus verschiedenen historischen und politischen Zeiten und entbehren jeglicher Grundlage, wie zum Beispiel das Gerücht, dass „ZigeunerInnen“ Kinder stehlen würden.

Aber es existieren auch positive Vorurteile, die vor allem in der Zeit der Romantik entstanden sind und ein Bild vom „lustigen Zigeunerleben“ zeichnen. So werden Themen aus dem Leben der „ZigeunerInnen“ in die Volkskultur aufgenommen. Eines der bekanntesten deutschen Volkslieder schildert das „Zigeunerleben“ sehr positiv als das freie ungebundene Leben und als die Unabhängigkeit von Autoritäten: Man muss keine Steuer zahlen, man jagt, wenn man will, schläft wo man will, ist niemandem Rechenschaft schuldig und braucht Gesetze und Moralvorstellungen

nicht einzuhalten.³⁵ Auch in der klassischen Musik findet sich die Darstellung vom Leben der ZigeunerInnen. In „Carmen“ werden Liebe, Leid und auch die Musik der „ZigeunerInnen“, der Flamenco, dargestellt. Hier ist es die Sinnlichkeit, die Erotik und Sexualität einer „Zigeunerin“, der ein Spanier verfällt. Ein Vorurteil, das sich immer wieder „ZigeunerInnen“ gegenüber findet, ist der Hinweis auf die wilde, ungezügelte Sexualität, die eine Gefahr für bürgerliche Werte, Ehen und Ehre darstellt. Aber sowohl die positiven als auch die negativen Vorurteile gehen von derselben Annahme aus, wonach ZigeunerInnen außerhalb der Gesellschaft leben, nicht arbeiten und sich nicht an die geltenden Moralvorstellungen und Gesetze halten. In der Zeit der Romantik wurden sie als „outlaws“ verklärt dargestellt. In allen anderen Epochen überwiegen die negativen Vorstellungen gegenüber den ZigeunerInnen.

Schon im Jahre 1498 finden sich in Deutschland erste Hinweise und Beschlüsse des Freiburger Reichstages, die „Zigeiner“ des Landes zu verweisen und Angriffe auf sie straffrei zu machen, da sie für das osmanische Reich spionieren würden. 1550 schreibt Sebastian Münster in seinem Werk „Cosmographie“ einen eigenen Abschnitt über die „Züginer“, der eine Vielzahl an Vorurteilen beinhaltet: Sie ziehen herum, haben kein eigenes Vaterland, haben keine Religion, leben promiskuitiv, stehlen, die Frauen verdingen sich als Wahrsagerinnen, sind Taschendiebe etc. (vgl. End 2011: 17).

Viele dieser Vorurteile finden sich später in den Texten von NS-Politikern wieder. Die Ähnlichkeiten zwischen den Vorurteilen Münsters und diverser Hetzschriften von NS-Politikern und Ideologen sind frappierend. Ein besonderes Beispiel stellt dabei die Denkschrift des burgenländischen Landeshauptmannes Tobias Portschy³⁶ dar, der 1938 seine Schrift: „Die Zigeunerfrage. Willst du, Deutscher Totengräber des nordischen Blutes im Burgenland werden, so übersehe nur die Gefahr, die ihm die Zigeuner sind.“ Portschy schreibt darin, dass „Gutes und Böses (...), Deutschtum und Zigeunertum einmal miteinander nicht zu versöhnen [sind], sondern dauernd im Widerstreit“ (Portschy: 37 zit. nach End: 2011: 27) stehen. „Zigeunertum“ und Deutschtum sind Wesensheiten, die durch Abstammung weitergegeben werden. Hier rückt vor allem der Gedanke, dass eine Verbindung zu diesem Volk das deutsche Volk negativ beeinflussen könnte bzw. negativ verändern könnte, in den Vordergrund: Die arische Rasse könnte dadurch geschädigt werden. Dies ist überhaupt laut Portschy eine Besonderheit des

³⁵ „Lustig ist das Zigeunerleben, Faria, faria, fum. Brauchen dem Kaiser kein Zins zu geben, Faria, faria, fum. Lustig ist's im grünen Wald wo des Zigeuners Aufenthalt Faria, faria, faria, faria Faria, faria, fum. Auf dem Stroh und auf dem Heu da machen wir uns ein großes Feu'r blinz uns nit als wie die Sonn' so leben wir in Freud' und Wonn'. Sollt uns einmal der Hunger plagen, Tun wir uns ein Hirschlein (*auch: Wild*) jagen: Hirschlein nimm dich wohl in Acht, Wenn des Jägers (*auch: Zigeuners*) Büchse kracht.“. In: <http://www.volksliederarchiv.de/text553.html>, 15.01.2013

³⁶ Portschy war von 1935 bis 1938 Landeshauptmann und illegaler Gauleiter von Burgenland, nach dem Anschluss wurde er stellvertretender Gauleiter der Steiermark. (vgl. Freund o.J.)

„Zigeunertums“, dass sich durch Vermischung negative Erbanlagen auf die reine Rasse übertragen. Kommt es zu Mischehen zwischen ZigeunerInnen und BäuerInnen dann würden sich „Verbrecher und Verbrecher“ (Portschy zit. nach End: 2011: 19) vereinen.

Die nationalsozialistische Propaganda und Rassentheorie betonen ähnliche Aspekte, wie schon Sebastian Münster. Die Tatsache, dass „ZigeunerInnen“ eine nomadische Lebensweise haben, wird als besonders negativ dargestellt. Sie haben keine Heimat und deshalb auch keine Identität. Sie leben kurze Zeit an einem Ort, ziehen herum und produzieren im Gegensatz zu den Bauern nichts, sondern leben als Parasiten, Schmarotzer. „Der Zigeuner ist ein reiner Schmarotzer; er sehnt sich nicht nach dem Besitz von Grund und Boden, um ihn dauernd durch seine Arbeit zu kultivieren, wie überhaupt sich durch seiner Hände Arbeit sein Brot zu verdienen. Er wandert bettelnd und spielend von Dorf zu Dorf, stiehlt dabei für das ihn Nötige auf den Feldern.“ (ebd.) „ZigeunerInnen“ haben deshalb auch keine Disziplin. Portschy unterstellt ihnen „Maßlosigkeit beim Genusse von Alkoholien und narkotische Verkommenheit“, „Raufereien“ und „ständige Lust zum Bruderkriege“ (ebd.). Sie sind sehr freizügig, sexuell amoralisch, betreiben Inzuchtehen, haben wilde Ehen, sind geschlechtlich frühreif und gehen der Prostitution nach. Vor allem die Zigeunerinnen gelten als sexuell besonders attraktiv, verführerisch und erotisch (so wie Carmen): Vor dieser Verführung muss die Mehrheitsgesellschaft gewarnt und geschützt werden.

Sowohl Münster als auch Portschy betonen die Bedeutung der Frauen bei der Erhaltung der Familien, sie wird als die Ernährerin der Familie beschrieben. Portschy schreibt: „Die Weiber rücken dann zu zweien oder dreien gruppiert mit ihren Milchkanen, Taschen und Körben in der Hand in das Dorf und ziehen bettelnd von Haus zu Haus. (...) Beladen mit ihrer Beute kehren sie zu den Ihren zurück“ (ebd.: 20). Der Mann ist nicht im Stande seine Familie zu ernähren. Dies steht im Widerspruch zum deutschen Mann, der für seine Familie verantwortlich ist.

Durch den Nationalsozialismus wurden diese Vorurteile über ganz Europa weiterverbreitet. Sie waren ein wichtiger Teil der Propaganda und wurden nicht hinterfragt. Die Propaganda und die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten haben das Bild der Roma in Europa nachhaltig geprägt und prägen es noch heute. Es sind diese alten Vorurteile, die das Leben der Roma noch immer bestimmen. Waren und sind sie doch seit Jahrhunderten immer wieder auf der Suche nach neuen Plätzen, wo sie in relativer Ruhe leben können. Die Wanderschaft der Roma und Sinti geht auch heute noch weiter.

5.4. Roma und die EU

Wie viele Roma in der EU leben ist nicht bekannt und kann nur geschätzt werden. Die demographischen Daten aus den jeweiligen Ländern sind nicht exakt und vor allem sehr niedrig. Viele Roma wollen bei offiziellen Zählungen nicht als Roma registriert werden, um möglichen Diskriminierungen und Benachteiligungen zu entgehen. Und es ist auch nicht im Interesse der Heimatländer eine hohe Anzahl an Roma offiziell auszuweisen. Der Bevölkerungsanteil der Roma beträgt in den nordischen Ländern (Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark), baltischen Ländern, Beneluxländern, Deutschland, Polen, Großbritannien, Irland und Italien an die 0,3 Prozent; in Österreich, Frankreich, Slowenien an die 0,6 Prozent. In Kroatien sind ungefähr ein Prozent der Bevölkerung Roma, während ihr Anteil in Spanien, Tschechien, Bosnien und Herzegowina und Griechenland bis zu drei Prozent ansteigt. In Makedonien stellen die Roma bis zu 5 Prozent der Bevölkerung, während sich dieser Anteil in Serbien und Ungarn auf bis zu 9 Prozent erhöht. In der Slowakei, Bulgarien, Rumänien beträgt der Bevölkerungsanteil der Roma über 9 Prozent. Diese Schätzungen stammen vom Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung (vgl. Grienig 2010).

Seit den 1970er Jahren beschäftigt sich der Europarat mit der Lage der Roma. 1990 wurde eine erste Expertenkommission zur Lage der Roma eingesetzt, die jetzt von 14 Mitgliedsstaaten, aber auch von Roma-NGOs beschickt wird.

1990 wurde die Lage der Roma das erste Mal in einem internationalen Dokument erwähnt. Im KSZE-Abschlussbericht wurde den Roma ein eigener Abschnitt gewidmet. Seit diesem Zeitpunkt ist das Thema Roma ständiger Tagesordnungspunkt bei den Human Dimension Conferences der KSZE und der später gegründeten OSZE (vgl. Heuss 2011: 22). Im Jahre 1994 wurde in der Organisation for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) eine eigene Sektion, der Contact Point on Roma and Sinti Issues (CPRSI) eingerichtet, der innerhalb der OSZE-Region für alle politischen Bereiche, die Roma und Sinti betreffen, zuständig ist und aktiv wird (vgl. ebd.).

1993 hat die parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Empfehlung 1203 die „Roma, Sinti und Fahrende“ als „true European Minority“ anerkannt und diesen einen besonderen Platz innerhalb der europäischen Minderheiten zugestanden (vgl. Kopf 2009: 9). Dabei ist eine Tatsache zu bedenken: „Innerhalb der EU leben knapp 6,2 Millionen Roma, in Europa über elf Millionen; sie bilden damit eine der größten Minderheiten, Roma sind aber gerade keine europäische Minderheit – wie es oft auch wohlmeinend gesagt wird –, sondern sie sind zu allererst nationale Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern“ (Heuss 2011: 23).

2001 bis 2003 stellte die EU im Rahmen der PHARE-Programme 77 Millionen Euro für Roma-Programme zu Verfügung (vgl. Cöster/Pfister 2005: 114). Doch dieses Programm hatte nur geringen Einfluss auf die Roma. Es kam zu keiner signifikanten Verbesserung der Situation. Nach der EU-Erweiterung konnten die Staaten im Rahmen des EQUAL-Programmes um Projekte für Roma ansuchen. Die Ziele dieser Programmlinien sind vor allem der Abbau von Ungleichheiten und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, Chancengleichheit für Männer und Frauen sowie bessere Bildungsmöglichkeiten (vgl. ebd.: 114). Doch auch hier blieben signifikante Erfolge aus.

Die EU hat sich in der Folge immer wieder mit der Situation und den Lebensbedingungen der Roma, vor allem aber mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Integration beschäftigt. In den Mitteilungen der EU-Kommission zur sozialen und wirtschaftlichen Integration der Roma aus dem Jahr 2010 wird die Situation der Roma folgendermaßen beschrieben: „Noch lebt ein großer Teil der zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten extrem marginalisiert und unter sehr schlechten sozioökonomischen Bedingungen. Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Segregation, denen die Roma ausgesetzt sind, verstärken sich gegenseitig. Die Roma verfügen über eingeschränkten Zugang zu hochwertiger Bildung und haben Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren; daraus resultieren ein niedriges Einkommensniveau und ein schlechter Gesundheitszustand, was wiederum eine höhere Sterblichkeit und eine geringere Lebenserwartung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen zur Folge hat. Die Ausgrenzung der Roma ist nicht nur mit großem menschlichen Leid, sondern auch mit hohen direkten Kosten für die öffentlichen Haushalte sowie mit indirekten Kosten durch Produktivitätsverluste verbunden“ (KOM 2010a). In diesem Bericht fordert die Kommission eine nachhaltige, integrative Lösung, die alle Lebensbereiche der Roma abdeckt: Bildung, Arbeitsmarkt, Maßnahmen gegen Segregation am Wohnungsmarkt, Gesundheit etc. (vgl. ebd.).

In diesem Bericht werden auch schon erzielte Fortschritte in der Roma-Politik aufgezählt. EU-Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung wurden durchgesetzt und weiterentwickelt, in die Agentur für Grundrechte wurde eine spezifische Roma-Perspektive aufgenommen und eine Plattform für die Einbeziehung der Roma wurde geschaffen. Als Herausforderungen wurden die bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen AkteurlInnen (Roma und Nicht-Roma), die Umsetzung auf lokaler Ebene durch Projekte, Strategien und Programme sowie vor allem der Ausbau der Kapazitäten der lokalen Verantwortung, d.h. der Roma selbst, benannt (vgl. ebd.).

2011 wurden von der europäischen Kommission die National Roma Integration Strategies als erster Schritt zur Implementierung des „EU Framework for national Roma Integration Strategies up to 2020“ erlassen, mit dem Ziel, das Leben in der EU für die Roma nachhaltig zu verändern.

Die einzelnen Staaten wurden aufgefordert, bis zum Jahresende 2011 ihre eigenen Strategien, Programme und Projekte vorzulegen und kritisch zu analysieren. Im Zentrum der nationalen Strategien stehen die Bereiche Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen. Die Ziele der vier Kernbereiche werden folgendermaßen definiert:

Im Bereich Bildung soll erreicht werden, dass alle Roma-Kinder zumindest die Grundschule abschließen. Im Bereich Beschäftigung gilt als Ziel, die Beschäftigungsquote der Roma an die Beschäftigungsquote der übrigen Bevölkerung anzunähern. Auf dem Gesundheitssektor soll die Gesundheitssituation der Roma der Gesundheitssituation der Gesamtbevölkerung angeglichen werden: So soll zum Beispiel die Kindersterblichkeit verringert werden. Im Bereich Wohnen bzw. Wohnraum wird das Ziel formuliert, dass der Anteil der Roma mit Zugang zu einem entsprechenden Wohnraum und zu den öffentlichen Versorgungsnetzen wie Wasser und Strom dem entsprechenden Anteil der Gesamtbevölkerung angeglichen wird (vgl. KOM 2011a: 5ff). Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, die lokalen und regionalen Roma-Autoritäten und der lokalen Gesellschaften bei der Ausarbeitung der Maßnahmen und Strategien miteinzubeziehen. Die Mitarbeit der regionalen und lokalen Autoritäten bei der Implementierung der Projekte muss geplant sein. Auch die Mitarbeit der Roma-Bevölkerung und der regionalen Bevölkerung muss eingeplant werden (vgl. ebd.: 13). Die Mitgliedsstaaten werden auch aufgefordert, ihre Projekte für die Entwicklung des ländlichen Raumes, die mit Mitteln des Strukturfonds und des Europäischen Landwirtschaftsfonds kofinanziert werden, dahingehend zu evaluieren und zu ändern, dass darin auch spezifische Roma-Projekte besser integriert und unterstützt werden können.

Die Europäische Kommission plant die Einführung eines Monitoringmechanismus zur Messung der erzielten Ergebnisse. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte wird mit anderen Organisationen Daten zur aktuellen Lage der Roma sammeln. Die Mitgliederstaaten müssen Kontaktstellen benennen, die die Umsetzung der nationalen Pläne überwachen, begleiten und Berichte an die Europäische Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration liefern (vgl. KOM 2011b). Diese nationalen Strategiepläne werden von den NGOs, die sich mit Menschenrechten und der sozialen Situation der Roma und Sinti beschäftigen, als großer Erfolg ihrer eigenen jahrelangen Bemühungen gewertet.

Doch obwohl es von Seiten der EU viele Bemühungen gab und gibt, die Lebensbedingungen der Roma in Europa zu verbessern, sieht die Realität der Betroffenen anders aus. Die Kritik an den getroffenen Maßnahmen von Seiten von NGOs und RomavertreterInnen ist groß, scheinen doch die durchgeführten Programme und Projekte dazu geführt zu haben, dass es den verschiedenen

Roma-Gruppen vor allem im ost- und südeuropäischen Raum seit der Implementierung diverser Hilfsprogramme schlechter, statt besser geht. Die Situation der Roma hat sich nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Süd- und Osteuropa verschlechtert. Die schon erwähnten, von der EU geforderten, Minderheitenrechte wurden meist nur „pro forma in den verschiedenen Staaten ins Rechtssystem aufgenommen, de facto aber nicht umgesetzt“ (Heuss 2011: 22). Im Zuge der letzten EU-Erweiterungen wurden der Schutz von Minderheiten und die ausdrücklich erwähnte Situation der Roma im Laufe der Beitrittsverhandlungen zu einem Beitrittskriterium. Dennoch hatte das offensichtliche Scheitern einiger Beitrittskandidaten bei einer Lösung oder besser gesagt Verbesserung der Integration der Roma in ihren jeweiligen Nationalstaaten keinerlei Auswirkungen auf Aufnahme in die EU, welche doch erfolgte. Papier ist bekanntlich geduldig, denn die Realität sieht in den einzelnen Staaten noch immer anders aus: „Es besteht die paradoxe Situation, dass einerseits in den meisten neuen Mitgliedsstaaten ein formal weitaus besserer Schutz vor Diskriminierung besteht als in einigen der alten EU-Staaten und gleichzeitig Roma in den neuen Mitgliedsstaaten massiver Diskriminierung und gewaltbereitem Rassismus ausgesetzt sind“ (ebd.). Auch dies ist ein Paradoxon der Roma-Politik der EU: manche Beitrittsländer erfüllen höhere Standards in Bezug auf Minderheitenrechte als die alten EU-Staaten.

Ein weiteres Paradoxon ist der Umgang mit den Roma in einigen Gründerstaaten der EU. Frankreich war das erste Land in der EU, das unter der bürgerlichen Regierung Sarkozy damit begann, eingewanderte Roma auszuweisen. Auch unter der sozialdemokratischen Regierung Holland hat sich an der Vertreibungs- und Abschiebungspraxis in Frankreich nichts geändert. So wurden im Sommer 2012 mehrere Roma-Lager in Italien und Frankreich zerstört. In Frankreich wurden mehr als 2.000 Roma aus Rumänien und Bulgarien aus den Lagern verjagt und einige von ihnen abgeschoben. Die Vereinten Nationen haben die Massenausweisungen der Roma durch Frankreich verurteilt, da sie gegen internationales Recht verstoßen. Die Europäische Kommission hat Frankreich im Sommer 2012 deshalb unter Beobachtung gestellt. Aber es wurden keine Sanktionen verhängt. Andere Mitgliedsstaaten, die dieselbe Politik betrieben, wurden nicht einmal ermahnt (vgl. AEDH 2012). In Rom und Mailand wurden die Roma aus dem Balkan und aus Osteuropa sich selbst überlassen und landeten auf der Straße, da die Regierung ihnen keine Ersatzquartiere anbot. In Griechenland wurden 400 Roma nach Albanien abgeschoben. In Serbien wurden 250 Roma-Familien aus ihrem Lager in Belvil in Belgrad vertrieben. Auch Deutschland betreibt eine Politik der Abschiebung (vgl. ebd.). Die Europäische Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte (AEDH) schreibt in ihrer Aussendung

weiter: „Die AEDH bedauert, dass die europäischen Mittel zur Verbesserung der Situation der Roma von den nationalen Regierungen kaum abgerufen werden. Sie beklagt auch die mangelnde Zusammenarbeit der nationalen Regierungen, um der Situation entgegenzuwirken, wie es die Anfrage der französischen Regierung an die rumänischen beziehungsweise bulgarischen Behörden zeigt: Statt die Roma, die nach Frankreich kommen, würdig zu behandeln, verlangt Frankreich, dass Rumänien und Bulgarien Lösungen suchen, um die Situation der Roma zu verbessern, damit diese nicht nach Frankreich auswandern“ (ebd.).

In der Folge wird auf die Situation der Roma in einigen ost- und südeuropäischen Ländern näher eingegangen.

5.4.1. Bulgarien

In Bulgarien leben laut dem letzten Zensus 392.000 Roma (bei einer Gesamtbevölkerung von 8 Millionen Menschen), andere Zählungen schätzen, dass es bis zu 700.000 Roma gibt. Viele Roma wollen nicht als Roma öffentlich wahrgenommen werden, sie rechnen sich zu den Türken und bezeichnen sich selbst nicht als Roma, da dieser Begriff für sie nur die Kalderash³⁷ benennt (vgl. Danova-Russinova 2001: 290).

Zu Zeiten des Sozialismus wurden in den Städten die sogenannten Mahala (Roma-Viertel) gebaut. Hier wurden Schulen gebaut, um den Analphabetismus zu bekämpfen, was auch gelang. In den 1980er Jahren stieg die Alphabetisierungsrate auf 90 Prozent; in den 1940er Jahren betrug sie weniger als 5 Prozent. In den 1960er Jahren wurde ein spezielles Curriculum für Roma mit dem Schwerpunkt auf berufliche Fähigkeiten eingeführt: „Roma sollten in das sozialistische Proletariat integriert werden“ (Heuss 2011: 24). Es wurde ihnen untersagt, in ihrer Muttersprache in der Öffentlichkeit zu sprechen und Publikationen in Romanes zu erstellen. Bis in die 1950er Jahre konnten eigene Organisationen, Bildungseinrichtungen und kulturelle Vereinigungen gegründet werden, doch änderte sich diese liberale Epoche mit dem Beginn einer rigorosen Assimilierungspolitik: Sämtliche Organisationen wurden 1956 geschlossen. Im Jahre 1958 wurde ein Dekret erlassen, dass alle nomadisierenden Roma dazu zwang, sesshaft zu werden. Weiters wurde sie gezwungen, nur mehr slawische Namen zu tragen, um endgültig in der bulgarischen

³⁷ „The Kalderash (also spelled Kalderaš) are a subgroup of the Romani people, from the Roma meta-group. They were traditionally smiths and metal workers and speak a number of Romani dialects grouped together under the term Kalderash Romani, a subgroup of Vlax Romani.“ In: <http://en.wikipedia.org/wiki/Kalderash>, 15.01.2013

Nation aufzugehen. 1984 und 1985 kam es zu einer landesweiten Kampagne zur Änderung nicht-slawischer Namen.

Nach dem Ende des Kommunismus wurden den Roma ihre alten Rechte wiedergegeben. Es gab jedoch eine Ausnahme: 1990 wurde ein Gesetz erlassen, dass die Gründung von politischen Parteien nach ethnischen und religiösen Kriterien untersagte. Damit wurde die Registrierung einer Romapartei verhindert. Laut der Verfassung sind alle BürgerInnen in Bulgarien gleich, dennoch werden die Roma in vielen Belangen diskriminiert. Sie werden auf Grund großer gesellschaftlicher Ressentiments von der Mehrheitsbevölkerung in ihrer Sicherheit bedroht und zum Ziel von Gewalttaten. Dies geschieht sowohl von offizieller Seite als auch von nichtstaatlichen Vertretern, aber sehr oft mit offizieller Billigung. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert und in der Gesundheitsfürsorge, der Wohnraumvergabe, im Rechts- sowie vor allem im Bildungswesen benachteiligt. Die Schulen sind schlecht ausgestattet, die LehrerInnen schlecht qualifiziert und die AnalphabetInnen-Rate steigt wieder an. In letzter Zeit haben viele Roma Häuser auf dem Land erworben. Die Kinder besuchen Landschulen, wobei der Anteil der Roma-Kinder häufig bei 100 Prozent liegt. Laut Erziehungsministerium gehen 70 Prozent der Roma-Kinder auf solche Schulen. Es gilt als Strafe für LehrerInnen dort zu unterrichten. Die Schulpflicht wird nicht mehr überwacht, da der Schulbesuch mit Kosten und Aufwand verbunden ist. Neben diesen Segregationsschulen kommt es häufig vor, dass Roma-Kinder in Schulen für geistig oder körperlich Behinderte eingeschult werden oder in spezielle Klassen für Lernbehinderte kommen. So entstehen oft reine Roma-Klassen innerhalb der regulären Schulen. Desegregation bedeutet, dass diese integrierten Schulen meist weit entfernt von den Roma-Vierteln sind. Der Anteil an Roma-Kindern soll höchstens 30 Prozent betragen: Die Begründung dafür liegt immer darin, dass mehr Roma-Kinder eine Verschlechterung des Schulklimas und des Arbeitsklimas bedeuten würden. Diese Schulen stellen aber einen Beweis für den Willen der bulgarischen Regierung dar, ihre Roma in die Gesellschaft integrieren zu wollen. Interessant ist jedenfalls, dass die Mittel, die die europäische Union für die Verbesserung der Schulsituation in Bulgarien zur Verfügung stellt von der Regierung so ausgeschrieben wurden, dass sich nur Schulen, die nicht in der Nähe von Roma-Dörfern oder größeren Roma-Ansiedlungen liegen, um diese Förderungen ansuchen können. Roma-Schulen oder Schulen mit einem hohen Roma-Anteil bleiben davon ausgeschlossen (vgl. Heuss 2011: 25).

Ein schwerwiegendes Problem für die Roma-Bevölkerung in Bulgarien stellt der manifeste Antiziganismus dar. Für den Großteil der bulgarischen Bevölkerung sind die Roma kriminell, minderwertig und stehen der Entwicklung des Landes im Wege: „Die Medien hegen und fördern

diese Einstellungen maßgeblich. Wo immer es um Roma ging, kannten die Medien bis zum Ende der neunziger Jahre nichts anderes als Hetzsprache. Rassistische Sprache und ein entmenschlichendes Bild der Roma waren besonders in der Presse verbreitet“ (Danova-Russinova 2001: 290). Die Situation hat sich zwar gebessert, dennoch sind die Roma noch immer Ziel rassistischer Angriffe, wie z.B. Hetzjagden mit dem Ziel, sie aus den Dörfern zu vertreiben, polizeiliche Übergriffe oder Zerstörung ihrer zumeist illegal errichteten Siedlungen. 2012 wurde Bulgarien deshalb vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt, da sie den BewohnerInnen keine alternative angemessene Unterkunft angeboten hatten. Ein weiteres Problem stellt die hohe Arbeitslosenrate unter den Roma dar. Nach dem Ende des Kommunismus waren 80 bis 90 Prozent der Roma arbeitslos. Sie waren oft die Ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren. Auf Grund der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage in Bulgarien ist das Problem der Arbeitslosigkeit noch immer das Problem der Roma. Damit in Verbindung stehen Probleme in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Versicherungen und Wohnen. Aus den alten Mahalas sind Ghettos geworden. Auch im öffentlichen Leben sind die Roma wenig präsent: Es gibt nur wenige Abgeordnete bzw. PolitikerInnen, die jedoch zu meist von ihren Parteien abhängig sind. Wenn sie politische Positionen innehaben, so besitzen diese meist nur symbolische Funktion.

5.4.2. Ungarn

Über Ungarn wird in den letzten Jahren sehr viel in den Medien berichtet. Seit dem FIDESZ³⁸ die Wahlen gewonnen haben, wird an der Verwandlung Ungarns gearbeitet. Viel wird über das Mediengesetz diskutiert, doch es gibt noch viele andere Bereiche, in denen Orban und seine Partei aktiv werden. Sehr viele Veränderungen betrafen die Roma, die so wie die Roma in Bulgarien in ihrer Sicherheit bedroht wurden und werden. Rassismus und Antiziganismus sind Programm geworden. Seit dem Jahre 2008 kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen von ZivilistInnen auf Roma. Im Zeitraum 2008 bis 2011 wurden dabei sechs Menschen getötet. Diese Gewalttaten wurden nicht näher untersucht und Rassismus bzw. Antiziganismus als Tatmotiv ausgeschlossen. Doch Vorurteile den Roma gegenüber haben eine lange Tradition in der ungarischen Gesellschaft. Untersuchungen im Jahre 2005 haben ergeben, dass „62 Prozent der ungarischen Bevölkerung der Meinung sind, dass der Hang zur Kriminalität den Roma im Blut liegt“ (amnesty 2011). Die Mehrheitsbevölkerung fühlt sich von der Minderheit bedroht und hat

³⁸ „Fidesz – Ungarischer Bürgerbund, kurz Fidesz oder Fidesz-MPSZ [ˈfidesz] (ungarisch *Fidesz – Magyar Polgári Szövetség*) ist eine politische Partei Ungarns mit nationalkonservativer Ausrichtung.“ In. http://de.wikipedia.org/wiki/Fidesz_%E2%80%93_Ungarischer_B%BCrgerbund, 15.01.2013

deshalb auch sämtliche Rechte, um sich – auch präventiv – zu wehren. Bekannt wurden die Vorfälle um das Dorf Gyöngyöspata im März 2011. Der Bürgermeister des Dorfes hatte die Bürgerwehr „Schönere Zukunft“ (Jobbik) um Hilfe gebeten. Mehr als tausend AnhängerInnen von Jobbik marschierten in dem 2.500 Einwohner zählenden Dorf auf, um den „Zigeunerterror“ zu verhindern. Schon in den Wochen davor hatten Bürgerwehr und „Gendarmarie“ in dem Ort Kontrollpunkte errichtet. Obwohl die Roma-Gemeinde an den Innenminister geschrieben und dabei die Bedrohung durch Jobbik erwähnt hatten, schritt die Polizei an diesem Tag nicht ein. Die rechtsradikale uniformierte Gruppe Szebb Jövöert riegelte in der Folge das Roma-Viertel ab und patrouillierte wochenlang durch das Dorf. Der Gruppe wird vorgeworfen, Morddrohungen gegen die Roma ausgestoßen und sie mit Waffen und Hunden bedroht zu haben. Die Roma hatten Angst davor, ihre Häuser zu verlassen und ihre Kinder in die Schule zu schicken. Die Polizei sah bei diesen Vorfällen tatenlos zu. Einige Tage später kam es zu einer Gegendemonstration durch NGOs und Bürgerrechtsbewegungen. Erst jetzt reagierte die Regierung und gab eine Erklärung ab, dass nur die Polizei das Recht hätte, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten (vgl. Orsos 2011: 29).

Aber nicht immer ist Antiziganismus so offensichtlich zu sehen. So wurde zum Beispiel die Schulpflicht für Roma-Kinder bis zum 16. Lebensjahr eingeführt. Die Polizei kann dieses Gesetz mit Gewalt umsetzen. Der Großteil der Roma-Kinder besucht Sonderschulen. Interessant ist folgende Statistik: 1974 waren 26 Prozent der in Sonderschulen unterrichteten Kinder Roma-Kinder, 1985 erhöhte sich der Anteil der Roma-Kinder auf 40 Prozent, 1997 waren schon 68 Prozent Roma-Kinder.³⁹ Als Gründe dafür werden angegeben, dass kulturelle und sprachliche Hindernisse einen Besuch einer Volksschule nicht erlauben würden. Umfragen haben ergeben, dass 94 Prozent der UngarInnen nicht wollen, dass ihre Kinder in der Schule neben einem Roma-Kind sitzen. So wie in Bulgarien zählen auch in Ungarn die Roma zu den großen VerliererInnen der politischen Wende. Die Armut unter den Roma verdoppelte sich im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Kommunismus. Die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch. Die schlechte ökonomische Lage hat die gesellschaftliche Isolation der Roma vorangetrieben, dies zeigt sich vor allem in den Bereichen Wohnen und Bildung. (vgl. Orsos 2011: 29) Angesprochen auf die triste wirtschaftliche Situation der Roma, meinte Premierminister Orban 2002: „Die Roma in Ungarn sollten lieber versuchen, in der Schule was zu lernen und mehr zu arbeiten.“⁴⁰ Sein damaliger Arbeitsminister

³⁹ Vgl. <http://romani.uni-graz.at/rombase/>, 15.01.2013

⁴⁰ Zit. nach: <http://romani.uni-graz.at/rombase/cgi-bin/art.cgi?src=data/hist/current/racism.de.xml>, 15.01.2013

meinte in einem Interview, dass die „ungarische Regierung mehr dafür getan hat, den Roma zu helfen, als die Roma getan haben, sich selbst zu helfen“.⁴¹

5.4.3. Balkanländer

In den letzten Jahren ist eine steigende Anzahl an Einwanderungen aus den Balkanländern, vorwiegend aus Serbien, Mazedonien und dem Kosovo zu beobachten. Durch die steigende Anzahl von Asylanträgen – vor allem serbischer StaatsbürgerInnen, eigentlich Roma – begann eine erregte Diskussion über Asylmissbrauch. In Deutschland wurden jedoch fast alle Asylanträge der Roma aus diesen Ländern angelehnt.

Im **Kosovo** leben an die 40.000 Roma, Ashkali und auch ÄgypterInnen. Ihre Anzahl hat sich stark reduziert. Sie besitzen zwar nach dem Gesetz die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft, dennoch lässt die Umsetzung dieser Rechte einiges offen. Da sie von den AlbanerInnen als ehemalige Verbündete Serbiens im Kosovokrieg angesehen werden, werden sie im Alltag diskriminiert, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und müssen unter desolaten Verhältnissen leben (nur 3.000 der 14.000 zerstörten Wohnungen wurden nach dem Krieg wieder aufgebaut). Die Roma werden verfolgt und von der politischen Beteiligung ausgeschlossen. Viele besitzen nicht einmal einen gültigen Ausweis. Nach Ende des Kosovokrieges nahmen die Kosovo-AlbanerInnen Rache an den Roma, zerstörten 70 von 75 Roma-Dörfern und Stadtviertel, wobei sie mordeten, plünderten, vergewaltigten und die Roma vertrieben. Dies ist ein Grund, warum viele Roma den Kosovo verlassen haben, um in den anderen Balkanstaaten aber auch in Mitteleuropa, z.B. in Deutschland, Zuflucht zu finden.⁴²

In **Mazedonien** sind die Roma als ethnische Minderheit anerkannt. Sie haben das Recht in ihrer Muttersprache an der Grundschule unterrichtet zu werden. Sie besitzen laut Verfassung einen freien Sitz im Parlament. Dennoch leben die Roma in Mazedonien am Rande der Gesellschaft. Es gibt keine Integrationspolitik und laut einem Bericht der EU-Kommission wird Mazedonien sogar eine negative Entwicklung in der Bekämpfung der Diskriminierung der Roma bestätigt (vgl. Elmazi 2011: 32).

Bei der letzten Volkszählung 2002 wurden in **Serbien** 108.000 Roma gezählt. Die tatsächliche Anzahl dürfte jedoch zwischen 600.000 bis 800.000 Roma liegen. Die Roma sind sehr jung: Der

⁴¹ Ebd.

⁴² Vgl. Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker: Deutschland muss Entgiftung der Roma-Flüchtlinge aus dem Lager „Osterode“ gewährleisten, 14.12.2012. Online: <http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=3333>, 15.01.2013; Neue Zwangsabschiebung in das Kosovo ist Rückfall in die schlimmste Zeit der NS-Zigeuner-Verfolgung! 03.02.2012. Online: <http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=3014&stayInsideTree=1>, 15.01.2013.

Anteil der unter 25-Jährigen liegt bei 50 Prozent. Der Anteil der über 60-Jährigen liegt nur bei sechs Prozent. Die Situation der Roma in Serbien ist sehr angespannt. Sie sind zwar als nationale Minderheit anerkannt, leiden jedoch unter behördlicher Diskriminierung und rassistischen Übergriffen. Ihre soziale und wirtschaftliche Lage ist extrem schlecht. Im Jahre 2002 lebten 63 Prozent der Roma unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenrate bei den 15 bis 24-Jährigen betrug 68 Prozent, bei den 25 bis 54-Jährigen 36 Prozent, bei den über 55-Jährigen 57 Prozent. Sie sind fast ausschließlich in unqualifizierten Berufen tätig. Laut einer Studie aus dem Jahre 2006 erzielten nur 15 Prozent ein Einkommen über 150 Euro im Monat. 25 Prozent gaben an, nur 30 Euro im Monat zur Verfügung zu haben. 60 Prozent gaben an, im Monat vor der Befragung kein Einkommen erzielt zu haben. Bei der Volkszählung im Jahr 2002 wurden auch Angaben zur Bildungssituation gemacht. 62 Prozent der Roma-Kinder beendeten nicht die Grundschule, nur 7,8 Prozent besuchten eine weiterführende Schule. 0,3 Prozent beendeten ein Studium. Als Gründe für die niedrigen Quoten hinsichtlich des Schulbesuchs wurden mangelnde finanzielle Ressourcen oder fehlende Dokumente angegeben, gerade Flüchtlinge aus den Kosovo besitzen keine Dokumente. Es gibt neuere Untersuchungen, die davon ausgehen, dass 50 bis 80 Prozent der Roma-Kinder Sonderschulen besuchen (vgl. Mueller 2009).

Die Roma leben in Ghettos am Rande der großen Städte, die, wie Slums in Lateinamerika oder Afrika, über wenig Infrastruktur und keinen Zugang zu öffentlichen Diensten verfügen. Noch schlechter ist die Situation bei den Kosovoflüchtlingen. Sie leben noch immer in Flüchtlingslagern unter unmenschlichen Bedingungen (vgl. Elmazi 2011: 32).

5.4.4. Polen

Bei der Volkszählung des Jahres 2002 gaben 12.700 Personen an, dass sie Roma seien. Es wird aber davon ausgegangen, dass die aktuelle Anzahl der Roma viel höher ist. Die Schätzungen schwanken zwischen 15.000 bis 60.000 Personen. 93 Prozent der Roma leben in Städten. Es gibt verschiedene Roma-Gruppen. Die Bergitka oder karpathischen Roma waren traditionell sesshaft. Die polnischen Roma, die Kelderari und Lovara, waren früher Nomaden, wurden aber während der Zeit des Kommunismus sesshaft. Sie leben hauptsächlich in Warschau, Poznań, Wrocław, Łódź, Krakau, Mielec und Puławy. Eine Untersuchung im Jahre 2008 ergab, dass 90 Prozent der Roma Romanes als Muttersprache hatten (vgl. UNHCR 2012).

Menschenrechtsorganisationen berichten immer wieder davon, dass Roma in Polen von extremistischen Gruppen bedroht und Opfer von Hassverbrechen werden, die von Mitgliedern

rechtsextremer Gruppierungen oder Skinheads verübt werden. Obwohl es Gesetze gegen Verbrechen mit rassistischem Hintergrund gibt, werden diese Gesetze nur zögerlich angewandt. Es kommt immer wieder zu Übergriffen, zu Drohungen gegen Roma-Familien und zu Konflikten zwischen Roma und Polen, die oft ohne Konsequenzen für die Angreifer bleiben. Die Roma in Polen sind die Gruppe, die am meisten von Diskriminierung bedroht ist. Sie sind aber auch die Gruppe, die im geringsten Ausmaß von der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Polens profitiert.

Untersuchungen haben ergeben, dass 50 Prozent der Polen den Roma negativ gegenüberstehen, nur 20 Prozent fanden Roma sympathisch (vgl. ebd.). Eine Umfrage unter Roma im Jahre 2011 durch die EU Agency for Fundamental Rights (FRA) ergab folgendes Bild: 62 Prozent der Befragten über 16 Jahre gaben an, dass sie in den letzten 12 Monaten auf Grund ihrer Roma-Herkunft eine Form von Diskriminierung erlebt hatten (vgl. FRA in UNHCR 2012). Weitere Untersuchungen bestätigten diese Ergebnisse und ergaben, dass Diskriminierungen in allen Bereichen des Lebens stattfinden, wie z.B. bei der Arbeits- und Wohnungssuche, im Gesundheitswesen, bei sozialen Institutionen, im Justizwesen, in der Schule, im öffentlichen und privatem Leben, in Cafés, Restaurants, Banken und Geschäften. Roma haben darüber hinaus auch eine schlechte Presse.

Die wirtschaftlichen Konditionen der Roma sind schlecht: 35 Prozent der befragten Roma im Alter von 20 bis 64 Jahren waren arbeitslos. Der regionale Durchschnitt der Vergleichsgruppe liegt bei 15 Prozent. 25 Prozent der Roma hatten eine bezahlte Arbeit (regionaler Durchschnitt: 55 Prozent). Der US Country Reports 2011 geht davon aus, dass 80 Prozent der Roma in Polen arbeitslos sind. Laut FAR sind 82 Prozent der Roma von Armut bedroht. Die Mehrzahl von ihnen lebt in Hütten ohne Fließwasser, Elektrizität oder Müllabfuhr. Die Behausungen sind überfüllt; die Roma-Familien sind groß und oft steht einer zehnköpfigen Familie nur ein Raum zur Verfügung. Auf Grund der mangelnden hygienischen Bedingungen der Behausungen in Verbindung mit Überbelegung kommt es zu einem Ansteigen von Krankheiten, wie zum Beispiel Tuberkulose und anderen gesundheitlichen Problemen. Laut FRA geben 50 Prozent der Roma im Alter von 35 bis 54 Jahren an, ein gesundheitliches Problem zu haben, dass sie im Alltagsleben behindere. Im Bereich Wohnen hat der Staat einige Anstrengungen unternommen, um die Situation der Roma zu verbessern. Dabei kommt es immer wieder zu Schwierigkeiten, da sich Gemeinden oder BewohnerInnen gegen den Zuzug von Roma wehren bzw. sich lokale Autoritäten oder aber auch die betroffenen Roma selbst gegen Umsiedlungen aussprechen (vgl. UNHCR 2012).

Laut Europarat besuchen 50 Prozent der Roma-Kinder keine Schule. 17 Prozent der Roma-Kinder besuchen Schulen oder Klassen für behinderte Kinder. Im Vergleich dazu besucht nur ein

Prozent der polnischen Kinder diese Spezialschulen. Der Country Reports 2011 gibt an, dass laut Roma-Organisationen zwei Drittel der Roma-Kinder, die Spezialschulen besuchen, das intellektuelle Niveau besäßen, eine reguläre Schule besuchen zu können. In diesem Bereich gibt es aber einige Fortschritte, da sich die Anzahl von reinen Roma-Klassen an den Schulen stark verringert. Es werden von der jeweiligen Roma-Gemeinde Roma-AssistentInnen ausgewählt, die im Unterricht eingesetzt werden, was die Integration der Roma-Kinder erleichtern soll. Es gibt freie Schulbücher für Roma-Kinder, ebenso wie Stipendien für Roma. Polen hat die Roma als ethnische Minderheit anerkannt. Die polnische Verfassung gesteht ihnen das Recht zu, ihre Sprache, ihre Kultur und Traditionen zu erhalten.

Die polnische Regierung hat ein spezielles Zehnjahresprogramm (2004-2013) für die Roma-Gemeinden geschaffen, um ihre Situation in den Bereichen Bildung, Zivilgesellschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Lebensstandard zu verbessern. Auch kulturelle Maßnahmen sind in diesem Programm verankert. Positiv bei diesem Programm ist, dass auch die Roma selbst involviert werden und Roma-NGOs Projekte einreichen können. Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Umsetzung, da diese auf lokaler und regionaler Ebene von den lokalen Autoritäten und Institutionen abhängig ist.

Positiv zu vermerken ist die Installierung eines Ombudsmanns, der auch für die Anliegen der Roma zuständig ist. Im Bereich der Justiz wurden spezielle Ausbildungen in Bezug auf rassistisch motivierte Verbrechen durchgeführt. Der Polizei wird aber noch immer vorgeworfen, dass sie rassistisches Profiling verwendet. 20 Prozent der Roma gaben in der EU-MIDIS Untersuchung aus dem Jahre 2009 an, dass sie in den letzten 12 Monaten von der Polizei kontrolliert wurden. 51 Prozent glaubten, dass sie nur deshalb kontrolliert wurden, weil sie Roma sind (vgl. UNHCR 2012).

5.5. Ergebnisse der Interviews

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Interviews mit den drei befragten Roma, analog zu den Kategorien in Kapitel 4, dargestellt.

Tabelle Nr. 2: Übersicht der befragten Roma

Interview	Herkunftsland	Alter	Geschlecht	Aufenthaltsdauer Wien/Österreich
1. Herr G.	Slowakei	48	männlich	2007 erster Aufenthalt in Wien – pendelt zwischen Wien und Bratislava
2. Herr N.	Bulgarien	22	männlich	1 Woche
3. Herr A.	Bulgarien	19	männlich	1 Woche

5.5.1. Migrationsmotive und -hintergründe

Herr G. stammt aus der Slowakei, ist 48 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier erwachsener Töchter. Er hat schon neun Enkelkinder (vgl. I17). Herr N. kommt aus Bulgarien, ist 22 Jahre alt, ledig und hat keine Kinder (vgl. I18). Sein Cousin Herr A. (BLG) ist 19 Jahre alt, ebenfalls ledig und hat auch keine Kinder (vgl. I19).

Alle drei Interviewpartner gaben an, nach Österreich gekommen zu sein, um Arbeit zu suchen. Die schlechte wirtschaftliche Situation in ihren Heimatländern Bulgarien und Slowakei hatte sie dazu bewogen, ihr Glück in Österreich zu suchen. Herr A. (BLG), der sieben Tage vor dem Interview nach Österreich gekommen war, meinte: *„Ich bin hergekommen, weil es in Bulgarien keine Arbeit gibt. Die Politik ist anders, sehr korrupt. Dort kann man nicht leben, es gibt keine Arbeit. Du bist zum Stehlen gezwungen, aber wie oft wirst du das machen, ein, zwei, drei Mal, aber dann wirst du erwischt und landest im Gefängnis. Ich bin hierher gekommen, um Arbeit zu suchen, eine Wohnung zu suchen und anständig zu essen. Mehr will ich nicht“* (I19). Sein Cousin Herr N. (ROM) pflichtet ihm bei: *„In Bulgarien ist es sehr schwer. Es gibt keine sozialen Einrichtungen, wie in Wien. Ich bin hergekommen, um nach Arbeit zu suchen. (...) Ich bin hergekommen, um Arbeit zu suchen, in Bulgarien verarme ich. Dort ist jede Mühe umsonst. Hier gibt es zumindest etwas zum Essen“* (I18). Auch Herr G. (SVK) gibt an, dass er nach Wien gekommen sei, in der Hoffnung gemeinsam mit seiner Frau ein besseres Leben führen zu können, sowie eine Arbeit und eine Wohnung zu finden. Er sei auch schon in der Slowakei

obdachlos gewesen. Herr G. erzählt, dass seine Verwandten von der Sozialhilfe leben würden, doch 60 Euro im Monat seien zum Überleben nicht ausreichend. Herr G. ist 2007 zum ersten Mal nach Österreich gekommen. Seither pendelt er alle zwei Monate zwischen Bratislava, seinem Heimatort, und Wien (vgl. I17). Herr N. (BLG) war schon letztes Jahr (2011) zehn Tage in Wien, während sein Cousin Herr A. das erste Mal in Wien ist (vgl. I18/19). Sie wollten eigentlich nach Deutschland: *„Wir wollten nach München, hatten aber nicht genug Geld für eine Fahrkarte. Deswegen haben wir beschlossen, herzukommen“* (I19). Beide sind direkt nach Wien gekommen. Während Herr A. das erste Mal im Ausland ist, hat Herr N. schon mit einem Freund eine Zeit lang in Griechenland gelebt. Herr G. (SVK) hat sich schon in vielen Ländern aufgehalten. So habe er in Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden gelebt. Er habe sich für Wien entschieden, weil Wien sehr nahe bei Bratislava liege und er so seine Kontakte mit der Heimat und seiner Familie leichter aufrechterhalten könne (vgl. I17). Auch Herr A. und Herr N. versuchen die Kontakte zu ihren Familien nicht abbrechen zu lassen (vgl. I18/19). Herr N. erzählt: *„Ich habe Kontakte, mein Vater und meine Schwester sind oben (im Himmel). Ich habe noch einen jüngeren und einen älteren Bruder, ich bin der mittlere. Wir leben zu dritt in einer Wohnung. Sie würden herkommen, aber nicht so wie ich auf den Straßen übernachten und um die Häuser ziehen, wie ich das tue“* (I18). Herr A. meint: *„Ich habe Kontakte zu meinem Vater, meiner Mutter, meinem Bruder und meiner Schwester“* (I19). Beide sind der Meinung, dass ihre Familien gerne nach Wien kommen würde. Herr A. erklärt: *„Ja, sie wollen kommen, aber nicht so wie ich. (...) Ich bin hier auf Risiko hergekommen. Ob es hier für mich Arbeit gibt oder nicht, das weiß ich nicht. Ich bin auf der Suche nach Arbeit. Meine Familie hingegen will es nicht riskieren einfach so zu kommen. Wir ziehen um die Häuser, übernachten aber auf der Straße“* (ebd.). Das Interview wurde Anfang Dezember geführt. Ende Dezember kam ein weitere Familienangehöriger der beiden Cousins nach Wien und besucht nun gemeinsam mit Herrn A. und Herrn N. das Tageszentrum JOSI.exil. Auch Herr G. meint, dass seine Familie gerne aus der Slowakei nach Österreich ziehen würde, aber Angst davor hätte. Er erläuterte im weiteren Gespräch jedoch nicht, um welche Ängste es sich dabei handelte (vgl. I17).

5.5.2. Nächtigungssituation und Wohnverhältnisse

So wie bei den Gründen für die Migration finden wir auch bei den sozioökonomischen Aspekten Ähnlichkeiten in der Lebenssituation der Interviewten. Alle drei sind zurzeit wohnungslos. Während Herr G. schon in der Slowakei wohnungslos war, wurden die beiden jungen Bulgaren erst in Wien mit dem Problem der Wohnungslosigkeit konfrontiert. Herr A. erzählt: *„Hier bin ich*

wohnungslos. Ich übernachtete überall im Freien. Zuhause in Bulgarien hat sich mein Vater eine Wohnung erarbeitet. Mit meinem Vater so lange unter einem Dach zu leben, mich von ihm finanzieren zu lassen, das geht nicht mehr, ich bin schon groß. Wir sind fünf Geschwister. Zwei Geschwister sind schon verheiratet. Der große Bruder ist verheiratet. Ich und mein mittlerer Bruder wohnen mit meinem Vater zusammen“ (I 19). Herr N. meint: „Hier in Wien habe ich keine Wohnung, in Bulgarien schon. Jetzt bin ich seit zwei Tagen wohnungslos. Ich gehe in Institutionen essen aber übernachtete im Freien, wie zum Beispiel in Parks“ (I 18). Herr G. (SVK) hat schon eine lange Geschichte der Wohnungslosigkeit hinter sich. Er hatte und habe zwar viele Kontakte zu seiner großen Familie, will sich aber nicht aufdrängen. Seine Verwandten hätten viele Kinder und Enkelkinder und lebten in sehr beengten Verhältnissen. Er ist seit neun Jahren wohnungslos. Herr G. hat eine Zeitlang am Westbahnhof übernachtet, unter anderem in Waggonen der ÖBB, dann hat er bei der Caritas Unterschlupf gefunden. Dort erhalte er auch ab und zu 20 Euro Unterstützung, erzählt er. Er versuche im Winter bei der Caritas unterzukommen, im Sommer schlafe er dann im Freien (vgl. I17).

Sie alle sind gezwungen, Strategien zu entwickeln, um das Problem der Wohnungslosigkeit zu bewältigen. Während Herr G. im Laufe der Jahre gelernt hat, sich den Gegebenheiten anzupassen und vorhandene Angebote auch gezielt zu nutzen (vgl. I17), müssen die beiden Neuankömmlinge sich in Wien erst noch zurechtfinden (vgl. I18/19). Herr N. (BLG) antwortet auf die Frage, wie es ihm mit der Wohnungslosigkeit gehe, so: „Sehr schwer, es ist kalt. In der Caritas kann man nur sechs Tage übernachten, dann werfen sie uns raus. Sie geben uns zwar etwas zum Essen, aber mehr als sechs Tage können wir dort nicht schlafen. Ich möchte hier etwas Geld verdienen, ein bisschen was sammeln und zurückkehren“ (I18). Auch Herr A. (BLG) meint, dass es ihm schlecht dabei ergeht: „Sehr schlecht geht es mir. Wir haben fünf Tage in der Caritas geschlafen, und jetzt schlafen wir mit unseren Schlafsäcken im Freien“ (I19).

5.5.3. Arbeit und Finanzielles

Die beiden jungen Männer aus Bulgarien sind in der Hoffnung gekommen, in Wien Arbeit zu finden. Sie sind erst sehr kurz da und haben erkennen müssen, dass man nicht so schnell eine Arbeit in Wien findet. So meint Herr A. (BLG): „Ich möchte eine Arbeit suchen, ich werde überall nachfragen, mich erkundigen. Jeder sagt aber, dass es keine Arbeit an dem Platz, an dem ich nachgefragt habe, gibt. (...) Wenn ich keine Arbeit finde, muss ich wieder zurückkehren. (...) Der Wunsch ist nicht sehr groß, in Bulgarien ist es nämlich sehr schwer. Wir können uns kaum Brot leisten“ (I19). Herr N. (BLG) sagt dazu: „Ich habe kein Geld, keine Arbeit und somit kein

Einkommen. (...) Ich esse, was ich finde. Im Josi und in der Caritas erhalten wir Essen“ (I18). Herr A. fügt hinzu: „Das was uns die Leute hier geben, das essen wir“ (I19). Auch Herr G. (SVK) meint, dass er ohne Arbeit sei und kein Einkommen habe. Manches Mal bekomme er von der Caritas eine finanzielle Unterstützung. Er versuche auch Unterstützung von anderen Einrichtungen zu erhalten (vgl. I17). Alle drei sind ohne Informationen über den Arbeitsmarkt, die rechtliche Situation, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung nach Österreich gekommen (vgl. I17-19). Herr N. (BLG) erzählt: „Ich habe keine Informationen. Ich bin hergekommen, um nach Arbeit zu suchen. Ich versuche mein Glück hier in Wien. Wenn ich hier keine Arbeit finde, reise ich zurück nach Bulgarien und dann weiter in andere Länder. Ich versuche überall Arbeit zu finden. Wenn ich nirgendwo etwas finde, bleibe ich in Bulgarien, was soll ich sonst machen“ (I18).

5.5.4. Soziale Einrichtungen

Um in Wien überleben zu können, sind alle drei auf die Unterstützung von sozialen Einrichtungen angewiesen (vgl. I17-19). Sogar die beiden jungen Männer, die erst einige Tage in Wien sind, kennen schon Einrichtungen (vgl. I18/19). Herr A erzählt: „Wir kennen eine soziale Einrichtung am Westbahnhof, dort haben wir fünf Tage übernachtet. Andere kennen wir nicht außer Caritas. Dort haben wir etwas zum Essen erhalten“ (I19). Herr N. (BLG) meint auf die Frage, was sie tun würden, wenn es diese Einrichtungen nicht gäbe: „Ich weiß es nicht. Wahrscheinlich stehlen, um nicht zu verhungern“ (I18). In der Zwischenzeit haben sie auch schon andere Institutionen kennengelernt und werden vom Romano Centro betreut. Herr G. (SVK) kennt neben der Caritas und dem JOSI.exil auch verschiedene Kirchen, die er regelmäßig besucht, um dort nach Unterstützung zu fragen (vgl. I17).

5.5.5. Gesundheitliche Situation und Sozialversicherung

Alle drei Interviewpartner verfügen über keine Sozialversicherung. Bei gesundheitlichen Schwierigkeiten gehen alle drei Interviewpartner zum Louise-Bus der Caritas (vgl. I17-19). Herr N. (BLG) hat die ersten Nächte auf der Straße schlecht vertragen: „Ich bin etwas krank. Ich habe die Grippe. Nein, ich trinke weder Alkohol, noch nehme ich Drogen“ (I18). Alle drei erzählen, dass sie kein Drogen- oder Alkoholproblem hätten. Herr G. (SVK) trinke gelegentlich Alkohol, Drogen lehne er generell ab (vgl. I17). Auch die beiden jungen Männer aus Bulgarien trinken laut eigenen Angaben keinen Alkohol und konsumieren keine Drogen. Herr A. erklärt: „Mein Cousin ist krank geworden, er hat die Grippe, er hat Kopfschmerzen. Ich bin stark, mir geht's gut (lacht, Anm.). Seitdem ich in Wien bin, hat sich meine gesundheitliche Situation nicht verändert. Ich konsumiere

auch keinen Alkohol bzw. keine Drogen, sondern rauche nur Zigaretten und trinke Kaffee“ (I19). Herr G. (SVK) erzählt, dass seine Frau täglich in der JOSI ein Essen zubereite. Er schätze die Kochkünste seiner Frau sehr. Auf diese Weise würde es ihnen gelingen, sich zu ernähren (vgl. I17).

5.5.6. Soziale Beziehungen

Da die beiden jungen Bulgaren erst sehr kurz in Österreich sind, ist die Frage nach Beziehungen, die sie in Österreich haben, für sie schwer zu beantworten. Sie haben zwar Kontakt zu Menschen in der JOSI geknüpft, erklären aber, sie hätten keinen Kontakt zu anderen Bulgaren (vgl. I18/I19). Auch Herr G. (SVK) meint, dass er keine Kontakte zu Bekannten oder Angehörigen aus seinem Heimatland habe. Dies belaste ihn sehr. Vor allem aber verfüge er über keinen telefonischen Kontakt zu seiner Familie in Bratislava, weil er kein Telefon besitze. Aber er habe Kontakt zu Nicht-Roma und zu Bekannten aus anderen Einrichtungen wie zum Beispiel der Caritas, die er dort kennengelernt habe. Diese treffe er ab und zu auf der Straße (vgl. I17). Herr N. und Herr A. betonen ebenso, wie schwierig es sei, den Kontakt zu den Verwandten und Bekannten aufrechtzuerhalten, da sie kein Telefon hätten und Telefonieren sehr teuer sei (vgl. I18/19).

5.5.7. Sprachen und Sprachkenntnisse

Alle drei Interviewpartner sind sprachlich sehr begabt. Herr G (SVK) spricht Romanes, Slowakisch, Tschechisch und etwas Russisch (vgl. I17). Herr N. (BLG) spricht Romanes, Bulgarisch, Türkisch und Russisch (vgl. I18). Herr A.(BLG) spricht Romanes, Bulgarisch, Türkisch, Griechisch und Russisch (vgl. I19). Herr A. habe zwölf Jahre die Schule besucht, dort habe er Russisch gelernt (vgl. I19). Herr N. erzählt, dass er elf Jahre die Schule besucht habe. Dann sei er nicht mehr zur Schule gegangen, weil sie ihm keine berufliche Perspektive bieten habe können (vgl. I18). Herr G. erklärt, er habe nur zwei Jahre die Schule besucht (vgl. I18). Keiner der drei Interviewpartner verfügt über Deutschkenntnisse.

5.5.8. Kriminalität und Erfahrungen mit der Exekutive

Alle drei erzählen, das sie in Österreich schon Schwierigkeiten und Konflikte mit dem Gesetz gehabt hätten (vgl. I17-19). Die beiden Männer aus Bulgarien sind beim Schwarzfahren erwischt worden. *„Ja, in der U-Bahn wurden wir erwischt und haben Strafen erhalten“*, erzählt Herr A (I19). Herr G. (SVK) berichtet, dass er schon mehrere Konflikte wegen Schwarzfahrens gehabt habe. Er

könne sich keinen Fahrschein leisten und müsse deshalb schwarz fahren. Auch sei er schon einmal beim Stehlen einer Salami erwischt worden, dafür sei ihm eine Strafe von 100 Euro ausgestellt worden. Auch in der Slowakei habe er schon Konflikte mit der Polizei gehabt. Er erwähnt, dass er einmal von der Polizei in Bratislava geschlagen und verhaftet worden sei. Er führt dies aber nicht weiter aus, sondern meint nur, dass er kein Geld gehabt habe (vgl. I17).

5.5.9. Zukunftsperspektiven

Alle drei Interviewpartner wünschen sich, in Zukunft in Österreich bleiben zu können, eine Arbeit und eine Wohnung zu finden. Herr G. (SVK) meint, wenn er schon keine Arbeit finde, dann möchte er zumindest von der Sozialhilfe leben können (vgl. I17). Herr N. (BLG) erzählt: *„Wenn ich Geld habe, möchte ich nach Bulgarien zurückkehren und dort ein Haus haben und eine Familie gründen“* (I18). Herr A. (BLG) sagt zum Abschluss: *„Gott möge mit uns sein. Wir möchten einfach irgendeine Arbeit finden, egal welche, damit wir uns eine Wohnung leisten können, anständig alles bezahlen können und essen. Dann würde ich auch hier in Wien bleiben. Später würde ich auch meine Familie herholen“* (I19).

6. Resümee und Ausblick

6.1. Zusammenfassung der empirischen Erhebung

Die überwiegende Mehrheit der Interviewten ist mit der Hoffnung nach Österreich gekommen, hier Arbeit zu finden. Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Bezahlung in den Herkunftsländern, die es den Menschen verunmöglichen, dort ein menschenwürdiges Leben zu führen. Fast die Hälfte der Befragten waren bereits im Herkunftsland obdach- bzw. wohnungslos oder haben in äußerst prekären Wohnverhältnissen gelebt. Betont wurden in diesem Zusammenhang auch die kaum existente bzw. schlechte soziale Infrastruktur und die prekären Lebensumstände für wohnungslose Menschen in den jeweiligen Heimatländern.

Auffallend ist, dass die Mehrzahl der interviewten Personen über kaum bis gar keine Informationen bezüglich der (arbeits-)rechtlichen und politischen Situation in Österreich verfügten, bevor sie ihr Herkunftsland verließen. Häufig vertrauten sie Erzählungen von FreundInnen und Bekannten oder Berichten diverser Medien, die die aktuelle Situation in Österreich sehr positiv und oftmals verzerrt darstell(t)en. In Österreich angekommen, erfüllten sich viele dieser Hoffnungen nicht. Der Zugang zu leistbaren Wohnmöglichkeiten, zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitswesen und zu sozialer Sicherheit bleibt dem Großteil verwehrt.

Die befragten Personen bestreiten ihr finanzielles Einkommen hauptsächlich durch TagelöhnerInnenarbeit bei der MA 48 und/oder durch „illegale“ Arbeit. Jene Personen, die sich bereits länger in Österreich aufhalten, weisen darauf hin, dass sich die Situation am Schwarzarbeitsmarkt massiv verschärft hat. Dies führen sie auf die allgemeine wirtschaftliche Krise, auf die steigende Konkurrenz und das damit einhergehende Lohndumping zurück. Mehr als die Hälfte der InterviewpartnerInnen verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Es ist ihnen kaum bis gar nicht möglich, diese Qualifikationen am österreichischen Arbeitsmarkt einzubringen. Der Anteil an Personen, die über die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Erhalt einer Anmeldebescheinigung Bescheid wissen und jenen, die in dieser Hinsicht uninformiert sind, ist relativ ausgeglichen. Generell kann davon ausgegangen werden, dass es für obdachlose EU-BürgerInnen sehr schwer ist eine Anmeldebescheinigung zu erhalten, da sie die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllen können.

Die Situation bezüglich Nächtigungsoptionen für obdachlose EU-BürgerInnen in Wien lässt sich als durchaus problematisch bezeichnen. Zahlreiche Menschen schlafen im Freien, weil es an entsprechenden Angeboten seitens der Stadt Wien fehlt bzw. diese nur im Winter zur Verfügung gestellt werden. Die privaten bzw. durch Spenden finanzierten Einrichtungen St. Josef bzw. zweite Gruft (Bernardgasse) der Caritas und die Notschlafstellen der Vinzenzgemeinschaft stellen für etwa die Hälfte der Befragten die einzige Alternative zum Leben auf der Straße dar. Die Nächtigungsangebote der Vinzenzgemeinschaft sind in der Regel zeitlich begrenzt. Die NutzerInnen dieser Einrichtungen werden immer wieder damit konfrontiert, nicht zu wissen, wo sie künftig schlafen können. Ein weiteres Problem stellen die hohen Mietpreise in Wien und die entsprechenden Kautions- und Provisionsforderungen dar, die es Menschen ohne geregeltes Einkommen verunmöglichen, eine eigene Wohnung zu finanzieren. Auch Menschen, die seit vielen Jahren in Österreich bzw. Wien leben und früher in der Lage gewesen sind, sich eine eigene Wohnung durch informelle bzw. „illegale“ Beschäftigung leisten zu können, sind auf Grund der Tatsache, keine legale Arbeit gefunden und somit keine Ansprüche aus der Sozialversicherung bzw. der bedarfsorientierten Mindestsicherung erworben zu haben, häufig von Obdachlosigkeit betroffen. Problematisch erscheint darüber hinaus, dass etwas weniger als ein Drittel der befragten Personen über eine Postadresse verfügt, während alle anderen weder für Behörden noch für Angehörige oder Bekannte postalisch erreichbar sind.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen hat mehr oder weniger regelmäßigen Kontakt zu Menschen in ihren Herkunftsländern. Dabei handelt es sich in erster Linie um Familienangehörige, im Speziellen die eigenen Kinder. Jene Personen, die sich längere Zeit – ein Jahr und mehr – in Wien bzw. Österreich aufhalten, verfügen großteils über funktionierende soziale Netzwerke, durch die sie sowohl materielle als auch informelle Unterstützung erhalten. Neben der Möglichkeit, in den verschiedenen Einrichtungen soziale Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu pflegen, stellen vor allem legale und „illegale“ Arbeitsmöglichkeiten eine zentrale Ressource der sozialen Integration dar. Vor allem innerhalb der Gruppe der rumänischen und polnischen Interviewpartner scheint das Solidaritätsgefühl besonders stark ausgeprägt zu sein, während die befragten UngarInnen in Wien kaum Kontakte untereinander pflegen.

Wie die Ergebnisse der Interviews zeigen, verfügen zahlreiche Menschen aus der Zielgruppe der nicht-anspruchsberechtigten obdachlosen EU-BürgerInnen über umfassende Sprachkenntnisse, die sie jedoch auf Grund ihrer prekären Lebenssituation und der rechtlichen Rahmenbedingungen nur schwer am regulären Arbeitsmarkt einbringen können. Der hohe Anteil an Interviewten, die über Deutschkenntnisse verfügen und der deutliche Wunsch, mangelnde oder nicht-vorhandene

Sprachkenntnisse im Rahmen von (kostenlosen) Kursen zu verbessern bzw. zu erwerben, deuten jedoch darauf hin, dass die deutsche Sprache als zentrale Voraussetzung zur sozialen Integration betrachtet wird.

Die Auswertung der Interviews hat darüber hinaus ergeben, dass speziell Angehörige der Roma-Gruppen mit massiven Vorurteilen und Rassismen seitens zahlreicher Personen der übrigen Erhebungsgruppe konfrontiert sind. Mit Ausnahme dieser Erkenntnis lassen sich für die Gruppe der befragten Roma keine Abweichungen zu den Nicht-Roma erkennen. Ihre Lebenssituation in Österreich unterscheidet sich offensichtlich nicht von den Gegebenheiten, Möglichkeiten und Strategien der übrigen befragten Personen, auch wenn anzunehmen ist, dass die Migrationsmotive und -hintergründe bei der Gruppe der Roma häufig mit antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung in Zusammenhang stehen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Zukunftsperspektiven der befragten Personen in engem Zusammenhang mit ihren Migrationsmotiven und -hintergründen stehen. Die Hoffnung auf ein besseres Leben erscheint dafür ausschlaggebend, in Österreich bleiben zu wollen, wobei sich letztlich die Frage stellt, inwieweit sich diese Hoffnungen als realistisch erweisen können.

6.2. Ausblick

Wie in Kapitel 3.3. dargestellt worden ist, ist die Zahl der nicht-anspruchsberechtigten BesucherInnen im Tageszentrum Josefstädterstraße massiv angestiegen. Auch die Sozial- und Rückkehrberatung der Caritas Wien wurde im Zeitraum Juni 2011 bis Juli 2012 von knapp 1.000 Personen aufgesucht, wobei die Hauptherkunftsländer Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Polen und die Slowakei waren. Fast die Hälfte aller Menschen, die diese Einrichtung nutzten, kamen aus Rumänien und Bulgarien. Festzustellen ist außerdem, dass 84 Prozent der Personen, die die Sozial- und Rückkehrberatung der Caritas in Anspruch nahmen, erst 2011 bzw. 2012 nach Österreich gekommen waren.⁴³

Auffallend ist, dass dieser Entwicklung im medialen und politischen Diskurs kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. Reportagen wie beispielsweise von Sarah Al-Hashimi (2012) in der „Wiener Zeitung“, von Marina Delcheva (2012) im Magazin „biber“ oder von Emil Rabe (2011) in der Linzer Stadtzeitung „Versorgerin“, stellen Ausnahmen dar. Im Jahresbericht 2011 des Verbandes Wiener

⁴³ Die Zahlen wurden freundlicherweise von der Caritas Wien zur Verfügung gestellt.

Wohnungslosenhilfe (2012: 16f) werden in einem eigenen Artikel die multiplen Problemlagen obdachloser, nicht-anspruchsberechtigter EU-BürgerInnen thematisiert.

Hingegen wird auf die Problemlagen und die Situation nicht-anspruchsberechtigter Personen aus den neuen EU-Ländern weder in der Evaluierung der Wiener Wohnungslosenhilfe noch im Wiener Sozialbericht 2012, die von der Magistratsabteilung 24 – Gesundheits- und Sozialplanung herausgegeben werden, eingegangen (vgl. MA 24 2012a, b). Zwar wird im Wiener Sozialbericht 2012 angeführt, dass „auf die extreme Kälteperiode im Winter 2011/2012 rasch mit einer vorübergehenden Ausweitung des Angebots der *Wiener Wohnungslosenhilfe* (Herv. im Orig., Anm.) reagiert [wurde]“ (MA 24 2012b: 192), ohne jedoch darauf zu hinweisen, dass der eklatante Mehrbedarf an Möglichkeiten zur Grundversorgung vor allem durch die hohe Anzahl nicht-anspruchsberechtigter Personen entstanden ist. Dies ist insofern verwunderlich, als der (zukünftige) Umgang mit nicht-anspruchsberechtigten Obdachlosen aus EU-Ländern eine dringend zu beantwortende Frage und zugleich eine real zu bewältigende Herausforderung für die Wiener Wohnungslosenhilfe darstellt. Schneider (2011: 17) ist auch von österreichischer Seite zuzustimmen, wenn er aus der Perspektive der deutschen Wohnungslosenhilfe feststellt: „Die Existenz ausländischer Wohnungsloser und deren Hilfebedürftigkeit ist nicht mehr zu leugnen und auch für generelle Abwehrstrategien bröckelt angesichts fortlaufender Globalisierungsprozesse die argumentative Grundlage“. Ein Indiz dazu liefert das Eurobarometer zu Armut und sozialer Ausgrenzung der Europäischen Kommission, wonach Österreich eines der Länder innerhalb der EU ist, in dem „die Schätzung zur Verbreitung von Obdachlosigkeit im Vergleich zu 2009 *deutlich* (Herv. im Orig., Anm.) höher ist“ (KOM 2010b: 33). In dem Bericht wird festgestellt, dass in Österreich innerhalb eines Jahres „der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass es in ihrer Wohngegend einige Obdachlose gibt, von 20% auf 27% gestiegen [ist], während der Anteil derjenigen, die meinen, dass es überhaupt *keine* Obdachlosigkeit gibt, von 43% auf 36% gesunken ist“. (ebd.)

Im Bericht der European Consensus Conference on Homelessness wird explizit auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Fokus zukünftiger EU-weiter Studien auf die Zusammenhänge zwischen Obdachlosigkeit und Migration vor dem Hintergrund des Prinzips der Freizügigkeit zu legen. Dabei soll u.a. herausgefunden werden, welche Auswirkungen Migration und Freizügigkeit auf die Obdachloseneinrichtungen in den verschiedenen EU-Ländern haben und unter welchen Bedingungen obdachlose MigrantInnen und EU-BürgerInnen leben, deren Ansprüche aufgrund rechtlicher und/oder administrativer Rahmenbedingungen eingeschränkt sind (vgl. ECCH 2011: 19). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie stellen in diesem Zusammenhang einen wichtigen

Beitrag dar, als die Lebenssituation nicht-anspruchsberechtigter obdachloser EU-BürgerInnen in Wien erstmals ausführlich dargestellt wird. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde jedoch nur am Rande auf die Bedarfslagen der befragten Personen eingegangen. Dies ist dadurch zu erklären, dass durch die Frage nach Wünschen hinsichtlich des Betreuungsangebots bei den InterviewpartnerInnen Erwartungshaltungen hätten entstehen können, die sich als unerfüllbar herausstellen und sich somit möglicherweise negativ auf die Zusammenarbeit zwischen den MitarbeiterInnen des Tageszentrums JOSI.exil und den Personen aus der „neuen Zielgruppe“ ausgewirkt hätten. Dennoch erscheint es für zukünftige Forschungen relevant, sich intensiver mit den Bedürfnissen jener Menschen auseinanderzusetzen, die als Obdachlose ohne rechtliche Ansprüche in Wien leben. Für die Entwicklung zukünftiger Strategien im Umgang mit den Problematiken nicht-anspruchsberechtigter Personen wäre es darüber hinaus notwendig, die Erfahrungen und Perspektiven jener ProfessionistInnen einfließen zu lassen, die täglich in den verschiedenen sozialen Einrichtungen mit dieser Zielgruppe arbeiten. Generell erscheint eine intensivere fachliche Vernetzung und Kooperation relevanter AkteurInnen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zukünftig notwendig zu sein, um entsprechende Lösungsstrategien entwickeln zu können.

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise(n) in Europa ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft zahlreiche Menschen aus (den neuen) EU-Ländern in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben nach Österreich kommen werden. Pries (2005: 15) ist daher zuzustimmen, als er meint: „Migration, und insbesondere Arbeitsmigration, ist ein entscheidendes Feld, in dem das Profil des zukünftigen Neuen Europas geschmiedet werden wird“.

7. Literatur

- AEDH 2012: Die Abschiebung von Roma: Die europäische Union setzt sich über ihre Pflicht zum Respekt und Schutz der Menschenrechte hinweg!, Pressemitteilung der Europäische Vereinigung für die Vereinigung der Menschenrechte (AEDH). Brüssel, 11.09.2012. Online: http://www.aedh.eu/plugins/fckeditor/userfiles/file/Communiqu%C3%A9s/Pressemitteilung%20Abschiebung%20von%20Roma%2011_09%20DE.pdf, 15.01.2013.
- Al-Hashimi, Sarah (2012): In Wien wartet keine Zukunft. EU-Ausländer ohne Arbeitsbewilligung landen oft in der Obdachlosigkeit. In: Wiener Zeitung, 24./25./26. Dezember, 20.
- Amnesty (2011): Gewaltsame Attacken gegen Roma in Ungarn. Amnesty International Schweiz. Online: <http://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/ungarn/diskriminierung-der-roma-in-ungarn-gewaltsame-attacken-gegen-roma-in-ungarn>, 15.01.2013.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensform, Interaktion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS-Verlag. 33-70.
- Budin, Andreas/Kessler, Edith/Espinoza, Luis/Viveros, Alejandro (2010): Bericht Winterpaket 2009/2010 für die „erweiterte Zielgruppe“ - Tageszentrum Josefstädterstraße., unveröffentlicht.
- Blomfield, Michael/Morehouse, Christal (2011): Irregular Migration in Europe, Transatlantic Council on Migration, Migration Policy Institute, Washington. Online: <http://www.migrationpolicy.org/pubs/TCMirregularmigration.pdf>, 08.01.2013.
- COEa (o.J.): Council of Europe – Project Education of Roma Children in Europe (Hrsg.): Allgemeine Einführung. Online: http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/Source/FS2/0.0_introduction_german.pdf, 15.01.2013.
- COEb (o.J.): Council of Europe – Project Education of Roma Children in Europe (Hrsg.): Ankunft in Europa. Online: http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/Source/FS2/2.0_arrival-europe_german.pdf, 15.01.2013.
- COEc (o.J.): Council of Europe – Project Education of Roma Children in Europe (Hrsg.): Österreichisch-Ungarisches Kaiserreich. Online: http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/Source/FS2/3.1_austria-hungary_german.pdf, 15.01.2013.
- COEd (o.J.): Council of Europe – Project Education of Roma Children in Europe (Hrsg.): Sowjetunion vor dem 2. Weltkrieg. Online: http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/Source/FS2/3.2_russian-empire_german.pdf, 15.01.2013.

- COEe (o.J.): Council of Europe – Project Education of Roma Children in Europe (Hrsg.): Holocaust. Online: http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/Source/FS2/5.0_holocaust_german.pdf, 15.01.2013.
- Cöster, Anna Caroline/Pfister, Monika (2005): Die Situation der Roma nach der EU-Osterweiterung am Beispiel der Slowakischen Republik. In: Matter, Max (Hrsg.): Die Situation der Roma und Sinti nach der EU-Osterweiterung. Göttingen: V&R unipress. 113-126.
- Danova-Russinova, Savelina (2001): Roma in Bulgarien: Menschenrechte und staatliche Politik. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.): OSZE Jahrbuch 2001 – Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden. 287-304. Online: http://www.core-hamburg.de/documents/jahrbuch/01/OSZE_Jahrbuch_2001.pdf, 15.01.2013.
- Delcheva, Marina (2012): “Glaubt ihr, wir machen das hier zum Spass?”. In: biber, Sommerausgabe, 50-55.
- Demir, Merfin/Orsós, Julianna/Rodríguez Vincente/Caldararu, George/Elmazi, Emran (2011): Die größte Minderheit in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 22-23, 27-32. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- ECCH (2011): European Consensus Conference on Homelessness – Policy Recommendations of the Jury. Online: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6489&langId=en>, 08.01.2013.
- Elmazi, Emaran (2009): Auf dem Balkan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 22-23, 31-32. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- End, Markus (2011): Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 22-23, 15-21. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- EPPSE (2010): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. The European Platform against Poverty and Social Exclusion: A European framework for social and territorial cohesion. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0758:FIN:EN:PDF>, 08.01.2013.
- ETHOS (2007) – European Typology of Homelessness and Housing Exclusion. Online: <http://www.feantsa.org/files/freshstart/Toolkits/Ethos/Leaflet/EN.pdf>, 08.01.2013
- Eurostat (2011): Migrants in Europe. A statistical portrait of the first and second generation, Luxemburg 2011. Online: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/pdf/migrants_in_europe_eurostat_2011_en.pdf#zoom=100, 08.01.2013.
- Eurostat (2012a): Minimum Wage Statistics. Online:http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Minimum_wage_statistics 08.01.2012

Eurostat (2012b): Im Jahr 2011 waren 24% der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, Pressemitteilung 171/2012. Online: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03122012-AP/DE/3-03122012-AP-DE.PDF 08.1.2013

Eurostat (2013): Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,8%, Pressemitteilung 4/2013. Online: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-08012013-BP/DE/3-08012013-BP-DE.PDF, 08.01.2013.

FEANTSA (2012a): Monitoring Report on Homelessness and Homeless Policies in Europe. Online: http://www.bawo.at/fileadmin/user_upload/public/Dokumente/Publikationen/Berichte_Studien/Europa/2012_Feantsa_Monitoring_Report_on_HLN_On_the_Way_Home.pdf, 08.01.2013.

FEANTSA (2012b): Another European Parliament Call for an EU Homelessness Strategy: When Will EU Action Come?, Press Release 15.2.2012. Online: http://www.bawo.at/fileadmin/user_upload/public/Dokumente/Europa/FEANTSA/PR/12-02-15_Feantsa_Press_Release_Another_European_Parliament_Call_EU_Homelessness_Strategy.pdf, 08.01.2013.

Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg: Rowohlt.

Freund, Florian (o.J.): Geschichte der Verfolgung der österreichischen Roma und Sinti 1938 - 1945. Online: http://www.doew.at/thema/thema_alt/wuv/roma/geschichte.html, 15.01.2013

Geisler, Alexandra (2009): Du bist nicht wir!. In: HUch! – Humboldt-Universität Collected Highlights, Nr. 61, 10-11. Berlin.

Grienig, Gregor (2010): Roma in der EU. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Online: http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Grienig_Roma_EU.pdf, 14.01.2013.

Haase, Marianne/Jugl, Jan C. (2007) : Dossier Migration. Bundeszentrale für politische Bildung
Online: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56565/irregulaere-migration?p=all>, 02.01.13

Heuss, Herbert (2011): Roma und Minderheitenrechte in der EU. Anspruch und Wirklichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 22-23, 21-27. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.

MA 24 (2012a): Evaluierung Wiener Wohnungslosenhilfe. Zusammenfassung Endbericht. Wiener Sozialpolitische Schriften, Band 4, Wien. Online: <http://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/pdf/evaluierung-wohnungslosenhilfe.pdf>, 14.01.2013

MA24 (2012b): Wiener Sozialbericht 2012. Wiener Sozialpolitische Schriften, Band 6, Wien. Online: <http://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/pdf/sozialbericht-2012.pdf>, 14.01.2013

- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS-Verlag. 71-93.
- Mihok, Brigitte/Widmann, Peter: Sinti und Roma als Feindbilder. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 271. Bonn. Online: <http://www.bpb.de/izpb/9720/sinti-und-roma-als-feindbilder>, 15.01.2013
- Mueller, Stephan (2009): Roma in Serbien – eine Bestandsaufnahme. In: Pogrom, Nr. 254. Online: <http://www.gfbv.it/3dossier/sinti-rom/rom2009-de.html#r14>, 15.01.2013
- KOM (2010a): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0133:FIN:DE:PDF>, 15.01.2013.
- KOM (2010b): Eurobarometer Spezial 355, Armut und soziale Ausgrenzung, Bericht. TNS Opinion & Social: Brüssel. Online: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_355_de.pdf, 14.01.2013.
- KOM (2011a): Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF>, 15.01.2013.
- KOM (2011b): Integration der Roma: EU-Kommission fordert Mitgliedstaaten zur Festlegung nationaler Strategien auf, Europäische Kommission. Online: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1011&furtherNews=yes>, 15.01.2012.
- Kopf, Sabrina (2009): Maßnahmen der EU zur Integration der Roma in der Slowakei - Eine sozialanthropologische Untersuchung EU finanzierter Projekte. Diplomarbeit Universität Wien. Online: http://othes.univie.ac.at/3609/1/2009-01-27_0103749.pdf, 14.01.2013
- Orsos, Juliana: Ungarn – innere Unsicherheit, gute PR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 22-23, 28-29. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Pries, Ludger (2005): Arbeitsmigration und Inkorporationsmuster in Europa. In: Pries, Ludger (Hg.): Zwischen den Welten und amtlichen Zuschreibungen. Neue Formen und Herausforderungen der Arbeitsmigration im 21. Jahrhundert. Klartext Verlag: Essen. 15-41.
- Priester, Karin (2003): Rassismus. Eine Sozialgeschichte. Leipzig: Reclam.
- Puskarevic, Mara (2009): Wie „lustig ist das Zigeunerleben“?. In: HUch! – Humboldt-Universität Collected Highlights, Nr. 61, 3-4. Berlin.

Rabe, Emil (2011): Wanderarbeiter in Wien. In: Versorgerin. Zeitung der Stadtwerkstatt, Nr. 90, 8.
Online: http://versorgerin.stwst.at/sites/default/files/pdf/versorgerin90_web.pdf, 14.01.2013

Schneider, Stefan (2011): Interkulturelle Soziale Arbeit in offenen und niederschweligen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (Hg.): wohnungslos. Aktuelles aus Theorie und Praxis zur Armut und Wohnungslosigkeit, Heft 1. BAG W - Verlag. 15-19.

Thurner, Erika (o.J.): Die Verfolgung der österreichischen Roma. Online: <http://www.doew.at/frames.php?/service/ausstellung/1938/1938.html>, 15.01.2013.

UNHCR (2012): Immigration and Refugee Board of Canada (Hrsg.): Poland: Situation and treatment of Roma, including employment, housing, health, and education; state protection (2009-2012), 17. September 2012, POL104191.E.. Online: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/refworld/rwmain?docid=5072bab62>, 15.01.2013.

Vasileva, Katya (2011): Population and social conditions. In: Eurostat, Statistics in Focus 34/2011
Online: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-11-034/EN/KS-SF-11-034-EN.PDF, 08.01.2013

Verein Wiener Wohnungslosenhilfe (2012): Obdach Fertig Los, Jahresbericht 2011. Wien.

8. Anhang

8.1. Abkürzungsverzeichnis

AKH	Allgemeines Krankenhaus Wien
Anm.	Anmerkung
BLG	Bulgarien
CZE	Tschechien
CPRSI	Contact Point on Roma and Sinti Issues
d.h.	das heißt
DSA	Diplomierte/r SozialarbeiterIn
EQUAL	EU-Programm zur beruflichen Integration benachteiligter Personengruppen
ETHOS	European Typology of Homelessness and Housing Exclusion
EU	Europäische Union
EU-MIDIS	European Union minorities and discrimination survey
FAR	European Union Agency for Fundamental Rights
FEANTSA	European Federation of National Organisations working with the Homeless
FSW	Fonds Soziales Wien
GO	Governmental Organization
HUN	Ungarn
Herv. im Orig.	Hervorhebung im Original
ITA	Italien
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MA 48	Magistratsabteilung Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
NGO	Non-Governmental Organization
OBDS	Österreichischer Berufsverband diplomierter SozialarbeiterInnen
ODIHR	Organisation for Democratic Institutions and Human Rights
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland and Hungary: Assistance for Restructuring their Economies
POL	Polen
ROM	Rumänien
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SRB	Serbien
SVK	Slowakei
u.a.	unter anderem
WWH	Wiener Wohnungslosenhilfe
WVO	“wieder wohnen“ GmbH
z.B.	zum Beispiel

8.2. Interviewleitfaden

Hintergründe zur Migration

- Woher kommen Sie ursprünglich?
- Wie lange sind Sie schon in Wien?
- Sind Sie zum ersten Mal in Wien?

→ *Wenn nein: Warum sind Sie wieder nach Wien gekommen?*

- Sind Sie aus ihrer Heimat direkt nach Wien gekommen oder waren Sie davor auch in anderen Ländern?
- Mit wem sind Sie nach Wien gekommen?
- Gab es bereits Kontakte nach Wien/Österreich, bevor Sie hier her gekommen sind?

→ *Wenn ja: Wie haben Sie diese Kontakte genutzt?*

- Haben Sie Kontakte zu Menschen in ihrem Heimatland?

→ *Wenn ja: Welche? Wie intensiv gestalten sich diese? Wofür werden diese Kontakte genutzt?*

→ *Gibt es Familienangehörige in Ihrem Heimatland, die auch nach Wien/Ö kommen möchten?*

- **Warum sind Sie nach Wien gekommen?**

→ *Welche Erwartungen hatten Sie? Haben sich diese Erwartungen erfüllt? Wie haben Sie sich ihr Leben in Wien vorgestellt?*

- Wollen Sie in Wien bleiben?

Wenn „ja“: *Was wollen Sie in Wien zukünftig machen? Wie sehen Ihre Pläne aus?*

Wenn „nein“: *Was wollen Sie machen, wenn Sie Wien verlassen?*

- Wie groß ist Ihr Wunsch, wieder in Ihr Heimatland zurückzukehren?
- (Was wäre notwendig, damit Sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren können? Welche Unterstützung bräuchten Sie?)
- (Was müsste in Ihrer Heimat anders sein, damit Sie wieder zurück könnten?)

Sozioökonomische Hintergründe

- Waren Sie schon wohnungslos als Sie nach Wien gekommen sind – oder sind Sie erst in Wien wohnungslos geworden?

Falls schon davor wohnungslos: Wie lange waren Sie in ihrer Heimat wohnungslos? Wie unterscheidet sich die Situation dort im Gegensatz zu Wien?

- **Können Sie mir erzählen, wie es Ihnen damit geht, in Wien wohnungslos zu sein?**

→ Fragen nach:

Einkommen – Wie viel Geld steht Ihnen zur Verfügung? Haben Sie eine Arbeit? Wenn ja, welche?

→ *Regelmäßiges Einkommen? Finanzielle Unterstützungen?*

Übernachtung/Wohnen – Wo übernachteten Sie? (Straße, soziale Einrichtungen, Bekannte, Untermiete [Wie viel müssen Sie bezahlen?])

Gesundheit – Wie geht es Ihnen gesundheitlich? Wie hat sich ihre gesundheitliche Situation verändert? Wie sieht es mit Alkohol- oder Drogenkonsum aus?

Ernährung – Wie gelingt es Ihnen, sich zu ernähren?

Konflikt mit Gesetz – Welche Erfahrungen haben Sie mit der Polizei gemacht? Gab es Probleme beim Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen? Schwarzfahren, Diebstahl etc.?

- Welche sozialen Einrichtungen in Wien sind nutzen Sie?

[JOSI, Lacknergasse, Vinzis, Bernardgasse, MigratntInnenberatung Hoher Markt, Louisebus, Canisibus, Amber-Med, KH Barmherzige Brüder, öffentliche Büchereien, Bildungsangebote, religiöse Einrichtungen (Kirchen, Gebetshäuser, etc.), ...]

- Was würden Sie tun, wenn es diese Einrichtungen nicht geben würde?
- Haben Sie Kontakt zu Personen aus ihrem Herkunftsland, die sich auch in Wien aufhalten?

→ *Wenn ja, wie wichtig ist dieser Kontakt und wofür wird er genutzt?*

- Welche Erfahrungen haben Sie mit der österreichischen Bevölkerung gemacht?

→ *Gibt es regelmäßige Kontakte? Wie werden diese genutzt?*

Informationsstatus

- Welche Informationen hatten Sie über Wien/Ö, bevor Sie herkamen?

→ *Von wem hatten Sie diese Informationen? Frage nach rechtlichen Rahmenbedingungen v.a. hinsichtlich arbeits- und aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen (EU-Arbeitsmarktregelungen, Anmeldebescheinigung MA 35)? Wie haben diese Informationen ihre Entscheidung beeinflusst, nach Wien zu kommen?*

Demographische Daten

1. Geschlecht
2. Alter
3. Herkunftsland
4. Familienstand / Kinder
5. Religionsbekenntnis/ethnische Herkunft
6. Sprachkenntnisse
7. Ausbildung / höchster Schulabschluss

Abschluss

- ⤴ Gibt es etwas, dass ich Sie nicht gefragt habe?
- ⤴ Wollen Sie noch etwas sagen, dass ich nicht angesprochen habe?

Impressum:

"wieder wohnen" – Betreute Unterkünfte
für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH
Tageszentrum für Obdachlose und Straßensozialarbeit JOSI
U-6-Station Josefstädter Straße
1080 Wien
Tel.: 01/4000 - 59 335
Fax: 01/4000 - 99 59 330

E-Mail: post-josi@fsw.at
Internet: www.wiederwohnen.at, www.fsw.at